Veranstaltungen in Norddeutschland

12. September -->
ABC-Café und Soli-Cocktailparty in Hamburg
ab 17:00 Uhr gibt es die neuesten Infos zum No Prison! No State! - internationales Antiknast Wochenende. Neben internationalen Antiknastnews wird es außerdem die neue „Entfesselt" geben.
Wie immer gibts auch den Infotisch mit diversen Broschüren, Büchern, Kaffee und Kuchen.
ab 21:00 Uhr startet dann die Tanzparty mit tollen DJ`s, Soli für das No Prison! No State! - Wochenende.
im LIZ - Karolinenstr. 21 (Hinterhaus) - Hamburg

Das nächste ABC-Café wird am **14. November** stattfinden.

26. bis 28. September -->
No Prison! No State! - internationales Antiknastwochenende in Kiel
Informationen und Vorträge, Aktionen, Diskussionen, Austausch, Vernetzung, Party...alles weitere im Innenteil und auf **www.noprisonnostate.blogsport.de**

Veranstaltungen in Berlin

23. September -->
Info- und Diskussionsveranstaltung zum Prozessbeginn gegen Axel, Florian und Oliver
ab 19:30 Uhr im Clash - Mehringhof - Gneisenaustrasse 2a - X-Berg

25. September -->
Solikundgebung zum Prozessauftakt gegen Axel, Florian und Oliver
ab 8:00 Uhr vor dem Kriminalgericht in Moabit, alles weitere zum Prozess im Innenteil,
ab 9:00 Uhr erster Verhandlungstag, danach sind bis jeweils Anfang Januar 2009 weitere Prozesstage angesetzt.
Kommt zahlreich! Solidarität ist eine Waffe!

Hachazo (Punk/Hardcore) live

12. September --> in Wuppertal
außerdem Estrella Negra (Bonn) und 2LHUD (Köln)
ab 20:00 Uhr im Autonomes Zentrum - Markomannenstr. 3 - Wuppertal Elberfeld

13. September -->in Düsseldorf

außerdem Estrella Negra (Bonn) und 2LHUD (Köln)

ab 19:30 Uhr im Linkes Zentrum „Hinterhof" - Corneliusstr. 108 - Düsseldorf

ABC-Orkan
Infoladen
Hansastr.48
24118 Kiel
abc-orkan@riseup.net

ABC Berlin
c/o M99 - 1. Stock
Manteuffelstrasse 99
10997 Berlin
www.abc-berlin.net
mail@abc-berlin.net

ENTFESSELT

ANARCHIST BLACK CROSS INFO von ABC Berlin und ABC Orkan

september-oktober 08

Anarchist Black Cross Berlin und Anarchist Black Cross Orkan sind anarchistische Zusammenschlüsse von Individuen, der sich seit einigen Jahren zusammengefunden hat und von einem gemeinsamen Hass gegen diese kapitalistische Gesellschaft und deren Formen des Wegsperrens geprägt ist. Unser Schwerpunkt liegt primär in der Unterstützung anarchistischer und sozialer Gefangener, tendenziell von allen Gefangenen die sich gegen diese Gesellschaft der Ausbeutung und Vereinzelung wehren und ihren Kampf mit emanzipatorischen Inhalten füllen.
Allerdings wollen wir weder eine reine „Gefangenen-Unterstützungs"-Gruppe sein, noch eine die sich nur mit politischen Gefangenen beschäftigt, weil wir generell alle Knäste, Abschiebeknäste und jegliche Zwangsanstalten ablehnen: sie sind keine Lösung für soziale Konflikte, welche aus der aktuellen Organisierung der Gesellschaft entstehen. Auf Grund dessen ist es uns wichtig Antiknastarbeit zu machen, um zu verdeutlichen, wieso Zwangsanstalten besser Baulücken sein sollten.
Durch die Herausgabe eines monatlichen kleinen Heftes (das „Entfesselt"), in Form von Flyern und Broschüren, die Organisierung von Aktionen wie Kundgebungen und Demos vor Knästen, von Infoveranstaltungen zum Thema Knastkritik und über Gefangene usw., versuchen wir in der Szene und im Rest der Gesellschaft bestimmte Diskussionen zu provozieren oder weiter zu führen. Wir versuchen auch Antirepressionsarbeit in einen Kontext zu setzen indem es darum geht, dass es nicht nur wenn ein §129a gegen uns angewendet wird es wichtig ist Antirepressionsarbeit zu machen, sondern das dies immer in Verbindung mit der Infragestellung des gesamten Knastsystems gesetzt werden muss.
Die Abschaffung aller Zwangsanstalten sehen wir nur möglich innerhalb eines Prozesses, welcher die gesamten aktuellen Zustände umwirft.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Das Entfesselt ist ein zwei-monatlich erscheinendes Antiknast-Info der Anarchist Black Cross Gruppen ABC Berlin und ABC Orkan. Sie soll über internationalen Prisonersupport und Antiknastkampf informieren sowie dem Aufbau einer Antiknastkultur dienen.
Sollte das Entfesselt bei euch nicht ausliegen, schreibt uns (die Adressen findet ihr auf der letzten Seite) und wir schicken euch so viele Exemplare wie ihr braucht. Wir freuen uns natürlich über Selbstkopierer! Wir können euch Kopiervorlagen schicken, die Entfesselt ist aber auch digital als pdf-Datei auf der Homepages des ABC-Berlin als Download erhältlich.
Einzelabos in Knäste sind natürlich möglich.

Freiheit für alle Gefangenen! Für den Anarchismus!

Eigentumsvorbehalt: Diese Druckschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Druckschrift dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender/der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: Aus. Bruch, Weg zur Freiheit 1a, Prisontown

kranken Normalen und nach finanzieller Absicherung und Unterstützung solidarisch unterstützt werden, kann sich an der jetzigen miserablen Situation etwas ändern. Ein klarer Blick auf die bestehenden Probleme soll dabei helfen.

Angesichts der fortschreitenden Organisierung von Psychiatriebetroffenen und der Konkretisierung der von ihnen entwickelten alternativen Konzepte gerät eine auf der Stelle tretende alte Antipsychiatrie in die Gefahr, sich trotz radikaler Positionen zum Bremsklotz zu entwickeln. Die bloße Kritik an psychiatrischen Menschenrechtsverletzungen, und mögen diese noch so drastisch sein, wird den Interessen und Problemen vieler Betroffener, die in ihren Nöten mangels Alternativen in der Psychiatrie Hilfe suchen, nicht mehr gerecht, wenn Alternativkonzepte und Organisationsformen der neuen Antipsychiatrie ignoriert werden.

Die ursprünglich aus der Linken und radikalen Linken formulierte Kritik an der am Rand der Gesellschaft operierenden Institution Psychiatrie ist mit dem Beginn der Psychiatriereformation in den 70er Jahren zum erliegen gekommen. Eine Zusammenarbeit mit der radikalen Linken ist seitdem in der Neuen Antipsychiatrischen Bewegung nicht mehr erfolgt und auch nicht bewusst angesteuert worden. Die Neue Antipsychiatrische Bewegung besteht aus Psychiatriebetroffenen und nicht mehr aus ProfessorenInnen oder PsychiaterInnen. Zwischen Selbstzufriedenheit, Defensivkämpfen und einzelnen Erfolgen ist die Antipsychiatrische Bewegung zum Stillstand gekommen. Wie bei einigen anderen der aus der Außerparlamentarischen Opposition hervorgegangenen, partikular arbeitenden Gruppen wurde auch in der Antipsychiatrischen Bewegung vergessen, sich in Bezug zu Kapitalismusanalyse zu setzen. Scheinbar befreit vom Kontext wird vor sich hin gewerkelt. Im Vortrag sollen die Theorien der Antipsychiatrie einführend vorgestellt werden. Wichtige Theoretiker, wie Cooper, Laing und Basaglia werden mit ihren Theorien besprochen und der der Psychiatrie innewohnende Bezug zum Kapitalismus aufgedeckt. Aktuelle Antipsychiatrische Institutionen und Bewegungen werden erwähnt. Ziel soll das Aufzeigen von Anknüpfungspunkten der Antipsychiatrie zur radikalen Linken sein.

tive entfallen.

In den Alltag des Weglaufhauses fließen antipsychiatrische Positionen unter anderem in folgende konkrete Verhaltens- und Arbeitsweisen ein:

* Es gilt das Prinzip vollständiger Transparenz bei der Einsicht von Berichten und Stellungnahmen für Behörden oder andere Einrichtungen und bei Aufzeichnungen der MitarbeiterInnen, die sich auf die BewohnerInnen beziehen. Darüber hinaus gibt es für die BewohnerInnen die Möglichkeit, diese aktiv mitzugestalten. Die BewohnerInnen haben immer das Recht zur Teilnahme an Teamsitzungen oder auswärtigen Terminen, bei denen über sie gesprochen wird. Mit Dritten sprechen die MitarbeiterInnen über die BewohnerInnen nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung.

* Die BewohnerInnen werden in alle wichtigen Entscheidungen, die das Zusammenleben im Haus betreffen, einbezogen, zum Beispiel bei der Einstellung neuer MitarbeiterInnen und PraktikantInnen, bei der Aufnahme von neuen BewohnerInnen, der Gestaltung des Hauses und des Gartens oder Änderungen der Hausordnung.

* Mindestens die Hälfte der MitarbeiterInnen haben selbst Erfahrungen mit der Psychiatrie gemacht. Bei Neueinstellungen wird darauf geachtet, dass diese Quote erfüllt bleibt. Für alle Entscheidungen des Trägervereins gilt ein Vetorecht der Mehrheit der betroffenen Mitglieder.

* Innerhalb des Teams selbst gibt es keine Hierarchien, Entscheidungen werden gemeinsam getroffen.

* Im Weglaufhaus besteht die Möglichkeit, mit Hilfe der MitarbeiterInnen ein Psychiatrisches Testament zu verfassen, in dem die Betroffenen mit größtmöglicher juristischer Absicherung festgelegen können, wie sie in der Psychiatrie (nicht) behandelt werden wollen.

Aus der antipsychiatrischen Kritik folgt keine eindeutige und detaillierte Handlungsanweisung für die Realisierung eines alternativen Ortes zur Bewältigung tiefgreifender sozialer und psychischer Krisen. Eine Institution, die lediglich Theorie und Praxis der Psychiatrie mit umgekehrten Vorzeichen zu ihrer eigenen machte, brächte sich um die Chance, etwas ganz Anderes und Neues in ihre Praxis zu integrieren. Deshalb ist das Weglaufhaus ein auf der Grundlage dieser Kritik konzipierter geschützter Ort, an dem die jeweiligen BewohnerInnen gemeinsam mit den MitarbeiterInnen und den Mitgliedern des Vereins zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt die Praxis einer antipsychiatrischen Institution überhaupt erst hervorbringen, entwickeln und immer wieder revidieren.« (Weglaufhaus »Villa Stöckle« 2000)

Resümee

Vieles an Angeboten haben die wenigen antipsychiatrisch ausgerichteten Gruppen verständlicherweise nicht zu bieten. Sie haben notorisch zu wenig Geld und zu wenig MitarbeiterInnen. Psychiatriekritische Gruppen werden in aller Regel von staatlicher Förderung ausgeschlossen. Propsychiatrische Einrichtungen werden dagegen vom Staat und der Pharmaindustrie mit Milliardenbeträgen bedacht. Anliegen aller psychiatriekritischer Gruppen ist es deshalb, mit Spenden oder aktivem Engagement unterstützt zu werden. Das mindeste ist, ihr humanistisches Anliegen zu respektieren: Menschen in psychischen Nöten sozialer Natur nicht weiter den Anspruch auf Unterstützung und Hilfe zu verwehren, nicht weiter stumm zuzuschauen, wie diese Menschen elektrogeschockt oder mit synthetischen Psychopharmaka ruhiggestellt und als psychisch krank und damit als gemeingefährlich und behandlungsbedürftig, letztlich nicht mehr ernst zu nehmen, verunglimpft werden.

Nur wenn Psychiatriebetroffene in ihrem Streben nach Menschenrechten, rechtlicher Gleichstellung mit gesunden und

Inhalt:

Vorwort - Das Sommerloch ist vorbei 4

Ein Überblick über den Hungerstreik in deutschen Gefängnissen Anfang August 6

Brief der Interessenvertretung Inhaftierter 15

Über einen Hungerstreik in Deutschland von solidarischen Anarchisten 19

Zum Hungerprotest von 561 Gefangenen 22

Legal, Illegal, Scheissegal 25

Bericht der Solikundgebung in Hamburg 29

Knast & Justiz auf FSK 29

Amadeu Casellas Ramón beendet Hungerstreik 30

Geschichte von Amadeu - nach 50 Tagen im Streik 30

NO PRISON! NO STATE! 33

AktivistInnen in Österreich wieder frei 34

Justiz lässt Todkranken im Gefängnis sterben 36

Folgeschäden von Heike Schrader 37

Urteile für M. Tsourapas und Chr. Kontorevithakis, Anarchisten aus Griechenland 38

Frankreich: Nathalie Menigon endlich frei! 38

Gefangenenrevolte in Paraguay 38

Redebeitrag von Gabriel Pompo da Silva für die Demonstration am 5. Juli in Stuttgart 39

„Staatsschutz spricht von Pilotprozeß" 40

Aufruf anlässlich des Prozesses gegen Axel, Florian und Oliver 43

Offener Brief der Lebenslänglichen im Knast Spoleto, Italien, an die anderen Lebenslänglichen 45

Verhaftungen in Griechenland nach Entführung 47

Ein Aussiedler im Knast - der erlebt was von Thomas Meyer-Falk 50

Suizid im Frauengefängnis von Thomas Meyer-Falk 51

Briana Waters verurteilt 52

Genova 2008: City of riots 53

Italien-Kurzinfos 55

Ibourahima Keita - Nachruf auf einen 16-Jährigen 56

Graffiti-Crew „DPM" in England verurteilt 57

John Bowden befindet sich wieder im Knast 58

Mumia Abu-Jamal und die Totalblockade der Gerichte 60

Einführung in die Antispychiatrische Theorie 63

Das Sommerloch ist vorbei...

Zwei Monaten sind schon wieder vorbei und pünktlich präsentieren wir Euch die neue Nummer der „Entfesselt".
Die Organe der staatlichen Repression kennen kein Sommerloch und haben dies erneut durch wiederholte Tätigkeiten bewiesen. Allerdings gibt es auch auf „unserer" Seite wieder viel zu berichten.
In verschiedenen Ländern wurden wieder aktive GegnerInnen dieses System eingesperrt und dies bot Anlass für eine Vielzahl vielfältiger solidarischer Aktionen. Zum Beispiel in Griechenland, wo neulich drei GenossInnen verhaftet worden sind und jetzt mit erheblichen Haftstrafen zu rechnen haben. Momentan befinden sie sich in Untersuchungshaft, welche bis zun18 Monate dauern kann. Die Proteste seitens der AnarchistInnen wurden vom ersten Moment an aufgenommen, obwohl es auch kritische Stimmen gab, da den dreien vorgeworfen wird, an einer Entführung mitgewirkt zu haben. Dies weckt Erinnerungen an den Fall der Aachen4, wo sich ein Großteil der „Szene" entsolidarisierte und dies immer noch tut.
Oder der Kampf Amadeus, ein spanischer anarchistischer Gefangener, welcher durch einen über zwei-monatigen Hungerstreik einen Teil seiner Forderungen für seine Entlassung durch die Knastsleitung erfüllt bekommen hat. Bravo companero!
Und nicht zu vergessen, unsere GenossInnen die weiter in französischen Knästen leiden. Ein Gruß an sie und an Bruno, welcher sich für das Untertauchen entschieden hat, um ein Leben unter restriktiven Maßnahme zu entgehen. Flieh Mensch, flieh!
Auch in Deutschland ist letztens etwa größeres passiert: über 550 Gefangene traten Anfang August in einen kollektiven Hungerstreik, um ihre Solidarität mit Nadine T. zu zeigen und ihre Unzufriedenheit mit der gesamten Knastmaschinerie.
Dies bot auch Anlass dafür – neben einer Vielfalt an solidarischen Aktionen, hier sowohl im Ausland – eine Debatte zwischen draußen und drinnen anzustacheln, die in diesem Maß seit viel zu langer Zeit nicht stattgefunden hat: eine Möglichkeit, um neue Kämpfe und Wege der Solidarität zu entwickeln. Es bleibt die Aufgabe von uns allen, solche Debatten am Leben zu erhalten, trotz der vielen Unterschiede und Widersprüche, welche sich immer finden lassen.
Denn wenn mensch zusammen mit anderen kämpft, ist es wichtig sich auch immer mit den unterschiedlichen Vorstellungen des Kampfes auseinandersetzen, gerade auch mit Leuten, welche sich nicht als AnarchistInnen oder Autonome bezeichnen, die aber trotzdem mit der gegenwärtigen Realität unzufrieden sind und gegen diese aufbegehren.
Wenn wir ein reales Interesse daran haben, das bestimmte Themen nicht nur in unserer limitierten „Szene" verbreiten werden, müssen wir auch die Bereitschaft haben solche Auseinandersetzungen auf unsere Schultern zu nehmen. Was dann daraus resultieren wird, bleibt immer noch eine offene Frage, welche uns aber viel zu interessant und fruchtig erscheint, als sie nicht ernst zunehmen.
Wie auch in unserer Einschätzung zum Hungerstreik steht hoffen wir, dass viel mehr Gefangene das Wort ergreifen werden und uns Briefe zukommen lassen und schreiben werden was sie zu dem hinter uns liegendem Kampf, sowie zukünftigen, denken.
Am 25. September beginnt der sogenannte „mg-Prozess" in Berlin, in dem drei aktive Antimilitaristen ein versuchter Brandanschlag gegen die deutsche Kriegsmachinerie, sowohl die Mitgliedschaft in der „militanten gruppe" vorgeworfen wird. Auch hier bleiben wir selbstverständlich solidarisch mit denjenigen, die mit den von ihnen gewählten Mitteln gegen dieses System und ihre von Gesetzen legitimierten Massentötungen kämpfen, trotz der unterschiedlichen politischen Richtungen, welche uns „trennen" - denn mensch kann schon sagen, dass in der Geschichte nie wirkliche gute Beziehungen zwischen AnarchistInnen und KommunistInnen geherrscht haben...
Wir hoffen auf eine hohe Prozessbeglei

liegt. Maßgeblich für die Unterstützung, die die BewohnerInnen des Weglaufhauses erfahren, sind die jeweils eigenen Vorstellungen der BewohnerInnen darüber, welche Formen der Beratung, der Hilfe und des Schutzes ihnen wünschenswert erscheinen.

Der psychiatrische Krankheitsbegriff und die entsprechenden Diagnosen spielen für die Arbeit mit den BewohnerInnen keine Rolle und werden von den MitarbeiterInnen als Arbeitsgrundlage prinzipiell abgelehnt. Die BewohnerInnen gelten weder als krank, noch als fremdbestimmt, sondern bleiben für ihr Leben, für ihre Handlungen und Äußerungen selbst verantwortlich. Einer der zentralen antipsychiatrischen Positionen besteht in der Überzeugung, dass es psychische Krankheit als medizinische Kategorie nicht gibt und dass mit der Diagnostizierung einer solchen ›Krankheit‹ neue Probleme erst geschaffen werden, statt bei der Lösung der bestehenden zu helfen.

Diese Position leugnet jedoch nicht – wie häufig fälschlich behauptet – den großen Bedarf an Unterstützung, Zuwendung und Beistand, den Menschen mit Erfahrungen von Verrücktheit, in Lebenskrisen und in den damit einhergehenden sozialen Existenznöten haben, im Gegenteil: Die Ablehnung der psychiatrischen Raster ermöglicht überhaupt erst einen unvoreingenommenen Blick auf die besonderen Schwierigkeiten der Einzelnen und führt zu einer radikalen individuellen Anpassung der jeweiligen Formen der Unterstützung an die spezifische Situation der Betroffenen. Eine zentrale Aufgabe der MitarbeiterInnen des Weglaufhauses besteht unter diesen Voraussetzungen darin, die Balance zwischen der Hilfebedürftigkeit und der Selbstverantwortung der BewohnerInnen immer wieder neu auszutarieren und Umgangsweisen zu finden, die beiden Aspekten so weit als irgend möglich gerecht werden, ohne dabei auf allgemeine Richtlinien oder Patentrezepte zurückgreifen zu können. (...)

Der Trägerverein hat die Konzeption des Weglaufhauses als praxisbezogene und um die Erfahrungen der Selbsthilfebewegung bereicherte Umsetzung antipsychiatrischer Positionen der siebziger und achtziger Jahre entwickelt. Das Weglaufhaus konnte sich so zu einem beschützten Ort entwickeln, an dem die Betroffenen meistens zum ersten Mal die Gelegenheit haben, zwischen Alternativen zu wählen und konkrete psychiatriefreie Lebensentwürfe auch praktisch zu erproben.

Ohne die antipsychiatrische Grundhaltung des Projekts und die daraus resultierende bewusste konzeptionelle Abgrenzung von psychiatrischen Diskursen und Praktiken würde sich das Weglaufhaus in einer psychosozialen Landschaft, die in aller Regel eng mit der Psychiatrie zusammenarbeitet, nach kurzer Zeit in wesentlichen Aspekten nicht mehr von Einrichtungen des sozialpsychiatrischen Versorgungsangebots unterscheiden und damit als Alterna

Abschaffung des Sozialstaats eintritt.

Am 1. Januar 1996 nahm das Weglaufhaus in Berlin-Reinickendorf seinen Betrieb auf. 13 obdachlose Psychiatriebetroffene, die das psychiatrische Netz verlassen haben und ihr Leben wieder in die eigene Hand nehmen wollen, finden für maximal ein halbes Jahr Unterkunft und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Probleme. Im Team arbeiten zehn Teilzeitkräfte (unter anderem SozialarbeiterInnen, ehemalige Psychiatriebetroffene, PsychologInnen). Die MitarbeiterInnen und BewohnerInnen finden es absurd, Thomas Szasz als antipsychiatrisches Zugpferd einzuladen und ihm publizistische Gelegenheit zu geben, weiter Wasser auf die Mühlen derer zu kippen, die derzeit den Sozialstaat demontieren. Szasz steht mit seinen Aussagen diametral entgegengesetzt zu den existentiellen Bedürfnissen vieler Psychiatriebetroffener nach sozialer Unterstützung. Insbesondere im Weglaufhaus, in dem weggelaufene wohnungslose Psychiatriebetroffene Unterstützung suchen, finanziert nach § 72 BSHG (›Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten‹), findet die Einladung von Thomas Szasz keinerlei Verständnis. Unklar bleibt auch, wie Angehörige der Freien Universität Berlin, die gegen Mittelstreichung im Bildungswesen eintreten, hinter der Einladung eines Mannes stehen, der offenbar in den USA eine solche Mittelstreichung publizistisch unterstützt und anscheinend letztlich den gesamten Staat privatisieren möchte – mit Ausnahme vielleicht von Gefängnissen, in die er am liebsten Psychiatriebetroffene gesteckt haben möchte (...).

Wir werden nicht sprachlos zusehen, wie das – auch von uns – mühevoll aufgebaute positive Image der neuen Antipsychiatrie zerstört wird von einigen Besserverdienenden, die möglicherweise gerne einfach im Rampenlicht stehen möchten und sich nicht um mögliche Konsequenzen ihres Tuns für die sozial Schwächsten kümmern. Deshalb sehen wir uns gezwungen, mit unserer Kritik an die Öffentlichkeit zu gehen. (...) Übrigens beschimpft Thomas Szasz nicht nur (Psychiater und) Psychiatriebetroffene als tendenzielle Feinde der Freiheit, sondern auch Kommunisten, Psychoanalytiker, Feministinnen und Laingianer.« (Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. 1998)

Die neue Antipsychiatrie in der Praxis

Wie die Ablehnung der psychiatrischen Ideologie den Blick auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit psychosozialen Problemen geradezu erzwingt – Empathie und Interesse für diese Menschen vorausgesetzt –, geht aus einem 2000 von Thilo von Trotha verfassten Diskussionspapier des Weglaufhausteams hervor. Mit seiner Reflexion reagierten die MitarbeiterInnen auf spezifische Fragen, die ihnen häufig vor allem von Professionellen aus anderen Einrichtungen gestellt werden, wenn diese mit dem Weglaufhaus konfrontiert werden. Das Papier setzt daher schon gewisse allgemeine Kenntnisse über das Projekt voraus und gibt, für sich allein genommen, kein vollständiges und angemessenes Bild der Arbeit des Weglaufhauses, sondern beleuchtet nur einen sehr spezifischen Ausschnitt:

»Antipsychiatrie bedeutet für unsere tägliche Praxis, dass im Weglaufhaus der Schwerpunkt auf der Wahrnehmung, Entwicklung und Stärkung der Selbstbestimmung von psychiatrieerfahrenen Menschen

tung seitens solidarischer Menschen und dass solche Prozesse nicht untergehen, nur weil die Betroffenen gerade „frei" sind. Denn die Bedrohung des Knastes bleibt weiterhin aktuell und sie müssen unsere Solidarität und das für sie da sein spüren.
Ende des Monats findet im Kiel in der Alte Meierei ein Antiknastwochenende statt, welches als Anlass für Diskussionen, Vernetzungen und sowohl auch Aktionen gedacht ist. Lasst euch im Norden blicken und mit uns gemeinsam Ideen entwickeln, wie wir dem Knastapparat – sowie dem restlichen Mist – etwas entgegensetzen können.

Zum Schluss betonen wir nochmal: alle Gefangenen, die Interesse daran haben unsere Hefte sowie andere Broschüren zu beziehen, sollen uns einfach schreiben, dann wir schicken sie umsonst los. Schreibt uns auch, wenn ihr eure Texte hier veröffentlicht haben wollt, wir nehmen sie selbstverständlich mit Freuden auf. Alle diejenigen, die sich in Freiheit befinden, fragen wir nach Spenden für die Portokosten.
Anarchistische Grüße an alle Gefangenen und lasst uns denn Kampf gegen das Knastsystem weiter spürbar machen, denn Wege dafür gibt es viele, nur fehlen oft die, die sich auf ihnen bewegen...

ABC Berlin

Ein Überblick über den Hungerstreik in deutschen Gefängnissen Anfang August 2008

Die größte selbstorganisierte Aktion von Gefangenen, welche seit vielen Jahren innerhalb der deutschen Gefängnisse stattgefunden hat, ist nun schon vor über einem Monat zu Ende gegangen. Wir haben uns etwas Zeit genommen, um ein paar Gedanken über dieses Ereignis zusammenzufassen, denn Aktionen und Texte zur Reflektion gab es in den letzten Wochen genug. Von verschiedenen Seiten betrachtet hat dieser Hungerstreik eine große Bedeutung, die Eröffnung einer Debatte unter solidarischen Menschen und Inhaftierten könnte z.B. eines der wichtigsten Resultate sein, zusammen mit einer Verbesserung der Selbstorganisierung der Inhaftierten und die Eröffnung neuer Perspektiven des Kampfes gegen das Knastsystem. Obwohl die Anzahl an Solidaritätsaktionen nicht immer mit anderen Ländern vergleichbar ist, hat sich trotzdem gezeigt, dass auch hier dieses Thema eine bestimmte Unterstützung findet, welche sich auch langsam verbreitert.
Aber lasst uns langsam anfangen, denn es ist für uns schwierig einen lesbaren Text zu erstellen, aufgrund der Komplexität der Situation: wir haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern an der Teilnahme an einer Debatte, welche hoffentlich weitergehen wird.

Ein „historischer" Hungerstreik – der Anfang einer neuen Welle von Kämpfen?

Eine solch große Aktion, welche von Gefangenen im kompletter Autonomie organisiert wurde, ist uns seit vielen Jahren nicht mehr zu Ohren gekommen. Der Prozess der Individualisierung, Vereinzelung und Entsolidarisierung, welcher innerhalb dieser Gesellschaft ständig zunimmt, kann sich dementsprechend hinter den Mauern der Gefängnisse nur noch auf extremere Art und Weise widerspiegeln. Die Politik der „Resozialisierung", die Erpressung der Gefangenen durch das Angebot von Lockerungen, aber nur zu dem hohen Preis eines passiven, konformen Verhaltens innerhalb der Mauern, der Skandal der Zwangsarbeit, das Damoklesschwert der Sicherungsverwahrung und schließlich ein wachsendes Desinteresse seitens der Leute hier draußen, egal ob „Normale" oder „Szene-Angehörige", alles hat seinen Anteil am Niedergang der Kämpfe hinter den Gittern.
Es gibt natürlich immer vereinzelte Beispiele von Gefangenen, welche trotz dieser Situation die Fahne in all den Jahren hochgehalten haben und dafür immer auch einen hohen Preis bezahlen müssen, aber nie konnte die Rede von einer Gefangenenbewegung sein.
Aufstände und revolutionäre Aufbrüche sind unvorhersehbar und diesmal hat ein kleiner Funken gereicht, um eine neue potenzielle Situation innerhalb der deutschen Gefängnisse zu entfachen. Die Situation einer Gefangenen, Nadine Tribian, welche erheblichen Druck seitens des Gefängnissystems und ihrer RichtungsgeberInnen ausgesetzt war, hat die Bedingungen für eine eher selten existente solidarische Haltung unter den Gefangenen ermöglicht. Dass über 500 Gefangene sich mit ihr solidarisch gezeigt haben, indem sie am Hungerstreik teilgenommen haben, ist vielleicht der Anfang einer neuen Zeit und zwar eine, in der Worte wie Solidarität wieder ihren Platz haben. Dazu kommt auch,

Veraltete und neue Antipsychiatrie im Konflikt

Letztlich spiegelt sich in der Entwicklung der Irren-Offensive in den letzten zwölf Jahren der Konflikt zwischen alter und neuer Antipsychiatrie. Nahezu alle ehemals antipsychiatrisch aktiven Mitglieder dieser Gruppe wechselten Anfang der 90er Jahre zum Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. und seinem Weglaufhausprojekt über, nachdem eine Reihe der damaligen Mitglieder zum Schritt von reiner Selbsthilfe hin zum Aufbau einer nutzerkontrollierten Alternative zur Psychiatrie ansetzten (Lehmann 1998). Während das 1996 in Berlin eröffnete Alternativprojekt durch seine Praxis Positionsklärungen ermöglichte bzw. erzwang, blieben die bei reiner Psychiatriekritik stehengebliebenen Mitglieder der neuen Irren-Offensive letztlich auf dem Szasz'schen Entwicklungsstand verhaftet: mit der Abschaffung der Psychiatrie würden die Probleme psychiatrisierter Menschen verschwinden.

So war es ›zufällig‹ die Person von Thomas Szasz, an der sich am 1. Mai 1998 dieser Konflikt konkretisierte. Im Jahr zuvor hatte der erzkonservative und mit den Scientologen eng verquickte Psychiater in Berlin sein Buch »Grausames Mitleid« präsentiert. Darin stellte er Psychiatriebetroffene auf eine Stufe mit Verbrechern und Landstreichern und forderte den Verzicht auf jegliche sozialstaatliche Tätigkeit, das Wahlrecht nur für Steuerzahler, dafür das Recht auf Armut, auf Obdachlosigkeit, Sucht und Drogentod für alle übrigen. Er formulierte unter anderem:

»Ein Individuum, das nicht produktiv werden kann oder will, muss ein Abhängiger oder ein Räuber werden oder zugrunde gehen. (...) Einfach ausgedrückt, jemand, der Diabetes oder Bluthochdruck hat, ist nicht notwendigerweise unproduktiv oder kriminell, während Personen, bei denen Schizophrenie oder antisoziale Persönlichkeitsstörung diagnostiziert wurde, typischerweise unproduktiv sind und sich häufig in einer Weise verhalten, die als gesellschaftsfeindlich oder kriminell bezeichnet wird. (...) Die simple Wahrheit ist, dass manche Menschen es vorziehen, ihr Geld nicht für eine Behausung aufzuwenden (sondern vielleicht lieber für den Kauf von Drogen), dass sie es ablehnen, bei Familienmitgliedern zu wohnen, die bereit wären sie aufzunehmen, und ein Leben in psychischer Krankheit, Verbrechen und Landstreicherei bevorzugen.« (Szsaz 1997, S. 213, 211, 140)

In seiner Presseerklärung zur Einladung zum »Foucault-Tribunal«, einem von der ›neuen‹ Irren-Offensive 1998 in Berlin veranstalteten Tribunal gegen die Psychiatrie, schrieb der Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V.:

»Sehr geehrte Damen und Herren von den Medien, wir möchten unseren Unmut ausdrücken darüber, dass beim ›Foucault-Tribunal‹ ausgerechnet Thomas Szasz als Vertreter der antipsychiatrischen Anklage auftreten soll bzw. sollte. Wir halten dies für einen Affront gegenüber Psychiatriebetroffenen, die Strategien entwickeln, um die psychiatrische Bedrohung abzuwehren und Möglichkeiten echter Unterstützung für Menschen in psychischen Notlagen sozialer Natur zu schaffen, die sich für den politischen Zusammenschluss mit anderen Menschenrechts- oder Selbsthilfegruppen einsetzen sowie für neue Formen des Lebens mit Verrücktheit, für Verrückten- und Weglaufhäuser.

Dabei sind die historischen Verdienste von Thomas Szasz um die Kritik der Psychiatrie unbenommen. Allerdings hat er in letzter Zeit, speziell in seinem Buch ›Grausames Mitleid‹, eine immer drastischere Wendung unternommen in Richtung Primitivstkapitalismus (sinngemäß ›Rechte nur für diejenigen, die Geld machen‹), wobei er zuletzt diejenigen, die am Ende der sozialen Hierarchie stehen, nämlich Psychiatriebetroffene und insbesondere wohnungslose Psychiatriebetroffene, als tendenziell kriminelle Sozialschmarotzer diffamiert und für die

lange Sicht überflüssig wird.

Einen integrierten Teil eines zukünftigen, ökologisch und humanistisch ausgerichteten Gesellschaftssystems stellt der Verzicht auf toxische Stoffe in der Natur, im Wohnbereich, in der Ernährung und in der Medizin dar. Der Verzicht auf den Einsatz chemischer Gifte im psychosozialen Bereich könnte unter folgenden Gesichtspunkten entwickelt werden:

* In der Öffentlichkeit, bei Professionellen wie bei Betroffenen ist ein Bewusstsein über das inhumane, gefährliche und schädliche Kosten?Nutzen?Verhältnis chronischer Einnahme psychiatrischer Psychopharmaka zu schaffen.

* Internationale Empfehlungen und nationale Gesetze, die psychiatrische Zwangsbehandlung und speziell juristisch verfügte Auflagen zur Dauereinnahme im ambulanten Bereich ermöglichen, müssen bekämpft und verhindert werden.

* Es ist wichtig, Wissen über Entzugsprobleme und darüber, wie diese gelöst werden können, zu sammeln und zu verbreiten.

* Spezielle Hilfsprogramme und Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitsproblemen müssen entwickelt werden.

* Die Aufklärung über schädliche Wirkungen und Abhängigkeitsrisiken ist bereits vor der Erstverabreichung psychiatrischer Psychopharmaka sicherzustellen.

* Es müssen Methoden, Systeme, Dienste und Institutionen einer kurz?, mittel? und langfristigen Hilfe und Unterstützung entwickelt werden, die in keiner Weise auf der Verabreichung von synthetischen Psychopharmaka aufbauen.

* Die Verursacher psychopharmakabedingter Schmerzen, Leiden und Behinderungen sind zur Zahlung von Schmerzensgeld zu verpflichten.« (Bach 1998, S. 342 – 344)

Die neue Antipsychiatrie in Deutschland wurde im wesentlichen von der Berliner Selbsthilfeorganisation Irren-Offensive e.V. entwickelt. Schon kurz nach ihrer Gründung 1980 hatten ihre Mitglieder, AkademikerInnen wie NichtakademikerInnen, Frauen wie Männer, den entwertenden Krankheitsbegriff über Bord geworfen. All die Schritte der ›alten‹ Irren-Offensive, nachzulesen in Tina Stöckles Buch »Die Irren-Offensive – Möglichkeiten und Grenzen antipsychiatrischer Selbsthilfe« (Stöckle 1983, 2000), sind inzwischen auch von einigen neugegründeten Gruppen in anderen Städten nachvollzogen worden oder werden zumindest teilweise angestrebt:

* (Nichtangeleitete) Selbsthilfe zur Lösung psychischer Probleme und Verarbeitung verrückter (›psychotischer‹) Erfahrungen – unter Verneinung der Zuständigkeit von MedizinerInnen und unter Abwehr sexistischer Verhaltens- und Denkweisen

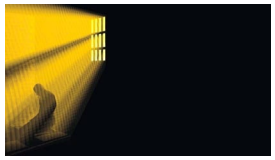
* Organisierung eigener Räume und Beratung von Betroffenen für Betroffene, insbesondere beim Absetzen psychiatrischer Psychopharmaka

* Rechtsberatung und Entwicklung eines Rechtsschutzes gegen psychiatrische Übergriffe unter dem Motto »Recht auf psychopharmakafreie Hilfe«

* Aufbau einer eigenen nationalen Organisation und Zusammenarbeit mit anderen politischen und Menschenrechtsorganisationen

* Aufbau eines eigenen, nichtzensierbaren Kommunikationssystems

* Umwidmung psychiatrischer Gelder zugunsten nutzerkontrollierter Alternativprojekte statt eines weiteren Ausbaus der Gemeindepsychiatrie.



dass der Protest auch generell gegen die Haftbedingungen gerichtet war und sich nicht nur an der Situation einer Gefangenen begrenzt hat. Außerdem gab es noch die Gefangenen, welche versucht haben diesem Hungerstreik eine noch breitere Perspektive zu geben, wie etwa Gabriel Pombo da Silva, indem sie ihren kompromisslosen Hass auf das gesamte Knastsystem sichtbar gemacht haben. Und wir sind uns sicher, dass außer Gabriel noch weitere Gefangene sich ähnliche Gedanken gemacht haben, denn eine der großen Gelegenheiten, welche ein solcher Protest bieten ist eine mögliche Radikalisierung ihrer Beteiligten - im Knast genauso wie hier draußen.
Gabriel hat vieles zum Hungerstreik beigesteuert, indem er Texte veröffentlicht hat und da er ein „bekannter" Gefangener (in dem Sinne, dass er viel Unterstützung von AnarchistInnen weltweit genießt) ist, hat sein Aufruf zur Aktion bestimmt viele solidarische Menschen zum Handeln bewegt. Später werden wir noch auf seine Texte eingehen.

Die Reaktionen von draußen – das Wort "Solidarität" verbreitet sich wieder...

Wie vielen wahrscheinlich bekannt ist, ist eine Antihaltung gegenüber Knästen innerhalb der „deutschen Bewegung" nicht wirklich weit verbreitet. Zwar gibt es relativ viele, die Initiativen in Solidarität mit „politischen" Gefangenen organisieren, aber wesentlich weniger sprechen sich für eine Solidarität mit allen Gefangenen im Kampf und gegen das Knastsystem aus. Allerdings ist in letzter Zeit die Stimme der letzteren langsam aber kontinuierlich breiter geworden und hat Diskurse beeinflusst, mindestens das was unsere kleine „Szene" angeht. Und wir waren überrascht davon, dass so eine relativ hohe Resonanz zu diesem Hungerstreik stattgefunden hat.
Die Unterstützungsarbeit wurde hauptsächlich von vier, fünf Zusammenschlüssen aus verschiedenen Städten Deutschlands vorangetrieben (Rote Hilfe Dresden, Gefangenen-Info aus Hamburg, ABC-Orkan, Mauerfall – Gefangenen Rundbrief aus Morbach, Autonomes Knast Projekt aus Köln, um nur ein paar davon zu benennen..), die soweit ihre Kräfte reichten versucht haben, Öffentlichkeit für die Proteste zu schaffen.
Denn die Aufgabe von uns hier draußen bleibt es die Proteste der Gefangenen sichtbar zu machen: dazu gab es vielfältige Aktionen, welche dazu beigetragen haben das Thema in einem breiten Spektrum bekannt zumachen. Von Kundgebungen vor Knästen, Infos verteilen, solidarische Protestpostkarten an die Bielefelder Anstalt (dort wo Nadine sitzt) und das Justizministerium NRW schicken bis hin zu direkten Aktionen ist einiges gelaufen. Eine Auflistung davon gibt es am Ende dieses Textes.
Viele haben uns ständig angeschrieben, weil sie Soliaktionen in ihren Städten vor dem Gefängnis oder sonstwo organisieren wollten. Ob bei ihnen auch Gefangene am Streik beteiligt sind und was sie tun können wollten sie wissen, viele haben außerdem unsere Solipostkarten bestellt.
Generell hatten wir das Gefühl, dass diese Proteste das Interesse vieler geweckt hat, trotz des angehenden „Sommerlochs". Für viele war dies tatsächlich auch das erste Mal, dass sie sich ernsthaft mit dieser Problematik etwas tiefer auseinandergesetzt und sich darüber Gedanken gemacht haben, dass z.B. einer Trennung zwischen „politischen" Gefangenen und dem Rest unnütz ist. Wir sehen bei dem Ganzen schon ein paar Schritte in die richtige Richtung. Aber warten wir erstmal ab, was in den nächsten Monaten passieren wird, eine Gelegenheit bestimmte Diskussionen zu führen wird das Antiknastwochenende Ende September in Kiel sein.

Die bürgerliche Presse – ein erwartetes (größtenteils) kollektives Schweigen

Der Großteil der bürgerlichen Presse hat zu dem Kampf komplett geschwiegen, dies überrascht uns natürlich nicht, sondern bestätigt weiter was wir von ihnen halten und zwar nichts positives. Wie auch immer, es gab ein paar positive Ausnahmen seitens

der links-liberalen/post-sozialistischen Zeitungen, welche die ganze Woche über ausführlich berichtet haben - wie etwa Neues Deutschland und Junge Welt. Sieben Artikel sind dazu erschienen, welche von eher politisch aktiven JournalistInnen aus Berlin geschrieben wurden. Wenn von ihrer Seite Infos über den Hungerstreik gefordert wurden, haben wir diese per Email weitergegeben bzw. auf unsere Website verwiesen.
Wir haben zwar keine freundliche Haltung den bürgerlichen Medien gegenüber, ganz im Gegenteil, allerdings müssen wir auch anmerken, dass die Artikel recht passabel geschrieben worden sind (sie sind auch auf unsere Homepage zu finden, bildet euch eure Meinung dazu selber).
Andererseits müssen wir aber auch sagen, das wir normalerweise bei so etwas Bauchschmerzen bekommen, aber in diesen Fall finden wir es gut wenn engagierte JournalistInnen versuchen über diese Kämpfe fair zu berichten.
Eines der Hauptprobleme ist auch, dass Gefangene selber nicht wirklich in der Lage sind solche Infos weiterleiten zu können. Sie haben zwar den Rundbrief der Iv.I. zu vielen Zeitungen geschickt, es gab aber keine Rückmeldungen, was uns nicht weiter überrascht. Dementsprechend haben wir es auch für richtig gehalten, dass ihre Stimme auch einen Platz außerhalb unserer Medien findet, auch wenn normalerweise unsere Beziehung zu den Medien anders aussieht. In diesem Sinne war es nicht problematisch für uns Infos weiterzugeben und zu schauen was danach passiert.
Wir dürfen auch nicht unterschätzen, dass die Gefangenen, außer die, welche anar

In Berlin aufgehängtes Transparent

chistische Positionen vertreten, einen Erfolg eines solchen Kampfes darin sehen, je mehr Medien darüber berichten, weil sie die „Öffentlichkeit" erreichen und zeigen wollen, was Knast bedeutet. Auf diese Art werden auch von ihnen Erfolge gemessen: dass Personen aus unserer „Szene" Aktionen organisieren finden sie bestimmt wichtig, freuen sich aber auch über eine breitere Unterstützung, welche laut ihrem Denken durch mehr Medienberichte erreicht werden kann.
Es bleibt dann auch unsere Aufgabe ihnen nochmal zu vermitteln, wie die Medienmaschinerie läuft (obwohl viele Gefangene dies auch wissen, aber wahrscheinlich trotzdem weiter hoffen, dass es sich ändern wird) und dass der Aufbau solidarischer Beziehungen im Kampf eigentlich ein konkretes und vertrauensvolles Ereignis ist. Dadurch versuchen wir eine eventuelle Nutzung der Maschinerie der Medien zu überwinden und versuchen mit unseren eigenen Wegen viel mehr Leute als in unserer „Szene" zu erreichen. Das bleibt immer einer große Herausforderung und gibt es immer noch eine Menge zu tun...
Durch einige JournalistInnen, mit denen wir in Kontakt standen, haben wir erfahren, dass die Knäste bei telefonischen Nachfragen immer meinten: „Hier gibt es keinen Hungerstreik!". Wie wir später rausgefunden haben soll es in Deutschland der Fall sein, dass ein Hungerstreik erst ab dem achten Tag offiziell von den Behörden und Knastleitungen als Hungerstreik eingestuft und bekannt gegeben wird.

Die Schwierigkeiten der Kommunikation – oder über die Schwierigkeiten, die Betonmauern zu überwinden...

Wie schon zuvor erwähnt, eine Vielzahl von Menschen wollte von uns wissen in welchen Knästen der Hungerstreik stattfindet, um jeweils Aktionen organisieren zu können. Fast immer lautete unsere Antwort: „Wir wissen es selber nicht." Uns ging es genauso, wir haben am Donnerstag, den 31. Juli nachmittags erfahren, dass sich auch in Berlin-Moabit Gefangene beteiligen,

sehrtheit), für ihre Organisierung und die Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechts- oder Selbsthilfegruppen, für die Unterstützung beim Entzug von psychiatrischen Psychopharmaka, für die Ächtung von Elektroschocks sowie den Schutz vor ambulanter Zwangsbehandlung, die durch den Ausbau der Gemeindepsychiatrie begünstigt wird.

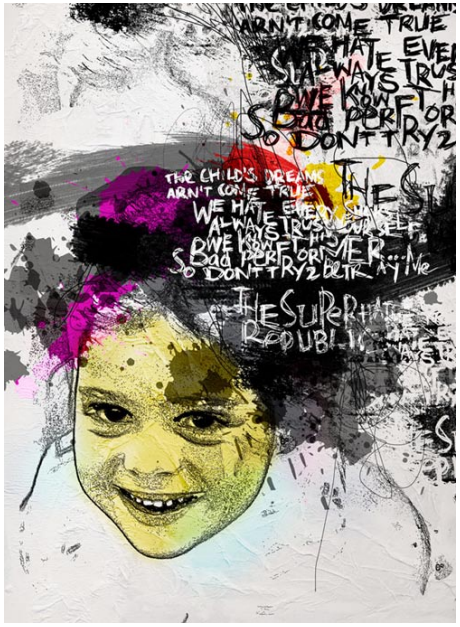
Ein prominenter Vertreter der neuen Antipsychiatrie ist der Däne Karl Bach Jensen, ehemaliger Vorsitzender des Europäischen Netzwerks von Psychiatriebetroffenen. Er brachte 1998 die Position der neuen Antipsychiatrie auf den Punkt:

»Das überkommene Konzept der psychischen Krankheit und des Bedarfs an synthetischen Psychopharmaka abzulehnen, speziell wenn sie über lange Zeit oder gar lebenslänglich verordnet werden, kann natürlich nicht heißen, die Augen zuzumachen vor den realen Problemen, die viele Menschen haben. Ich will keineswegs darauf hinaus, dass wir uns um andere, wenn sie verrückt werden, etwa gar nicht kümmern sollten, dass die Leute eingesperrt und allein gelassen werden sollten.

Ein wesentliches Charakteristikum alternativer psychosozialer Dienste würde darin bestehen, Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen – unter anderem durch gegenseitige Lernprozesse, Rechtsbeistand, alternative Medizin, gesunde Ernährung, natürliche Heilverfahren und spirituelle Übungen. Die alternative Arzneimittelkunde hat beispielsweise ein großes Wissen über die Wirkung von Kräutern und Homöopathika, die dem Körper und der Psyche helfen können, Entspannung zu finden und das innere Gleichgewicht wiederherzustellen. Mit solchen Dingen kann man möglicherweise nicht so viel Geld verdienen, doch sie sind es, die Zukunft haben.

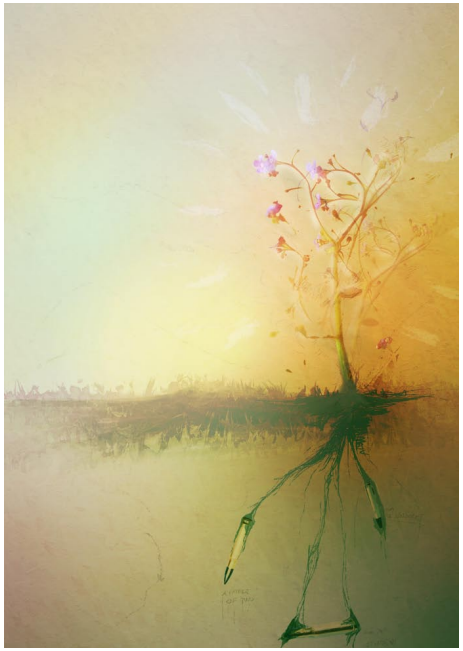
In diesem Feld können Psychiatriebetroffene eine wichtige Rolle als MitarbeiterInnen und RatgeberInnen spielen, denn sie haben das Wissen darüber, was ihnen geholfen hat. Solche mit einer positiven Subkultur?Identität und Würde verbundenen Dienste können von der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden oder, mit öffentlicher finanzieller Unterstützung, von der Betroffenenbewegung selbst, wobei Menschen einfach ein Ort gegeben würde, sich zu treffen und ihr eigenes Leben zu gestalten. Falls Menschen eingesperrt werden müssen, um ihnen das Leben zu retten oder um sie davon abzuhalten, anderen ernsthaften Schaden zuzufügen, sollte niemand das Recht haben, ihnen irgendeine Art von Behandlung aufzuzwingen. Zum Schutz vor Zwangsbehandlung sollten Psychiatrische Testamente oder andere Vorausverfügungen (in denen steht, welche Form der Behandlung eine Person wünscht oder nicht wünscht, falls es zu einer Zwangseinweisung kommt) in allen Staaten und Ländern rechtskräftig werden.

Alternative Systeme und dezentrale Dienste müssten sich um die Bedürfnisse von Menschen mit psychosozialen Problemen in einer Weise kümmern, dass der Gebrauch von synthetischen und giftigen psychiatrischen Psychopharmaka minimiert und auf



Behandlung, beim Absetzen oder danach im Gesicht, am Rumpf oder an den Extremitäten auftreten, nicht behandelbar sind, sozial stigmatisieren und mit einer Verkürzung der Lebenserwartung einhergehen (Lehmann 1996b, S. 208 ff.).

Aufgrund der neuroleptika- und antidepressivabedingten Langzeitschäden kommt auch der im italienischen Faschismus von Schweineschlachthäusern abgeguckte Elektroschock wieder verstärkt in Gebrauch. Mit ihm werden in den Gehirnen der Behandelten – zu 80% Frauen – epileptische Anfälle ausgelöst, was irreversible massive Nervenzellausfälle bewirkt (Lehmann 1996a, S. 20ff.; Frank 1996). Reaktion auch der fortschrittlichen Reformpsychiater: Schweigen (Lehmann 2001). Ein ebenso lautes Schweigen schwappt einem entgegen, wenn man sie um ihre Meinung zu der vom Europarat geplanten Ethikerklärung zu den Rechten Zwangspsychiatrisierter befragt, die unter anderem eine gewaltsame Neuroleptikaverabreichung inner- und außerhalb von Anstalten sowie gewaltsame Elektroschocks legalisieren soll (Arbeitskreis des Steering Committee on Bioethics des Europarates 2000).



Mit einer Vielzahl von gut bezahlten Arbeitsplätzen und Teilhabe an der Machtausübung korrumpiert das psychiatrische System die MitarbeiterInnen. Obwohl die Langzeitschäden von Elektroschocks oder Neuroleptika himmelschreiend sind, bleiben die psychiatrisch Tätigen in aller Regel stumm, die politisch Verantwortlichen in den Parteien und den Gesundheitsbürokratien tatenlos und die Betroffenen verloren, sofern sie sich nicht zusammenschließen.

Neue Antipsychiatrie

Ein Vierteljahrhundert, nachdem dissidente Psychiater ihre Wissenschaft als Antipsychiatrie neu erfanden, artikuliert sich seit den frühen achtziger Jahren zunehmend eine radikale Kritik, die als neue Antipsychiatrie bezeichnet werden kann. Sie wird nicht von Professionellen getragen, die für und über ›psychisch Kranke‹ reden wollen, sondern von Psychiatriebetroffenen, die sich auf allgemeine Menschenrechtserklärungen berufen und die wissen, dass es Geisteskrankheiten (im Gegensatz zu Hirnkrankheiten) als medizinische Komplexe mit kategorisierbaren Ursachen, Verläufen und Prognosen nicht gibt. Sie wollen die Psychiatrie nicht reformieren, sondern ein System mitmenschlicher Hilfeleistung für Menschen in psychischen Notlagen sozialer Natur entwickeln, neue – mehr oder weniger institutionelle – Formen des Lebens mit Verrücktheit und Andersartigkeit. Dabei wir Antipsychiatrie als humanistische Bewegung verstanden. „Anti" kommt aus dem Griechischen und heißt mehr als nur einfach „gegen". Es gibt auch die Übersetzung „alternativ", „gegenüber" (z.B. Paros – Antiparos, Libanon – Anti-Libanon, Arktis – Ant arktis) oder „unabhängig".

Antipsychiatrische Psychiatriebetroffene setzen sich zudem ein für deren rechtliche Gleichstellung mit gesunden sowie kranken Normalen (d.h. straffreie Behandlung nur nach informierter Zustimmung auf Grundlage des allgemeingültigen und von der Haltung zur Psychiatrie unabhängigen Menschenrechts auf körperliche Unver

daraufhin haben wir auf die schnelle eine Demo auf die Beine gestellt. Keine/r von uns draußen wusste in welchen Knästen Gefangenen am Streik beteiligt sind, für wie lange, wie viele insgesamt usw. Das hatte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine negative Wirkung auf Soliaktionen. Nicht das mensch unbedingt einen hungerstreikenden Gefangenen in ihrer/seiner Stadt braucht, um etwas für die Solidarität zu organisieren. Allerdings, weil es für viele ein erstes Annähern an ein solches Thema war, hätte ein solcher Bezugspunkt solidarische Anlässe definitiv vereinfacht.
Woran lagen die Kommunikationsschwierigkeiten? Kurz gesagt, es lag an vielen verschiedenen Gründen. Erstens, unser Kontakt mit der Iv.I. ist erst etwa anderthalb Monate vor dem Hungerstreik zustande gekommen, indem wir ihren Rundbrief erhalten haben. Dazu kommt, es ist davon auszugehen, dass die Anstalten die Gefangenen einer großen Zensur vor und während der Aktion ausgesetzt haben, um genau diese Kommunikation beschränken zu können (nicht das es normalerweise anders laufen würde...). Wir hoffen darauf, dass uns die Gefangenen mitteilen werden, ob dies der Fall war oder woran es lag, dass die Infos nicht wirklich den Weg nach draußen fanden - wir warten auf Rückmeldungen von euch. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Organisierung unter den Inhaftierten noch am Anfang steht und es braucht erstmal eine Weile bis eine bessere Koordinierung untereinander da ist.
Schlussendlich muss aber auch gesagt werden, das wir hier draußen lernen müssen miteinander besser zu arbeiten. Enge Kooperationen zwischen verschiedenen Gruppen gibt es zwar, aber diese müssen weiter verbessert werden von uns allen bzw. muss es öfters Treffen geben, um Sachen gemeinsam zu besprechen.
Hinzuzufügen gibt es noch, dass wir auch zugeben müssen, dass dies die erste große Aktion von „sozialen" Gefangenen war mit welcher wir hier konfrontiert wurden. Aufgrund des Mangels an Erfahrungen waren wir auch mit der neue Situation zum Teil überfordert und haben auch dementsprechend noch viel zu lernen. Es bleibt für uns als positiv zu bewerten, dass unter einigen Gruppen/Einzelpersonen dieser Hungerstreik hoffentlich dazu gedient hat eine langfristigere und engere Zusammenarbeit in der Zukunft hinzubekommen.

Wie die Grenzen eines Hungerstreiks überwunden werden könnten

Es gibt und es gab in der Geschichte immer unterschiedliche Meinungen über das Kampfmittel des Hungerstreiks - es wäre aber zu lang hier diese Diskussion zusammenzufassen. Viele Gefangene sehen dieses Mittel als das extremste und letzte an, welches ihnen der Staat lässt. Ihre Körper werden schließlich als letzte Waffe benutzt, oft verbunden mit körperlichem Zerfall oder dem Preis des Todes – in der Geschichte der Hungerstreiks sind viele Todesfälle konstatiert. Andere hingegen wollen dem Staat nicht den Gefallen machen sich noch weiter kaputt zumachen, als sie schon vom Knast selber kaputtgemacht worden sind, aber bleiben trotzdem mit dem Hungerstreik solidarisch, wie etwa Thomas Meyer-Falk.
Wir respektieren die Entscheidung der Gefangenen eine solche Form von Aktionismus auszuwählen, denn es hat sich auch oft gezeigt, dass es zu Teilerfolge führen kann, etwa wie im Fall der Thessaloniki7 (Gefangene nach den Protesten gegen den EU Gipfel im Jahr 2003 in Thessaloniki) oder das aktuelle Beispiel von Amadeu Casellas.
Ein Hungerstreik kann aber nur Teilerfolge erreichen, wenn draußen eine vielfältige

Transparente auf der Kundgebung in Hamburg

Unterstützung geboten wird: denn wir hier draußen haben viel mehr Möglichkeiten zu handeln als diejenigen, die gerade als Geiseln vom Staat gefangen gehalten werden. Nur durch vielfältige Unterstützung können die Forderungen der Gefangenen eine hohe Aufmerksamkeit bekommen, das ist die Aufgabe aller solidarischen Menschen, die sich dazu entscheiden ihre Unterstützung anzubieten. Der Druck muss auf verschiedenen Ebenen aufgebaut werden, um das in sich begrenzte Kampfmittel des Hungerstreiks hier draußen erweitern zu können.

Solidarische Kritik als Salz jeglicher revolutionärer Kämpfe

Es gab verschiedene Kritiken an der Form dieses Hungerstreiks, vor allem an der „Organisation", welche ins Leben gerufen wurde - die Iv.I. Damit setzte sich ein Text von belgischen GenossInnen kurz vor dem Beginn des Hungerstreiks auseinander (der Text ist auch hier in der Entfesselt zu finden). Darin wird hauptsächlich kritisiert, dass zum Hungerstreik von einer „Organisation" aufgerufen wird (denn eine offizielle Vertretung stößt gegen die Gedanken einer autonomen/anarchistischen Organisierung), welche sich explizit auf bestimmte rein legale Aktionsformen beschränkt und nur Verbesserungen im Knast fordert, dabei den Gesamtkontext aus den Augen verliert - das gesamte Knastsystem. Daraufhin gab es einen Brief von Gabriel, der schon seine Solidarität und Mitbeteiligung am Hungerstreik bekannt gegeben hatte, welcher als Antwort zu dem Brief aus Belgien und zu einigen Kritiken, diese er persönlich bekommt hat, zu verstehen ist. Außerdem erhielten wir in den letzten Tagen einen Brief von Pit Scherzl, dem „Vorstand" der Iv.I.", der auch auf einige der Kritiken eingeht.
Wir sehen viele interessante Kritiken und Diskussionspunkte und sind froh darüber, dass sich solch eine Debatte entfacht hat, denn die solidarische Kritik bleibt das Salz jeglicher revolutionärer Kämpfe. Diese muss aber solidarisch bleiben, nur leider werden oftmals die Töne dieser Kritik anders verstanden, was dann eher negative als positive Spannung erzeugt, welche sich dann auf beiden Seiten widerspiegelt.
Wir möchten auch darauf hinweisen, dass eine solche Debatte zwischen Gefangenen und (zu meist) anarchistischen UnterstützerInnen nichts neues ist. Eine Beispiel dafür ist der letzte Hungerstreik gegen lebenslänglich, welcher von italienischen Gefangenen letztes Jahr getragen wurde. Dazu wurde von einer „offiziellen" Organisation aufgerufen und auch von dieser beendet, eine Sache, die auch von Seiten der AnarchistInnen kritisiert wurde.

„AnarchistInnen werden nicht geboren, sondern werden gemacht"

Wir teilen einige Kritiken, welche von den solidarisches anarchistischen GenossInnen und in einem Text von Gabriel formuliert worden sind. Wir sind auch gegen jegliche formelle Organisation, denn sie ist in ihren Wurzeln hierarchisch geprägt und aus diesem Grund von unsere Seite abzulehnen. Aus welchen Gründen Pit und die anderen sich dazu entschieden haben eine solche Form der Organisierung zu wählen wissen wir nicht, denn dies bleibt eine offene Frage, die zur Debatte steht, auch hier freuen wir uns auf eine solidarische Auseinandersetzung untereinander.

Allerdings, können wir uns an Gabriels Brief anschließen und bestätigen, das AnarchistInnen nicht als solche geboren werden, sondern gemacht werden...
Drinnen genauso wie hier draußen können wir nicht erwarten, dass Menschen, welche

Transparent auf der Kundgebung in Hamburg

Einführung in die Antispychiatrische Theorie

Obwohl viele selbst oder durch Freunde/Bekannte schon in Kontakt zur Institution Psychiatrie stehen und die Zahl der Betroffenen auch in der Linken eher wächst, steht das Thema weit außerhalb alltäglicher Linker Szenediskurse. Zudem ist der Umgang dominiert von Unsicherheiten und Voruteilen gegenüber Psychisch „kranken" Menschen und heute selten im Zusammenhang mit Kapitalismuskritik gesehen.

Zusammenfassung: Die Antipsychiatrie entwickelte sich seit den 60er Jahren von einer eher akademisch orientierten Disziplin zu einer neuen, im wesentlichen von Psychiatriebetroffenen getragenen Bewegung. In deren Mittelpunkt steht die Forderung nach nutzergetragenen bzw. nutzerkontrollierten Alternativen zur Psychiatrie und nach Verzicht auf toxische Substanzen. Die Sozialpsychiatrie machte sich die Psychiatriekritik lediglich zunutze, um unter Ausblendung der Behandlungsschäden ein umfassendes, Rechtsverstöße und Langzeitschäden begünstigendes System der Gemeindepsychiatrie aufzubauen. Die auf der Stelle tretende alte Antipsychiatrie läuft angesichts vorhandener alternativer Konzepte Gefahr, trotz radikaler Positionen zum Bremsklotz zu werden.

Alte Antipsychiatrie

Die Antipsychiatrie der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts wird im wesentlichen Psychiatern wie zum Beispiel Ronald D. Laing und David Cooper zugeschrieben. Diese machten deutlich, dass es für psychiatrische Diagnosen keine objektiven klinischen Kriterien gibt und sogenannte Schizophrenien lediglich Versuche sind, unter unerträglichen Familienbedingungen und kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen psychisch zu überleben. Wenn auch dem patriarchalischen Denken verhaftet, schufen sie doch die Grundlagen der neueren Entwicklung der Psychiatriekritik. Der konservative US-amerikanische Psychiater Thomas Szasz leitete die historische Entwicklung der Psychiatrie aus der Hexenverfolgung ab und legte die moderne psychiatrische Praxis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bloß sowie die psychiatrische Lehre als größten wissenschaftlichen Betrug dieses Jahrhunderts.

In der BRD traten mit der 68er Studentenbewegung noch andere akademisch orientierte Kritiker auf, die sich aufgrund ihrer rein theoretischen und wiederum männlichen Orientierung unfähig zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Psychiatriebetroffenen erwiesen – mit Ausnahme der Sozialistischen Selbsthilfe e.V. Köln, einem Wohn- und Arbeitskollektiv mit ehemals schlagkräftigen Aktionen gegen psychiatrische Menschenrechtsverletzungen.

Den Schwung der Psychiatriekritik nutzten sozialpsychiatrische ReformerInnen (»Auflösung der Großkliniken«), die von der sogenannten demokratischen Psychiatrie des Italieners Franco Basaglia inspiriert wurden, um das System der Psychiatrie zu verdoppeln: Die Anstalten wurden verkleinert und baulich renoviert, psychiatrische Abteilungen an Krankenhäusern sowie ein umfassendes System der Gemeindepsychiatrie mit unterschiedlichsten Einrichtungen neu geschaffen. Den Betroffenen gelingt kaum noch der Ausstieg aus diesem Komplettsystem, das auf der Verabreichung von psychiatrischen ›Medikamenten‹ mit mehrwöchiger Halbwertzeit basiert, den Depotneuroleptika.

Besonders diese neurotoxischen Psychodrogen können katastrophale Schäden verursachen. In einer Studie von 1991 über eine Stichprobe gemeindepsychiatrisch behandelter und zum Teil in ›betreutem‹ Einzelwohnen oder ›therapeutischen‹ Wohngemeinschaften lebender BerlinerInnen sprach eine Autorengruppe von einem durchschnittlichen Vorkommen von 59% tardiven Dyskinesien. Dies sind veitstanzartige und von anhaltenden und schmerzhaften Krämpfen begleitete Muskel- und Bewegungsstörungen, die im Laufe der

Künstler_innen, Schriftsteller_innen, Gewerkschaftler_innen oder Politiker_innen zur Parteinahme für Mumia zu bewegen. Das ist sehr wichtig, um eine objektivere Berichterstattung in den öffentlichen Medien zu erreichen.

Andere Unterstützer_innen von Mumia setzen jedoch ganz klar auf die Mobilisierung auf der Strasse.
Es waren in den 90ern vor allem die zahlreichen weltweiten und oft sehr großen Demonstrationen vor US-Botschaften und Konsulaten, die die damals angesetzten Hinrichtungen von Mumia verhinderten. Viele Menschen haben sich in den 90ern für Mumia eingesetzt. Es wäre dringend an der Zeit, dass sie es wieder tun und den jüngeren diesen Fall erklären. Es liegt jetzt an uns allen, Mumias Kampf um Freiheit und gegen die Todesstrafe wieder laut werden zu lassen!

In Berlin wird im Augenblick eine ganze Aktionswoche für Anfang Dezember vorbereitet. So findet am 10. Dezember (internationaler Tag der Menschenrechte) ein Solidaritätskonzert im Berliner SO 36 mit Berlin Boom Orchestra u.a. statt. Am 13. Dezember wird es eine Demonstration von Kreuzberg zur US-Botschaft geben. Viele weitere Aktivitäten in dieser Woche sind in Vorbereitung. Weitere Termine werden demnächst hier veröffentlicht:
www.mumia-hoerbuch.de/termine.htm

Mitmachen

Wer Interesse hat, mitzuarbeiten oder aber selbst etwas vorbereiten möchte, kann über free.mumia@gmx.net Kontakt mit dem Berliner Mumia-Bündnis aufnehmen. Unter derselben e-mail Adresse kann mensch sich auch in einen monatlichen Rundbrief eintragen.
Eine regelmässige FREE-MUMIA-News Radiosendung läuft jeden Montag um 18 Uhr im Berliner Offenen Kanal (UKW 97,2). Radio-Metropolis stellt einen internet live stream zur Verfügung http://85.214.123.163:8000/metropolis.m3u
Auf diesem Weg ist es möglich, schnell und genau über die aktuellen Entwicklungen im Herbst informiert zu sein.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
Abschaffung der Todesstrafe weltweit!
Knäste zu Baulücken!

Kontakt:

Berliner Bündnis Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
im HdD
Greifswalderstr.4
10405 Berlin

www.mumia-hoerbuch.de/bundnis.htm

nicht unsere „Politisierung" gehabt haben, vom ersten Moment an bestimmte Zustände erkennen oder in Frage stellen werden: genauso wie wir hier draußen müssen sie ihre Erfahrungen sammeln, um dann evtl. zu anderen Entscheidungen zu kommen und sich breiteren Kritiken an den gegenwärtigen Umständen anzunehmen. Denn unsere Aufgabe als AnarchistInnen bleibt es bestimmte Entscheidungen zu kritisieren und zu gucken ob unsere Kritik aufgegriffen wird. Außerdem, eine Diskussion mit denjenigen aufzubauen, welche sich gerade im Kampf befinden und oftmals mit anarchistischen Prinzipien erstmal nicht zu tun haben. Erschwert wird dies dadurch, weil wir mit Menschen im Knast keine direkte Kommunikation, wie wir sie uns wünschen würden, haben können. Und aufgrund dessen muss diese kritische Diskussion vorsichtiger geführt werden als die, welche wir im Alltag mit unseren GenossInnen haben. Durch das Fehlen einer solchen direkten Kommunikation zwischen den Beteiligten können solche Kritiken sehr schnell als unsolidarisch oder als Anpisse wahrgenommen werden. Und dies obwohl wir ganz genau wissen, wie es die Leute meinen, aber auch hauptsächlich weil wir in der privilegierten Situation sind oftmals die Personen bereits zu kennen und/oder ihre Texte gelesen zu haben. Privilegien, welche die meisten Gefangenen nicht haben.
Wenn wir weiterhin an einer Debatte und Zusammenarbeit mit den Gefangenen im Kampf interessiert sind müssen wir Kommunikationswege eröffnen, Prozesse anstoßen, wie gerade im letzten Monat der Fall war. Aber dabei nicht die Arroganz haben, dass sie sofort auf unseren Zug der Anarchie aufspringen und unsere Kritik aufgreifen werden.
Vielleicht wird es passieren, vielleicht nicht, es kann niemand sagen. Den Versuch solche Kanäle weiterhin offen zuhalten gilt für uns als extrem wichtig, um überhaupt neue Argumente, neue Ideen anderen Menschen zu übermitteln: was diese dann damit machen, bleibt ihre Entscheidung.
Außerdem dürfen wir auch nicht vergessen, dass viele wahrscheinlich mit unsere Form des Argumentierens das erste Mal überhaupt konfrontiert sind: was für uns schon lange klar ist, muss von vielen erstmal aufgearbeitet werden, unsere Schreibstil kommt auch dementsprechend oft fremd vor...

Über Legalität und friedliche Proteste

Es wird auch kritisiert, dass die Iv.I. nur zu legalen Aktionen aufruft und sich explizit von Meutereien distanziert. Wir als AnarchistInnen sehen selbstverständlich ein solches Vorgehen problematisch oder lasst es uns besser ausdrücken: würde dies hier draußen passieren, würden wir ganz anders reagieren.
Wir wären damit einverstanden gewesen, hätte die Iv.I. zu friedlichen Protesten aufgerufen ohne eine ausdrückliche Distanzierung von anderen Formen auszusprechen. Denn Protestformen gibt es verschiedene und jede/r sollte die auswählen, welche ihr/ihm am nächsten steht. In seinem aktuellen Brief beschreibt Pit ganz genau wo seine Probleme liegen: im Knast ist der Mensch ganz anderem Druck seitens des Staates ausgesetzt und unterworfen. Die Handlungen und der Spielraum beschränken sich bzw. der Preis den mensch evtl. zu bezahlen hat ist viel höher als hier draußen. Das dürfen wir hier draußen niemals vergessen oder kleinreden. Er nennt auch eine weitere Wahrheit, nämlich dass die Situation in deutschen Gefängnissen eine andere als in Belgien oder Spanien ist und wir glauben ihn wenn der sagt, dass 95% der Gefangene sich wie Schafe verhalten und eine Revolte die Sache von ein paar wenigen wäre...
Es ist nicht möglich die Kämpfe, welche hier stattfinden mit denen in anderen Teilen der Welt, hundertprozentig miteinander zu vergleichen und zu erwarten, dass etwas was anderswo geschieht hier auf die gleiche Art und Weise reproduziert werden kann, denn die Ausgangspositionen sind zu unterschiedlich.
Außerdem schreibt Pit aber auch, dass jede/r draußen handeln solle wie sie/er

es will und zeigt seine private Solidarität. Und dies ist für uns eine wichtige Aussage, denn sie lässt viele Türen offen. Der Punkt ist einfach, dass die Menschen im Knast, da sie der totalen Willkür ausgeliefert sind, sich vor etwaigen Schikane schützen möchten, welche wir ganz genau von ihren Erzählungen kennen.
Für Proteste gibt es immer „Verantwortliche", im Knast ist es aber nicht möglich in Anonymität zu bleiben. Zur Meuterei wird deswegen nicht aufgerufen, um der noch jungen Protestbewegung nicht durch den Staat die Füße weghacken zulassen - in der Geschichte haben viele mit ganz legalen Mitteln angefangen und sich im Laufe der Zeit für andere entschieden bzw. diese mit angewendet - die Möglichkeiten sind noch da. Wir denken, das viele drinnen sich freuen, wenn hier draußen uneingeschränkte Protestformen angewendet werden: ob sie auch irgendwann zu diesen kommen werden, werden wir sehen, dies ist eine Entscheidung, welche sie allein treffen müssen - unsere Unterstützung werden sie in allen Fällen haben.

Eine Kampf für „Rechte"?
- „legal, illegal, scheißegal!"

Wir verstehen Gabriel und die andere Gefangenen, wenn sie sich nicht „stoisch" oder andererseits „märtyrerhaft" verhalten wollen, denn wir sind keine religiöse Menschen und eine solche Aufopferung hat für uns nichts mit Idealen und Anarchismus zu tun.
Wir sehen es auch nicht als verkehrt an, wenn Gefangene für ihre „Rechte" kämpfen, denn hier draußen es ist dies auch meistens nicht anders: „Rechte" werden täglich von uns allen benutzt, so wie z.B. wenn wir uns bei einem Prozess verteidigen. Außerdem wird die Anwendung verschiedener „Rechte" eingefordert, sei es das auf ein Telefonat nach einer Festnahme oder das Recht auf eine/n AnwältIn. Selbstverständlich kämpfen wir für die Umstürzung der gegenwärtigen Zustände und mögen es nicht irgendwelche „Rechte" des Staates zu fordern bzw. zu nutzen, aber wie auch Gabriel schreibt, „legal, illegal, scheißegal". Rechte sind nunmal da, vorgegeben, zum Teil auch hart erkämpft während der Geschichte.
Wir als AnarchistInnen sehen unserem Kampf nicht als einen der nur bürgerliche Rechte vom Staat einfordert oder Reformen zu primären Zielen eines Kampfes macht. Unsere Ziele lassen sich nicht auf solch eine Art beschränken, indem wir dadurch quasi eine Legitimation des Staat schaffen und zu AnsprechpartnerInnen von dem wir was wollen werden. Allerdings muss gesagt werden, das Rechte bestehen und auch innerhalb eines Kampfes benutzt werden können, dies bleibt trotzdessen immer ein ewiger Widerspruch, auch unter uns. Zur „richtigen" Art und Weise, wie mensch damit umgehen muss besitzt noch keine/r von uns eine Antwort, egal ob AnarchistIn oder nicht.
Die Hauptsache bleibt aber, dass dies nur eines der Mittel unseres Kampfes ist, weder das einzigste noch der Zweck, sonst würde uns nichts von reformistischen Bewegungen unterscheiden. Genau diese anderen Ziele und eine breitere Wahl der Mittel, die sich nicht durch Gesetzesbücher diktieren lässt, mit deren Hilfe aber die Umstände umgeworfen werden sollen, bleiben die großen Unterschiede zu andere Bewegungen. Auch in einem kompromisslosen Kampf ist es möglich „Rechte" oder „Reformen" einzufordern, dies lässt sich bis jetzt auch nicht wirklich vermeiden (denn auch wir und andere Leute versuchen unsere Gegenpole unter Druck zu setzen, sei es gegen eine Räumung eines Hauses oder gegen die Anwendung neue Gesetze usw.) das Wichtigste ist nur, das es nicht unser Ziel bleibt, denn das ist die Freiheit und die Ausbreitung potenzieller aufständischer Kämpfe und Situationen.
Dass Gefangene für die Anwendung ihrer „Rechte" kämpfen sehen wir erstmal als unproblematisch an so lange vor ihren Augen klar ist, dass das Ziel ihres Kampfes z.B. die Abschaffung des Knastsystems ist, was mit der Abschaffung dieser Gesellschaft verbunden ist. Mindestens in den Briefen von Pit (denn von den meisten der

anwaltes war, Hauptbelastungszeugen von der Polizei durch Druck zu Falschaussagen gedrängt wurden (Cynthia White, Veronica Jones) oder aber grundlegende forensische Untersuchungen dem Gericht vorenthalten wurden.
Es ist natürlich nicht davon auszugehen, dass ein neues Verfahren automatisch „fair" wäre. Aber im Unterschied zu 1982 hat Mumia jetzt eine qualifizierte Verteidigung seiner Wahl, eine weltweite Unterstützer_innenbewegung (auch wenn die momentan zahlenmäßig viel kleiner ist als in den 90ern) sowie einen interessierte, kritische Öffentlichkeit. Es dürfte innerhalb dieses Rahmens wesentlich schwerer sein, ähnliche Manipulationen, Rassismus oder politischen Verfolgungswillen gegen Mumia ins Feld zu führen. Nach jetziger Maßgabe besteht kein einziger Beweis mehr gegen ihn. Seine Chancen auf Freispruch wären in einem neuen Verfahren mit Beweislast auf Seiten der Ankläger extrem hoch.
Sollte der Supreme Court Mumias Antrag nach einem neuen Verfahren diesen Herbst/Winter ablehnen, bedeutet dies lebenslange Haft (in den USA bis zum wirklichen Ende des Lebens).

Es könnte aber auch noch schlimmer kommen. Mit der letzten Entscheidung des 3. Bundesberufungsgerichtes der USA begann eine 180 Tage-Frist, binnen derer die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das zurückgenommene Todesurteil einlegen kann. Es könnte also 2009 die perverse Situation entstehen, dass Mumia alle Möglichkeiten auf ein „faires" Verfahren beraubt sich in einem Gerichtssaal wieder findet, diesmal aber im erneuten Kampf um sein Leben.

Die Solidaritätsbewegung

Unterstützer_innen in den USA und einigen anderen Ländern planen einen weltweiten Aktionstag, um wieder mehr Gewicht hinter Mumias Forderung nach Freiheit zu legen. Angedacht ist der 9.Dezember 2008. Das wäre dann bereits Mumias 27. Haftjahrestag.
Einige konzentrieren sich vor allem darauf,

Mumia Abu-Jamal und die Totalblockade der Gerichte

Gerichte bereiten erneut Hinrichtung Mumias vor

Wie in der Mai Ausgabe des Jahres von "entfesselt" bereits berichtet, steht der Fall des seit beinahe 27 Jahren inhaftierten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal in den USA kurz vor seinem juristischen Ende.
Es hat sich in den letzten Jahren der Kampagne zur Freiheit von Mumia Abu-Jamal gezeigt, wie lähmend und ermüdend die Taktik der Gerichte sein kann. In den letzten Jahren gab es mehrfach die irreführende Presemeldung, Mumia „sei gerettet" o.ä.
Alleiniger Hintergrund für diese Nachrichten war die Tasache, dass Mumia auf juristischer Ebene einige Erfolge gegen sein Todesurteil erringen konnte. Von „Rettung" im Sinne von Freiheit und der Sicherheit des eigenen Lebens konnte für ihn jedoch nie die Rede sein.
Mumia ist seit mehr als 30 Jahren radikaler linker Journalist. In seiner Jugend war er Pressesprecher der Black Panther Party. Seine auch im Knast ununterbrochene engagierte Arbeit brachte ihm in den USA den Ehrennamen „Voice Of The Voiceless" - die Stimme der Unterdrückten.

Die juristische Situation (September 2008)

Um die Verschleppung und das bewußte Verhindern eines neuen Verfahrens für Mumia verstehen zu können, ist es leider unumgänglich, hier juristisch etwas weiter auszuholen.
Überraschend schnell und ohne Begründung hatte am 7.Juli das gesamte 3. Bundesberufungsgericht der USA einen „en banc" Antrag abgelehnt, noch einmal Mumias begründete Forderung nach einem neuen Verfahren in Betracht zu ziehen. Dass das Gericht hier entgegen seiner eigenen Praxis („stare decisis" http://de.wikipedia.org/wiki/Stare_decisis) entschied, wird noch davon übertroffen, dass es hiermit geltendes US-Recht brach. So wären sie nämlich verpflichtet gewesen, die Entscheidung des höher gelegenen US-Supreme Courts vom März 2008 (A.Snyder http://de.indymedia.org/2008/03/211165.shtml) zu berücksichtigen, dass bei erwiesener rassistischer Manipulation im Zuge der Juryauswahl sofort ein neues Verfahren anzuordnen sei. In Mumias Fall sind mindestens zehn Fälle dieser Art dokumentiert.
Mumia Abu-Jamal ist ein politischer Gefangener, genauso, wie seine Verurteilung zum Tode 1982 auch politisch begründet wurde.
Ihm verbleibt jetzt juristisch gesehen allerdings nur noch eine Möglichkeit. Er kann bis zum 20. Oktober einen Antrag vor dem US-Supreme Court, also der höchsten Instanz einreichen. Seine Verteidigung hat bereits angekündigt, das auf jeden Fall zu tun. Inhalt des Antrages wird es sein, ein neues Verfahren mit Hinweis auf den „Batson-Fall" (Rassismus bei der Juryauswahl http://en.wikipedia.org/wiki/Batson_v._Kentucky) und die illegale Beeinflussung der Jury während der Schuldphase durch den Staatsanwalt zu fordern. Staatsanwalt J. McGill hatte damals der schwankenden Jury gesagt, sie könne Mumia im Zweifel erstmal schuldig sprechen, schließlich „habe er noch Berufung nach Berufung". So etwas war auch 1982 schon komplett illegal, fand aber gerade bei diesem Staatsanwalt immer wieder statt. In anderen Fällen wurden bereits Urteile aufgehoben, die so zustande gekommen waren, in Mumias Fall nicht.
Ob der Supreme Court diesen Antrag jedoch behandelt, ist äußerst ungewiss. 95% aller vergleichbaren Anträge werden abgelehnt. Und Mumia hat bisher noch vor keinem Gericht der USA die Chance erhalten, inhaltlich über die Frage zu streiten, ob er des ihm angelasteten Mordes überhaupt schuldig ist.
Seit mehr als 20 Jahren sind Recherchen über den Tathergang und die Version der Polizei durchgeführt worden. So war relativ schnell klar, dass das sog. „Geständnis" eine Erfindung der Polizei und des Staats

andere Gefangenen haben wir leider bis jetzt nichts gehört) taucht es schon auf, dass es darum geht und dies lässt uns hoffen, dass mehrere Gefangene genau solche Herangehensweisen und Ideen entwickeln werden, um gemeinsam weiter gegen das System zu kämpfen.

Das Ende eines Kampfes kann nur der Anfang eines neuen darstellen...

Wir sehen in diesem Kampf, in diesem Anfang einer Selbstorganisierung unter Gefangenen, ein Potenzial zum Aufbruch mit den Umständen, der Passivität im Knast und der Vereinzelung. Als eine Möglichkeit einer Radikalisierung ihres Daseins, indem wir miteinander eine Kommunikation aufbauen, indem keine/r von uns auf dem Thron der Wahrheit sitzt und heilige Rezepte für alle verteilen will, indem wir uns gegenseitig beeinflussen, trotz der Stärke der Mauern. Außerdem sehen wir die Möglichkeit hier draußen Bewusstsein und Solidarität für diesen Kampf – und zukünftige – weiter aufzubauen und zu verstärken.
Es bleiben viel Fragen offen, es gibt noch viel zu tun. Uns würde außerdem interessieren wie die Einschätzung anderer Gefangener zum Hungerstreik und weiterer Kämpfe aussieht. Weil wir keine „Organisationen" mit dem großen „O" mögen, würden wir gerne in einen direkten Kontakt mit den Gefangenen treten wollen, eine die nicht durch die RepräsentantInnen der Iv.I. vermittelt wurde. Vielleicht haben die Gefangenen selber keine Lust Kontakte aufzunehmen und delegieren eine solche Arbeit lieber an die Iv.I., aber dies wissen wir nicht und stellen deshalb diese Frage.
Pit und alle anderen bei der Iv.I.: ihr müsst euch nicht angegriffen fühlen, wir respektieren eure Arbeit und sind mit euch solidarisch trotz der Unterschiede. Diese gibt es und deshalb muss euch klar sein, dass wir als AnarchistInnen bestimmte Sachen kritisieren und auch weiterhin kritisieren werden. Genau auf die Art wie ihr es uns gegenüber auch machen würdet: solange alles auf einer solidarischen Ebene

stattfindet, diese Kritik bleibt notwendig, um voneinander neues lernen zu können. Denn wir hier draußen, obwohl auf freiem Fuß und mit besseren Ausgangspositionen, sitzen nicht alle „auf trockenem Hintern". Viele nehmen auch Risikos in Kauf und werden mit Repression und Knast konfrontiert: selbstverständlich wünschen wir uns auch, das es immer mehr werden, die nicht sitzen bleiben, denn von diesen gibt es leider immer zu viele...

Anlässe für die Zukunft werden sich finden lassen. Einer könnte der angekündigte Hungerstreik gegen lebenslänglich, welcher ab dem 1.12. in Italien beginnen soll, sein. Schon vor einem Jahr gab es ein solches Ereignis, wobei es auch ähnliche Auseinandersetzungen zwischen anarchistischen UnterstützerInnen draußen und der Assoziation der Gefangenen, die zum Hungerstreik aufgerufen hatte, gab.
So oder so wichtig bleibt, dass wir miteinander die eröffneten Kommunikationswege aufrechterhalten, um den Kontakt nicht zu verlieren und um zukünftige Anlässe gemeinsam zu diskutieren, organisieren, unterstützen, auszuweiten. Auch dass die Leute hier draußen sich weiter Gedanken machen, wie sie folgende Kämpfe von Gefangenen unterstützen möchten. Denn was in den letzten Monaten gelaufen ist, ist nicht wenig, wir sind aber auch sicher, dass es nur noch besser werden kann...

Eine Chronologie der Solidarität

3.08. Dresden, Deutschland: solidarische Menschen organisieren eine Infostand im Alaunpark und verteilen Infomaterial über den Hungerstreik.

4.08. Berlin, Deutschland: über 60 solidarische Menschen treffen sich vor der JVA Plötzensee, in welcher der antifaschistische Gefangene Christian eingesperrt ist und bewegen sich danach als lautstarke Demonstration zum U-Haftgefängnis Moabit, in dem auch einige Gefangene sich am Hungerstreik beteiligen.
Außerdem werden im Vorfeld 500 Protestpostkarten gedruckt mit dem Justizministerium NRW und dem Knast in Bielefeld als Adressaten. Dazu werden Transparente und Plakate mit dem Aufruf zur Solidarität an verschiedenen Hausprojekten sowie öffentlichen Räumen aufgehängt.

5.08. Berlin, Deutschland: zwei Lieferwagen der Firma C+C Shaper werden angezündet wie verschiedene Zeitungen berichten. Ein Kommuniqué stellt die Aktion in Bezug zu dem Hungerstreik: „Wir kritisieren, dass ungenießbare Nahrungsmittel zu sehr hohem Preisen verkauft werden und drücken unsere Protest gegen ein System aus, in dem private Firmen mit Hilfe der Inhaftierung von Menschen erwirtschaften."

5.08. Hamburg, Deutschland: ca. 80 Leute treffen sich vor dem U-Haftknast Holstenglacis, Texte in verschiedenen Sprachen werden verlesen, außerdem kommt eine Kommunikation mit den Eingesperrten zustande.

6.08. Köln, Deutschland: solidarische Menschen treffen sich vor dem Bewährungsamt, Infos über den Hungerstreik und die Situation von Nadine, sowie Antiknastplakate werden verteilt.

6.08. Vancouver, Kanada: zwei Polizeiautos werden tagsüber ins Brand gesetzt. Das erste parkte vor dem Gericht, das zweite war gerade leer, weil die Bullen damit beschäftigt waren irgendjemanden zu verhaften:
„Wir hoffen, dass diese Aktion eine neue

Transparente auf der Kundgebung in Hamburg

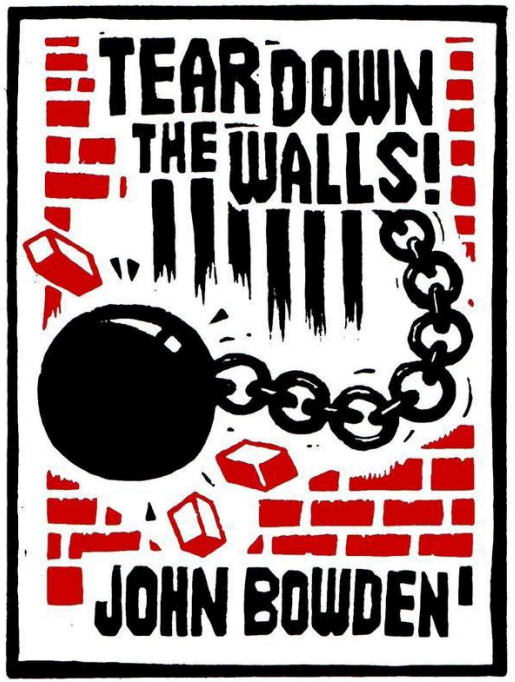
In Großbritannien lebenslängliche Gefangenen sind dem Strafaussetzungsausschuss ausgeliefert, welche in der Lage ist Fristen und Termine der Gefangenen zu verschieben wie es ihnen passt. Keine festen Termine zu haben, das ist auch eine Art von Folter. Wie John es in einem Brief, den er nach seiner erneuten „Verhaftung" schrieb, mitteilt: *„Ja, es ist extrem demütigend von gesichtslosen Bürokraten abhängig zu sein, um etwas Hoffnung für deine Entlassung zu bekommen. Besonders wenn du weißt, dass sie überhaupt keine Spur von Mitleidenschaft oder Menschlichkeit und sicherlich auch keine Ahnung von Fairness oder Justiz besitzen. In den Knast aufgrund einer langen Strafe eingesperrt zu sein, das ist schon schrecklich genug, aber für die meisten Langstrafenhäftlinge schafft die Sicherheit einen Entlassungstermin zu haben eine definitive Hoffnung auf Entlassung. Ein Punkt an dem die Leiden und das Elend enden und sie ihre Freiheit wieder erlangen werden. Für diejenigen, die lebenslänglich sind, wird es nie eine solche Hoffnung geben. Nur eine solche konstante, scheinbar endlose Zeit im Knast, welche sich nicht über abgelaufene Tage, Wochen, Monate oder Jahre messen lässt, sondern über das körperliche Älterwerden und der Traurigkeit des eigenen Herzens angesichts ständiger abgewiesener Bewährungen und zerstörten Hoffnungen. Sicherlich braucht es eine besondere Form von Willenskraft unter diesen Umstände seine eigenen Menschlichkeit und Vernunft aufrecht zuhalten. Und die grausame Ironie des Ganzen ist, das diejenigen, die es mit Würde, Mut und Anmut überleben in der Regel die sind, welche von den kalten, herzlosen Ärschen, die darüber entscheiden als letztes für die Entlassung vorgesehen sind."*

An der Spitze des Ganzen wurde im Mai diesen Jahres während eines routinemäßigen Drogentests eine falsche Positivität zu Kokain bei John festgestellt - ein zweiter Test stellt hingegen fest, dass er drogenfrei war. Unter Zwang und in Angst das die nächste Schikane, welche seine Entlassung vermeiden und ihn wieder ins Hochsicherheitsgefängnis zurückschicken wird, bereits in Vorbereitung und auf dem Weg zu ihm war, tauchte er ab.

John ist jetzt mit einer neuen Anklage wegen der Flucht und weil er sich der Festnahme widersetzte konfrontiert und dies könnte eine große Möglichkeit sein mit der seine Entlassung eventuell noch weiter verschleppt werden wird. Deshalb bleibt es weiterhin unsere Aufgabe John während dieser schwierigen Zeit zu unterstützen und der schottische Strafvollzugsbehörde gegenüber zu zeigen, das sie nicht einfach Gefangene isolieren und verfolgen können.

Schreibt Briefe und Karten:

John Bowden
Prison No. 6729
HM Prison Glenochil
King OMuir Road
TULLIBODY
FK10 3AD
Scotland



John Bowden befindet sich wieder im Knast

Im Mai diesen Jahres kehrte John Bowden nach einem routinemäßigen Freigang für einen Einkauf nicht in den Knast zurück. Stattdessen nutze er diese Möglichkeit, welche ihm im Rahmen seines halboffenen Vollzugs zur Verfügung steht und entschied sich diesmal dazu unterzutauchen. Und dies obwohl die nächste Anhörung für seine Entlassung auf Bewährung in naher Zukunft sein sollte.

Nach drei Wochen im Untergrund wurde John am 6. Juni auf einer Farm in der Nähe von Glasgow von der Polizei verhaftet. Aufgrund eines Hinweises eines Informanten, dass er sich auf der Farm aufhalten sollte kamen dabei auch bewaffnete Anti-Terror-Einheiten zum Einsatz und erschufen damit eine angespannte Belagerungssituation. Die Angst führte John in diesem Moment dazu zu glauben, das die Beamten völlig zufrieden damit gewesen wären, wenn er nicht lebend aus der Situation herausgekommen wäre. Aber durch die Intervention eines mitfühlenden Journalisten entstand eine Kommunikationslinie und die Belagerung wurde nach sieben Stunden friedlich beendet, John und eine weitere Person wurden verhaftet. Nun befindet er sich wieder im Hochsicherheitsknast Glenochil in Schottland eingesperrt und braucht unsere Unterstützung sowie unsere Solidarität.
In den schottischen Medien führte dieses Ereignis zu einem großen Medienspektakel mit den üblichen erschreckenden Schlagzeilen (*„Verrückter Axt-Mann läuft frei herum"* usw...) ohne natürlich die Tatsache

zu erwähnen, dass John seit einem Jahr regelmäßig jeden Monat einen Freigang hatte und sich auf dem langen Weg befand entlassen zu werden. Der Tag der Verhaftung liest sich im Nachhinein eher wie eine Western-Belagerungssituation zwischen dem Sheriff mit seinen Deputies und einem Haufen Desperados, als wie wenn die Polizei einen aus einer offenen Vollzugsanstalt geflüchteten Menschen zurückholen soll.

John ist ein lebenslänglicher Gefangener und ein Kämpfer, welcher schon seit vielen Jahren gegen die Institution Knast rebellierst. Eingeknastet wurde er aufgrund eines Mordes, den er als dumm und schrecklichen Fehler beschreibt und hat sein gesamtes Leben als Erwachsener hinter Gittern verbracht. Durch die Inhaftierung hat er sich politisiert und immer den Preis für seinen Widerstand gegen den Knast mit langen Zeiten in Isolationshaft, Prügel und Folter bezahlt. Er hat sich aber nie brechen lassen und ist einer der bestem wortgewandtesten und lautstarken Schreiber aus dem Knast, eine Person, die sich immer mit aller Kraft für die Rechte der Gefangenen einsetzt.

In den ganzen 25 Jahres seiner Inhaftierung hat John ständige Schikanen und Brutalität durch die Hand des Systems erfahren. Als jemand, der nie dazu bereit war und ist seine Gedanken und sein Verhalten zu kompromittieren, hat John eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Im Mai 2007 wurde der schottische Strafaussetzungsausschuss in einen plumpen Versuch die Bewährung zu vermeiden involviert, durch eine Behauptung, dass ABC eine terroristische Gruppe sei und John aufgrund seiner Kooperation mit ihnen mit Terroristen zusammen arbeiten würde! Aber dieser Versuch der Denunzierung schlug fehl und die Strafvollzugsbehörde musste sich entschuldigen. So oder so hatte dies trotzdem Auswirkungen, nämlich wurde seine Bewährung verneint und er für sechs weitere Monate in den geschlossenen Vollzug gesperrt.

Kommunikation auslösen und neue Beziehungen in der Kampf schaffen werden.
Unsere Wahl geht über wegrennen, sich verstecken und Knast hinaus. Es gibt unzählige Möglichkeiten, die sich in der Konspirativität des Angriffs finden lassen.
Wir haben uns dazu entschieden zwischen dem 1. und 7. August zu agieren, aufgrund des Aufrufs zur Solidarität mit den über 500 sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen in Deutschland und europaweit. Unsere Liebe ist den GenossInnen gewidmet, die ein Leben in Passivität und Schweigen ablehnen. Für die Freiheit von Amadeu Casellas Ramon, Gabriel Pombo da Silva, Marco Camenisch, José Fernando Delgado! Freiheit für alle Gefangenen!
Lasst durch den Willen zur Revolte unsere Untaten der Leidenschaft durch ihre stillen Städte und in die Einsamkeit der Knäste ausbreiten! Wir sind dazu bestimmt ihre Gefängniswelt zu zerstören!
Solidarität"
(das gesamte Kommuniqué könnt ihr unter confrontation.wordpress.com finden)

6.08. Vancouver, Canada: die Fenster des Bewährungsamtes werden eingeschlagen. Die Aktion wird den hungerstreikenden Gefangenen in Europa, sowohl speziell den Gefangenen Gabriel Pombo da Silva, Amadeu Casella Ramon und José Fernandez Delgado gewidmet.

7.08. Amsterdam, Niederlande: die Fenster des Goethesinstituts werden in Solidarität mit den Hungerstreikenden in Deutschland eingeschlagen.

8.08. Madrid und Canarias, Spanien: über 50 Bankautomaten werden temporär außer Betrieb gesetzt. Graffitis werden hinterlassen: „Mehr als 470 Gefangenen im Hungerstreik in Deutschland gegen Isolation. Aktive Solidarität. Gefangene im Kampf"

13.08. Santiago del Chile, Chile: die „internationalistischen aufständischen Kräfte" lassen eine Bombe vor der Itua-Bank explodieren. Die Aktion ist eine Reaktion gegen Unterdrückung, die Knäste, den Staat und das Kapital, speziell im Solidarität mit Gabriel Pombo da Silva und für die Entlassung von Axel Osorio, ein chilenischer Bankräuber, der sich seit Dezember 2007 im Knast befindet.

14.08. Aachen, Deutschland: eine Demonstration wird vor der JVA abgehalten, da sich auch in diesem Knast einige Gefangene im Hungerstreik befinden.Verhaftung von drei GenossInnen im Griechenland aufgrund einer Entführungsgeschichte.

Brief der Interessenvertretung Inhaftierter

Wir haben neulich einen Brief von Pit Scherzl, ein Repräsentant der Iv.I. (Interessenvertretung Inhaftierter) erhalten mit der Bitte um Veröffentlichung. Auf eine solidarische Debatte!

ABC Berlin

Hallo Leute!

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Übersendung der Entfesselt Ausgabe (die mir übringens sehr gut gefällt) und das auch Ihr unseren Aufruf zur Hungerprotestaktion übernommen und veröffentlicht habt...was man (von wenigen Ausnahme abgesehen) von der „normalen" Presse nicht behaupten kann. Hierzu zählen u.a. Springer, Westf. Rundschau/Nachrichten, WAZ...um nur einige zu nennen. Durch die Rote Hilfe (Mönchengladbach) erfuhr ich nun, dass die Taz im Nachhinein noch berichten will und Rote Hilfe (Dresden) teilte mir, dass das ND wohl ausführlicher über unsere Aktion berichtet hat.
Habe den Artikel bislang jedoch nicht. Wie dem auch sei:

Die Hungerwoche ist vorbei und es haben über 550 Gefangenen bundesweit in 49 Knäste daran teilgenommen. Hinzu kommen viele Mitgefangenen aus den Nachbarländern Holland, Belgien, Schweiz, Frankreich und Spanien. Man könnte eigentlich also fast von einer europaweit Aktion sprechen! :-) Sinn und Zweck der Aktion war

(und ist) es, Solidarität unter Gefangenen zu schaffen und sie dbzgl. zu sensibilisieren. Vollzug, - welcher ganz genau weiß, dass Knast nur deswegen funktioniert... weil das Gros der Gefangenen abgestumpft funktioniert..hat länst erkannt, dass breite Solidarität unter Gefangenen ein sehr scharfes...und machtvolles Schwert sein könnte...und von daher alles unternimmt (...) um echte, breite Solidarität unter Gefangenen und der Aufbau sich daraus entwickendler echter Opposition zu be- und verhindern. Die vielfach verschwundene kritische Post von Häftlingen...ist für uns der beste Beweis dafür. Fakt ist: Vollzug ist hellwach bzgl. diverser Gemeinschaftsaktionen und die Initiatoren werden deswegen (wohl als abschreckendes Beispiel für andere) mal mehr...mal weniger subtil terrorisiert. Dies geschiet in Form willkürlicher Verlegungen, durch Isolation und durch unendlich viele Willkür- u. Schikaneakte anstaltsübergreifend.
Es gibt viele Gefangenen die von alldem ein Lied mit Hunderten Strophen singen können. All dies soll hier und jetzt jedoch nicht Thema sein. Es werden weitere Aktionen folgen. Momentan setzen wir alle unsere Kräfte daran, zig tausende Gefangene zu motivieren wegen diverser Unstände im Vollzug offiziell Klage zu erheben. Das wird den Staat Millionen kosten...und zudem weitere Solidarität und das Gefühl unter Gefangenen das sie nicht allein sind, schüren. Viele haben resigniert und glauben. Dass sie nichts unternehmen bzw bewirken können. Das sie sich dbzgl. im Irrtum befinden gilt es zu vermitteln. Erst dann – und wenn eine breite Basis vorhanden ist – könnte diese der Beginn für..... sein!!!! :-)

Ich übersende Euch in Anlage die Kopien der Iv.I Rundbriefe von Dez. 2007 und Juli 2008.
In 2-3 Wochen werde ich Euch auch die überarbeitete Fassung unseres Manifestes übersenden. Ich hoffe das Ihr damit etwas anzufangen wißt. Vielen Anarchisten ist unsere Vorgehenweise lediglich „nur" reformistisch. Ja, - auf den ersten Blick schaut es so aus...und entspricht auch teilweise den Tatsachen. Ich möchte hierzu kurz einige wenige grundsätzliche Worte verlieren:

Viele Wege führen nach „Rom"!!!Punkt!!! Innerhalb des Eingesperrt...- und diesem System zu 105% Ausgeliefertseins, welches die Macht...und die Möglichkeiten hat (halt eben weil sie sich sicher sein können, dass Staatanwaltschaften, Gerichte usw. größteils wegschauen und dulden...) Kritiker und Gegner zu terrorisieren, zu isolieren, zu kriminalisieren und sie per nachträglicher SV (Sicherungsverwahnung) lebenslang wegzusperren und sonstwie plattzumachen...ist es nicht nur sehr schwer, sondern auch gefährlich gegen dieses Pack vorzugehen, welche tagtäglich geltendes Recht brechen usw. usw. Selbst wenn diese Gegenwehr völlig legal ist, ist sie gefährlich, denn soetwas vergißt Vollzug beileibe nicht. Man muß innerhalb seines Kampfes sehr sehr vorsichtig sein...um denen nicht die „rechtfertigende" Handhabe für noch schlimmere Retourkutschen zu liefern. So wäre z.B. ein Aufruf eines Gefangenen zur Meuterei...oder Revolte gemäss geltenden Rechtes eine strafbare Handlung, und man kann sich sicher sein, dass Justiz und Vollzug in solchen Fällen ihre Möglichkeiten gnadenlos nutzen würden
Eine neue Straftat im Vollzug zu begehen... wäre willkommener Anlass um von „Unbelehrbar- u. Gefährlichkeit" auszugehen... was dann bei echten Gegnern zur Beantragung der nachträglichen Sicherungsverwahrung führen würde und natürlich zur Unterbringung in irgendeinem Isotrakt.
All dies schon allein aus Gründen der Abschreckung für andere Gefangene. Dieses System ermordet keine Kritiker, - warum sollte es dies auch? Sie haben viele Möglichkeiten solche wie z.B. mich lebendig einzusargen. Weder ich noch Iv.I rufen zur Meuterei o.ä. auf. Wir geben denen nicht die Möglichkeit uns ganz „legal" mundtot zu machen und lebendig SV-mässig einzusargen!!!
Natürlich – und das wissen die viel besser wie wir selber!!! - würde jedes Knastsys

Graffiti-Crew „DPM" in England verurteilt

Die Graffiticrew DPM wurde gefasst und unter der Bezeichnung „Serious Organized Crime" verurteilt, unter ihnen auch der in der Writerszene recht bekannte „Neas". Andrew Gillman wurde zu 2 Jahren, Ziggy Grudzinskas, Slav Zinonviev und Paul Andrew Stewart zu 18 Monaten und Matthew Pease zu 15 Monaten Knast verurteilt.
Die anderen drei, Matthew Tanti, Jack Binnie und Alec McClelland wurden zu Bewährungsstrafen und Arbeitsstunden verurteilt.
Der Fall der 8 Künstler hat in England eine große Debatte um Graffiti entfacht, zudem in einer großen Londoner Kunstausstellung über Graffiti gerade viele Fotos illegaler Werke ausgestellt sind, teilweise auch von dem auch in Berlin bekannten „Blu", einem Streetartkünstler, der durch besonders große Bilder aufsehen erregt.
Die enorm hohen Strafen sollen ein Zeichen setzen, der verurteilende Richter erkannte zwar den künstlerischen Wert der DPM-Bilder an, bestätigte jedoch die Erklärung von Detective Sergeant Michael Field, in der er sagte: *„Graffiti ist ein Angriff auf die Gesellschaft und die Umwelt! Es ist ein antisoziales und destruktives Verbrechen, welches wir nicht dulden werden!*"

Dies ist das, was alle Cops sagen und immer sagen werden. Es passt nicht in ein Weltbild, in dem die Gesetze und Normen dieser Gesellschaft das sind, was sie ausmacht. Deshalb ist es notwendig, all die, die ihre Kunst nicht in Gallerien und Ateliers der Logik des Profits unterwerfen wollen, sondern die nachts auf der Straße, auf Dächern und auf Zügen produzieren zu unterstützen.

Unter *www.myspace.com/supportdpm* findet ihr nähere Infos über den Fall und hoffentlich auch bald Adressen, unter denen ihr den Inhaftierten schreiben könnt!

Ibourahima Keita - Nachruf auf einen 16-Jährigen

In der taz Nord vom 23./24. August 2008 ist folgende bezahlte Todesanzeige erschienen. Dieser Nachruf soll, nach dem Willen der Unterzeichner, das (mit Ausnahme der taz) völlige Schweigen der Medien zu diesem Trauerfall durchbrechen.

Der Weserkurier, der sich zunächst geweigert hatte eine entsprechende Anzeige zu drucken, schien dann einzulenken, verlangte aber in letzter Minute eine inhaltliche Änderung. Die Aussage, dass „der freiwillige Tod eines Jugendlichen in staatlicher Obhut ein erschreckender Vorgang ist", sollt relativiert werden durch Einfügung der Worte „für uns". Das war nun wiederum für uns inakzeptabel, was dem WK auch sofort mitgeteilt wurde. Dennoch findet sich die Anzeige im WK vom 23.8. (S. 35) und zwar in veränderter Fassung.

Hier ist die Originalfassung:

Ibourahima Keita
*** 10.10.1991 Elfenbeinküste + 15.07.2008 Bremen**

Wir trauern um Ibourahima Keita, der sich unter für uns nicht genügend aufgeklärten Umständen im Gefängnis Bremen-Oslebhausen das Leben genommen hat.
Ibourahima kam mit 15 Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus einer Bürgerkriegsregion nach Deutschland, wo er Schutz und Hilfe suchte. Warum ist es uns und allen Verantwortlichen nicht gelungen, Ibourahima zu unterstützen in Bremen ein für ihn lebenswertes Leben zu führen? Wir sind zornig darüber, dass Ibourahimas Tod in Bremen offenbar nur wenige Menschen berührt hat!
Mit diesem Nachruf wollen wir deutlich machen, dass der freiwillige Tod eines Jugendlichen in staatlicher Obhut ein erschreckender Vorgang ist. Wir bitten, mit uns dafür zu kämpfen, die Ursachen und Lebensbedingungen zu begreifen und zu verändern, die Ibourahima in den Tod getrieben haben und die auch andere minderjährige Häftlinge in dieser Situation verzweifeln lassen.

Unterstützer: Dipl. Jurist A.Abed; Rechtsanwalt G.Baisch; M.A. Pädagogin U.Balser; Dipl. Sozialarbeiterin C. Barth; Prof. Dr. F. Bettinger; Dipl.Sozialpädagogin E.Bahl; T.Brinkmann; Rechtsanwalt S. Burkhardt; MdBB Sirvan Cakici; ; Dipl.Sozialwissenschaftler U. Casper; Rechtsanwalt A.von Döllen; Dipl. Kriminologe O.Emig; Rechtsanwältin Ch. Graebsch; Dr. F. Grützner; Prof. Dr. Johannes Feest; Dipl.Sozialarbeiter J. Hermening; Dipl.Kriminologin A. Kemper; Landesbeauftragte für Frauen a.D. U.Kerstein; Dipl. Jurist J.Köhler; Dr. R. Kossolapow; Dipl.Sozialarbeiter Ali Kaya; Dipl. Sozialpädagogin Th. Kleinert; Dr. H. Pollähne; M. Lassowski; Dipl. Politologin H. Lühring; Pädagogin M. Rothgänger; Rentnerin F. Schütz; A. Strausdat; Rechtsanwalt M. Stucke; Dipl. Sozialpädagogin S.Teeuwen; MdBB M.Troedel; Dr. A.Troost; Rechtsanwalt H. Wesemann; Prof. Dr.E.Weßlau.

tem innerhalb nur eines Tages zusammenbrechen, wenn Gefangene sich ihm einfach nur verweigern würden und friedlich in ihren Zellen blieben. Gefangene waschen ihre Wäsche, Gefangene kochen das Essen und Gefangene teilen es aus, Gefangene verrichten alle Arbeiten die nötig sind, damit Knast funktioniert. Ohne diese Arbeit bräche das System tatsächlich innerhalb von Stunden zusammen. Hierzu bedarf es keinerlei Gewalt, - beileibe nicht. Nur, - wer dazu aufrufen würde...wird fertiggemacht!!! Und selbst wenn es solche Aufrufe gäbe...mindestens 95% aller Gefangenen würde sie nicht umsetzen. Ganz im Gegenteil...so'n Aufruf wäre 5 Minuten nach „Verkündung" direkt verzinkt.
Was ich sagen will: Viele von den Anarchisten fordern eine andere Art des Kampfes wie wir ihn praktizieren.
Bei mir, liebe Leute, - rennt Ihr damit offene Tore ein...und die Geschehnisse in Belgien erfreuen (privat) mein Herz!!! Jedoch im Hier läßt sich das mangels „Masse" nicht umsetzen. Jeder der es versuchen würde, begänge Kamikaze!!! Und das für nichts... und wieder nichts???? Es hat schon seine Gründe, warum wir immer wieder nur zu völlig legaler Gegenwehr aufrufen. Auch wenn es vielen nicht nachvollziehbar ist, - aber nicht mehr zu tun, hat existenzielle Gründe. Man hat allen Grund um innerhalb des Denen-ausgeliefert-Seins Angst zu haben, - Angst schon allein wegen vollkommen legaler Vorgehensweisen gegen dieses verfuckt verheuchelt doppel – und dreifachmoralische Dreckssystem. Auch

Auf der Kundgebung in Köln

völlig legale Gegenwehr ist für Vollzug Renitenz, gegen die sie mit alen Mitteln vorgehen und zu unterdrücken versuchen. Ich bin beileibe keine Sensibelchen und kein Weich-Ei...ich kann `ne Menge einstecken, - aber das was die in den letzen 5 Jahren so alles mit mir abgezogen haben.... hat mich oft an den Rand der Aufgabe gebracht. Die haben versucht mir Ausbruchsversuche und evtl. geplante Geiselnahme anzuhängen um Handhabe zu erhalten um mich SV-mässig wegzusperren, man hat mich des vers. Aufrufs zu Gefangenenmeuterei bezichtigt (momentan behaupten die Bayern auch mal wieder wir würden zur Revolte aufrufen!), man hat mich in Isolationhaft verpackt, ärztliche Hilfe wurde verweigert, mir wurden zig Jahreland durch Hunderte Willkür und Schikaneakte vorsätzlich Psychostress erzeugt... der nicht immer an einem abperlt wie Wasser beim Pissen und der heftige psychische und pysische Schäden verursacht. Ich wurde genötigt (zumindest haben sie es versucht) bedroht und geschlagen, - keine Chance gegen die Vollzugs– u. Justizmafia die sich gegenseitig deckt – selbst Mitgefangene (die diverses mitbekamen und es hätten bestätigen können...unterließen es aus Angst vor den dann automatisch folgenden „Retourkutschen"). Ich bin beileibe kein Einzelfall - so wie mir ergeht es vielen. Wir sind denen ausgeliefert und ich kann es niemandem vorwerfen, wenn er/sie aus Angst die vielen Rechtsbeugungen und sonstigen Umstände nicht anprangert. Anprangern!!! Mehr ist im Hier nicht möglich!!! Nicht für einen, oder Hunderte...solange 80.000 sich (aus welchen Gründen wie auch immer...) ruhig und vollzugskonform verhalten. Jetzt über 550 Gefangene zum einen, ist zwar „nur" ein Tropfen...und kleiner Anfang, - aber es ist zumindest ein Anfang...von was immer sich daraus auch entwickeln möge.
Das hat es in der Form nie zuvor in Knästen gegeben. Auch die von 330 Gefangenen in Bielefeld mitunterzeichnete Beschwerdepetition. Ich weiß, dass Vollzug (auf allen Ebenen) unsere Bestrebungen sehr ernst nimmt und das solche Aktionen hinter den

Kulissen ganz hohe Wellen schlagen. Die wissen, dass man sie ganz legal und mit den eigenen Waffen schlagen kann (z.B. durch Zehntausende Klagen, die dann Öffentlichkeit schafft... - Öffentlichkeit die Vollzug zu meiden versucht, wie Teufel das Weihwasser) die sie Millionen kosten würde. Wir schieben solche Gemeinschaftsklagen an. Gründe hierfür sind zu Hauf vorhanden. Solche wie wir sind für Vollzug die „Staatfeinde nr- 1", die es zum Schweigen zu bringen gilt. Und wer sich nicht durch Willkür & Schikane (ist in der Form mehr als „nur" Psychoterror, sondern muß als fortgesetze vorsätzliche Folter bezeichnet werden!!!) weder mundtot noch sonst – wie kirremachen und brechen läßt, wird zudem als notorisch-querulant, als psychisch gestört oder als vermeintlicher Lügner diffamiert und dessen Klagen werden verschleppt, nicht beschieden... sie verschwinden einfach unbearbeitet. Beschwerden hiergegen werden als angeblich unbegründet pauschal verworfen, nachdem zuvor „elegant" an den jeweiligen Kernen der Sache vorbeiermittelt wurde. So ist das System.
Man kann sich nur bei denen beschweren, welche die Beschwerde und Klagen verursachen, - aber wie schon beschrieben: Die decken sich gegenseitig im Rahmen von Korpsgeist.
Aber..soll man deswegen denn rein garnichts innerhalb des Möglichen unternehmen?

Ich sage laut und vernehmlich NEIN!! Das was wir tun ist vielen zu...seicht...sie empfinden es als zu sehr mit deisem Dreckssystem konformgehend. Wenn ich derartiges lese..... - sorry, - aber dann schwillt mir den „Kamm"!! Woher nehmen diese Leute sich das „Recht" und halten uns derartiges vor?? Nochmals will ich sagen: Mehr zu tun ist UNS im HIER nicht möglich, ohne Gefahr zu laufen als Einzelne völlig kaputtgemacht zu werden. Das was wir tun...ist beileibe nicht zu wenig, sondern sehr sehr viel und mit ganz großen persönlichen Opfern verbunden. Das was Gefangene wie Thomas, Finni, Werner, Gabriel, José, Nadine, Katharina, Peter, Markus oder ich allein wegen des Beschreibens der Knastsituationen auf uns nehmen...ist nicht leicht. (Sorry all denen, die ich jetzt nicht aufgeführt habe, - dies gilt speziell auch für das Engagement der Iv.I. Repräsentanten).
Auch wenn es gewaltlos ist was wir betreiben, - es ist Kampf!!! Und all das möchten wir nicht verniedlicht und verharmlost sehen.
Was mich betrifft, - auch das geht an mir ab wie Wasser....denn ich ziehe mein „Ding" nicht durch um anderen zu gefallen und es käme mir nicht in den Sinnn mich deswegen anderen meinungen anzupassen, - aber ein Verniedlichen unserer Art und Weise des Vorgehns schafft im Hinblick auf den Versuch Solidarität auf breiter Basis unter den Gefangenen zu schaffen arge Schäden. Ich höre und lese es leider immer wieder...Mitgefangene sagen:"Selbst die Gruppen draußen sagen das euer (Iv. I.) Vorgehen Scheiße ist!".
Sowas zieht Kreise....be-und verhindert dann in Folge eine Menge. Wir haben weder die Mittel, noch die Kraft um an zwei... oder gar drei Fronten zu kämpfen.
Wer mehr tun will...und kann.....die/der möge dieses doch gern tun und hat dabei auch meine (private) Solidarität. Aber – bitte nicht auf anderen herumhacken. Mit den Arsch geschützt in einer trockenen Ecke zu sitzen...ist leicht von „mehr" zu reden.
Wir sind ausgeliefert – wir können nicht mal eben weggehen und/oder rennen,

deren Verurteilung widerfahren ist.

Wie die 25, sind wir alle Zeugen der Gewalt, nicht Opfer. Wir sind hierher gekommen, um Euch daran zu erinnern, dass wir ganz einfach politisch engagierte Personen sind, gegen ein System, das täglich unsere Leben verwüstet und plündert.

Sie bitten uns, uns mit dieser Stadt zu versöhnen und das Kapitel abzuschließen. Seit dem Juli 2001 haben wir das Kapitel nie abschließen wollen.

In diesen sieben Jahren sind wir zusammen gekommen, wir haben uns unterstützt, wir sind in Kontakt geblieben, wir haben uns informiert, einander lieb gewonnen, uns in Genua und im Ausland wieder gesehen. Nichts von unserer gemeinsamen Geschichte verdient es, als ein abgeschlossenes Kapitel abgelegt zu werden. Sie, Frau Bürgermeisterin, haben möglicherweise manches Kapitel, das Sie abschließen möchten, wir aber denken, dass unsere Zukunft durch die Würdigung und Annahme unserer gemeinsamen Vergangenheit und nicht durch deren Verfälschung und Vertuschung geschaffen wird.

Von den Institutionen erwarten wir keine Entschuldigungen, wir wollen politische Antworten. Bisher haben wir keine bekommen. Das gesamte italienische System trägt große Verantwortung. Es hat die Pflicht, politische Konsequenzen zu ziehen.

Genua kann für uns keine "Stadt der Rechte" werden, so lange jene, die für die Gewalttaten und die Folterungen verantwortlich sind, weiterhin in leitenden Positionen verbleiben und befördert werden.

Genua kann für uns keine "Stadt der Rechte" werden, so lange der Wert von Schaufenstern höher sein wird, als der Wert von Menschenleben."

Michele Fabiani unter Hausarrest

Michele Fabiani, der letzte Anarchist, welcher im Zusammenhang mit der „Operation Brushwood" in Italien gefangenen gehalten wird, kam am 18. Juli unter Hausarrest. Er saß seitdem 23. Oktober 07 hinter Gittern in dem Hochsicherheitsgefängnis Sulmonas. Weiterführende Infos über die „Operation Brushwood" in der Entfesselt Mai 08.

Juan Sorroche frei

Juan Sorroche, der seit dem 13. Oktober 07 in Italien im Knast und später unter Hausarrest saß (mehr über ihn in der Entfesselt Mai 0Cool kam am 8. Juli frei vom Hausarrest. Anstatt dessen haben die italienischen Autoritäten für ihn eine Art „Platzverweis" für die Region Trentino sowohl für die Stadt Bologna ausgesprochen. In Italien ist die Praxis solche „Platzverweise", die auch über Jahre hinaus gelten können, für AnarchistInnen auszusprechen Teil der alltäglichen Realität.

41bis auf dem Weg noch härter zu werden

Der derzeitige Justizminister Italiens Alfano hat bekannt gegeben, das in Zukunft das Gesetz 41bis verschärft werden wird. Eine Vielzahl von Behinderungen, welche die Kommunikation der Gefangenen mit der Außenwelt erschweren wird, sollen eingeführt werden. Dieses Gesetz regelt steht für die Hochsicherheitstrakte in den Knästen, welche vergleichbar mit der deutschen Isolationshaft, dem türkischen F-Typ und dem spanischen FIES sind.

Berlusconis neuem Gesetzespaket, das diese Woche vom Staatspräsident unterzeichnet werden soll und die Urteilsverkündung womöglich wegen einer Teil-Amnestie annulliert hätte, haben die AnwältInnen das Verfahren beschleunigt und auf ihr Schlußplädoyer verzichtet. Trotzdem sind viele AktivistInnen und NebenklägerInnen aus europäischen Ländern angereist, darunter aus Schweden, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Deutschland.

Die Gedenkdemonstration für Carlo war kleiner als in den vorangegangenen Jahren, als Gruppen aus anderen italienischen Städten mit Bussen anreisten. Der Stimmung tat das keinen Abbruch. Auf der Piazza Alimonda wurden etliche Redebeiträge gehalten und auch auf die Kampagne gegen die Ankündigung Berlusconis, Roma-Kindern auf der Straße Fingerabdrücke abzunehmen, aufmerksam gemacht. Am Ende wurde von Valérie Vie der offene Brief der NebenklägerInnen an die Bürgermeisterin verlesen. Valérie Vie aus Frankreich war 2001 die einzige Aktivistin der es gelang, den Zaun zur „Roten Zone" zu überklettern. Dafür wurde sie bereits 2004 zu einer fünfmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Sie legte Berufung ein, worauf das Urteil im Mai diesen Jahres bestätigt wurde, nun ohne Bewährung. Auch hiergegen prozessiert sie weiter in der letzten Instanz, dem italienischen Kassationsgericht.

Der offene Brief endet mit der Formulierung: *„Für uns kann Genua keine „Stadt der Rechte" sein, wenn der Wert von Schaufensterscheiben und Autos höher angesetzt wird als jener von Menschenleben".*

Bis Dienstag finden weitere Veranstaltungen und Treffen statt, darunter eine Ausstellung im Palazzo Ducale, Videoscreenings und eine Konferenz zur Entwicklung der Repression gegen Protestbewegungen in Europa seit dem G8 2001.

Hier der Text des Offenen Briefes an die Bürgermeisterin:

„Wir sind alle Zeugen der Gewalt, nicht Opfer.

Wir sind hier, weil die Bürgermeisterin und die Stadt uns eine Gelegenheit geboten haben, unsere Geschichte zu erzählen.

Im Juli 2001 waren wir unter den dreihunderttausend Menschen, die nach Genua gekommen waren, um mit allen verfügbaren Mitteln gegen den G8 Gipfel zu protestieren. Am Donnerstag, den 19., am Freitag, den 20. und am Samstag, den 21., sind wir auf der Straße gewesen, um uns der neoliberalen Globalisierung und der Herrschaft des Profits über unsere Leben zu widersetzen.

Ein großer Teil von uns hat sich mit der Brutalität der Ordnungskräfte direkt auseinandergesetzt. Alle, die in jenen Tagen in Genua waren, waren Vorzugsgegenstand der Aufmerksamkeit von Polizia und Carabinieri. In den Straßen wurden wir geschlagen und verhaftet. Wir wurden des versuchten Mordes, des Waffenbesitzes (unter Anderem auch des Besitzes von Kriegswaffen) und der Bildung einer kriminellen Vereinigung beschuldigt. Wir wurden des Landes verwiesen und lange Zeit als gefährliche Agitierer bezeichnet. Die repressive Aktion der Polizeikräfte richtete sich gegen die gesamte Bewegung, nicht nur gegen einige von uns. Heute werden wir als Opfer empfangen; gleichzeitig werden wir aber wie Terroristen behandelt, was beispielsweise im vergangenen Dezember 25 von

wenn die uns einmachen oder durch Verhängung der nachträglichen SV lebenslang wegsperren wollen.
Klar, - die Vorgehenweisen sind hierdurch unterschiedlich, - aber der Feind als solches ist derselbe. Wir betreiben Agitation!! Wir versuchen der Öffentlicheit begreiflich zu machen, dass sie von diesem System verarscht, belogen und betrogen werden, dass die Realität in deutschen Knästen ganz anders ist wie das was ihnen vorgegaukelt wird. Wir versuchen aus einer Herde vor sich hindösender Schafe (Gefangene) eine Meute sich zumindest legal auflehnender Menschen zu machen.
Verdammt, - was soll daran falsch sein??? Wie kann man denn kämpfen...ohne Kämpfer?? Versteht mich jetzt bitte nicht falsch: Dies ist zwar ein Brief an ABC, - aber kein Vorwurf gegen die ABC Leute!! Und ich hoffe, dass ihr in einer der nächsten „Entfesselt" Ausgaben als offenen Brief abdrücken könnt. Oder in anderen Publikationen, leitet ihn bitte weiter! Wir erklären ganz ausdrücklich Copyrightverzicht – ich als Unterzeichner erkläre mich V.i.S.d.P.! Dies gilt für alle Iv.I. - Texte i.d. Rundbriefen.
Was die Iv.I. betrifft: Wir reichen dem ABC, der Roten Hilfe, dem AKP Köln liebend gern für Zusammenarbeit gegen diese verheuchelte Dreckssystem beide Hände. Jede(r) macht innerhalb ihrer/seiner Möglichkeiten das Machbare und kritisiert nicht die Vorgehenweise der/des Anderen,
Ein langer Weg....aber: "Rom" ist auch nicht an einem Tag erbaut worden. Im Kampf ist uns als Verbündeter fast jede(r) lieb und recht, - es sei denn, sie/er ist braun oder sonstwie faschistisch „gefärbt"!! Fakt ist: Was wir alle mehr oder weniger betreiben ist nicht nur Kampf „David gegen Goliath", sondern vielmehr „Ameise auf dern David steht gegen Goliath". Stark ist man erst in Gemeinschaft....wenn einer den anderen stüzt, hoch-und weiterhilft!!!

Grossen – und von Herzen kommenden Dank dem Michel vom „Mauerfall", dem Wolfgang vom Gefangenen-Info, den Leuten von der Entfesselt und denen der Cavale, die unseren Aufruf zur Soli-Aktion abgedrückt und somit zum Gelingen der Aktion beigetragen haben. Ebenfalls herzlichen Dank den Kölner AKP Leuten für das phantastische Flugblatt zur Aktion und last but not least nicht zu vergessen Catrin aus Dresden von der Rote Hilfe für die Aktion im Alaunpark. Auch Gabriel (Musta) Da Silva und Marco Camenisch's Aufruf haben zum Erfolg der Aktion maßgeblich beigetrage. Dies gilt auch - und ganz besonders – für die Iv.I. Leute die in den Knästen die Idee des Ganzen weiter – und mitgetragen haben.

An dieser Stelle noch einmals der Aufruf an alle Gefangenen: Wehrt Euch gegen Willkür, Schikane, Rechtsbeugung, Psychoterror! Erstattet Strafanzeigen und Klagen! Überschwemmt und ertränkt ganz legal Gerichte und Justizministereien mit all dem Dreck den Vollzug in rechtswidrigster Weise produziert! Bittet Freunde, Familie, Bekannte dies ebenfalls zu tun! Gemeinsam sind wir stark!!! Solidarität ist notwendig! Seid nicht länger Schafe!! Ihr habt Rechte! Fordert sie vehement ein!!! Stellt Euch als Zeugen zur Verfügung wenn Ihr seht, dass Mitgefangene drangsaliert und terrorisiert werden!! Unterstützt im Rahmen des Möglichen die Leute in den Isotrakten!!! Schreibt Gemeinschaftspetitionen und schickt sie an die Presse!!
Glück und Freiheit

Pit Scherzl

Über einen Hungerstreik in Deutschland von solidarischen Anarchisten

Vom 1. bis zum 8. August, findet in den deutschen Gefängnissen auf Initiative der Organisation Iv.I., ‚Vertretung der Interessen von Gefangenen' eine Mobilisierung, in der Form eines Hungerstreiks, statt. Ungefähr 470 Gefangene werden an diesem Protest teilnehmen. Die Forderungen sind viel umfassend, betreffen aber im Besonderen die Isolierung und Haftbedingungen von Nadine Tribian (1). Nebst dem fordert

Iv.I auch die Abschaffung der Gefängniskosten, der obligatorischen Arbeit, der lebenslangen Bestrafung und der Isolation.
Obwohl es einige Gründe gibt, warum wir froh über diese Initiative sind (wie immer wenn die Gefängnisroutine und der verstärkte Beton der strafvollzüglichen Ordnung Risse aufweisen), haben die Ankündigung und die Organisation, einige nicht unreelle Fragen und Bedenken bei uns aufgeworfen. Als erstes: die Iv.I präsentiert sich in der Öffentlichkeit als die legale und institutionelle Vertretung von Gefangenen. Sie beruht auf dem Prinzip von ‚Delegationen' mit Vertretern und wir wissen nicht bis zu welchem Punkt hin, sie hierarchisch strukturiert ist. Genau wie ausserhalb der Mauern, ist ‚Gewerkschaft' und ‚Vertretung' nicht gleichzusetzen mit Selbstorganisation und noch weniger mit ‚Selbstorganisation eines Kampfes'. Die Geschichte und die Erfahrungen haben schon seit langem gezeigt, dass diejenigen, die sich dem Staat als Gesprächspartner anerbieten, -umso mehr, wenn ihnen der Staat diese Funktion zugesteht-sich als Vermittler und Pazifikateure entpuppen. Es ist diese Rolle die es ihnen erlaubt, als Struktur bestehen zu bleiben. So gesehen ist es auch nur logisch, dass solche Organisationen aufgrund ihrer Prioritäten, sich von Organisationsformen und Streitmethoden distanzieren, worüber sie die Kontrolle verlieren könnten und welche sich nicht in die Diktate des Staates einordnen. Dies ist genau was einer der Vertreter der Iv.I., Peter Scherwl, getan hat, als er es als angebracht erachtete, um in seiner öffentlichen Ankündigung des Protestes zu präzisieren; ‚Die Iv.I. ruft ausdrücklich nicht zur ‚Meuterei' usw. auf,

U-Haftknast Holstenglacis in Hamburg

stattdessen zu einem vollständig legalen Widerstand innerhalb der juristischen Möglichkeiten. Einzig auf diese Weise können wir erreichen, dass sie uns nicht als Erfinder hinstellen, wenn wir Misstände anklagen. Denn so wollen sie diese verschleiern und fortbestehen lassen.'

Selbstverständlich erwarten wir von keiner Organisation, dass sie zu Krawallen aufruft: Krawalle werden nicht angekündigt, sie finden einfach statt und die Teilnahme daran, hängt von jedem selbst ab. Wir erkennen freilich auch die Gründe, warum sich die Iv.I. auf diesem Terrain etwas gehemmt verhält und die Gefangenen nicht dazu einladen will, in Aufstand zu kommen. Aber sie geht zu weit, indem sie es als nötig erachtet, explizit gewisse Aktionsformen zu verwerfen und selbst im Vornherein als nicht-legitim zu verurteilen, Aktionsformen, die gewisse Gefangene faktisch gesehen sollten gebrauchen können und die sich im Laufe des Streites sollten entwickeln können. Da stellt sich konkret die Frage der Ergänzung und vorallem, die Vereinbarkeit von Entscheidungen und Methoden. Wir können die Gefangenen, ob sie nun Mitglied der Iv.I. sind oder nicht, nur dazu ermutigen, jegliche Ideen von ‚Chef' abzulegen und autonome Initiativen zu entwickeln, worin sie nicht mehr verpflichtet sein werden, ihre Ideen und Verlangen auf ‚innerhalb der juristischen Möglichkeiten' zu beschränken.

Genauso wie es unmöglich ist, die Herrschaft mit Organisationsformen zu bekämpfen, die nichts anderes als Kopien der Institutionen sind, macht es keinen Sinn, die Kategorien die der Staat in seinem eigenen Interesse schärft, zu übernehmen und sich daran anzupassen. Wir wissen, dass der Staat mit der Legalität spielt und sich dessen bedient, wenn es ihm gerade passt. Wir wissen auch, dass der Gedanke von ‚Recht' vollkommen relativ ist. Der Staat gesteht manchmal, unter Druck, gewissen Menschen gewisse Rechte zu, manchmal teilt er anderen Rechte aus, um seinen Griff zu verstärken oder die Füh

Genova 2008: City of riots

Heute (20. Juli 2008) fand in Genua die jährliche Gedenkdemonstration für die Ermordung von Carlo Giuliani statt. Die Demonstration war dieses Jahr eingebettet in zahlreiche Veranstaltungen rund um die Urteile im „Bolzaneto-Verfahren". Letzte Woche wurden Urteile gegen 15 Cops wegen der Mißhandlungen in der Polizeikaserne Bolzaneto verhängt. 30 wurden mangels Beweisen freigesprochen.

An der Demo beteiligten sich schätzungsweise gut 500 Menschen aus unterschiedlichen Spektren. Zuvor hatte es eine Aktion vor dem Rathaus in der Via Garibaldi gegeben, um auf die Verfahren gegen 25 AktivistInnen aufmerksam zu machen die letzten November zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Die genueser Bürgermeisterin hat eine Einladung kurzerhand rückgängig gemacht.

Die Bürgermeisterin, Marta Vincenzi, hatte auf Initiative des Comitato Veritá e Giustizia alle Betroffene der Verfahren wegen der Polizeikaserne Bolzaneto sowie der Razzia in der Diaz-Schule zu einem „Versöhnungstreffen" eingeladen. In der Zeitung "Repubblica" erläuterte sie, die Eingeladenen wären willkommen weil sie Opfer seien. Mit dieser Zuschreibung allerdings waren die „Opfer" nicht einverstanden und haben eine Erklärung verfaßt, in der sie die Verantwortlichen für die Polizeigewalt durchaus auch in der Politik ausmachen. Mit einer symbolischen Aktion sollte zudem auf die hohen Urteile gegen die 25 italienischen AktivistInnen aufmerksam gemacht werden. Die meisten der Eingeladenen erschienen mit T-Shirts, auf denen die Zahl „25" prangte. Daraufhin hatte die Bürgermeisterin die Lust an einem Treffen verloren und verweigerte den Eintritt ins Rathaus, was zu einem kurzen Gerangel führte.

Die Aktion endete mit einer einstündigen Kundgebung vorm Rathaus und einer Diskussion mit dem Vize-Bürgermeister, der nicht verstehen wollte wieso die „Opfer" den ihnen zugewiesenen Platz nicht annehmen wollten. Genua bewirbt die Stadt seit einer Weile mit „Genoa – City of Rights". Darauf angesprochen, dass jene Rechte schon beim Tragen eines T-Shirts als Meinungsäußerung zum Ausschluß führen hatte er nicht mehr viel zu sagen.

Die Urteilsverkündung zu Bolzaneto sollte am am 22. Juli stattfinden. Wegen

Briana Waters verurteilt

Briana Waters wurde am 19. Juni diesen Jahres zu sechs Jahren Knast und zusätzlich drei Jahre auf Bewährung verurteilt. Festgenommen 30. März 2006 im Rahmen der Operation „Green Scare" wurde sie durch die Aussagen von zwei Personen beschuldigt in einer Zelle der Earth Liberation Front mitgewirkt zu haben und im Jahr 2001 an einem Brandanschlag gegen die Universität von Washington beteiligt gewesen zu sein. An der Universität wurden Experimente mit gentechnisch veränderten Bäumen durchgeführt. Briana hat immer durchgehalten, sie ist auch Mutter einer dreijährigen Tochter, und keine Aussagen gegenüber der Polizei gemacht – deswegen braucht sie unsere volle Unterstützung.

Der Begriff „Green Scare" (grüner Schrecken), der auf den Red Scare in den 1940ern und 50ern anspielt, bezieht sich auf gesetzliche und sondergesetzliche Aktivitäten der U.S.-Regierung gegen Umwelt- und Tierrechtsaktivisten. Wie der Red Scare nutzt der Green Scare neue Gesetze und neue Waffen des Staates, um einige wenige Personen hart zu bestrafen in der Absicht eine ganze Bewegung zu unterdrücken.
Im Dezember 2005 führten Regierungsagenten landesweite Festnahmen durch, bei denen 14 Personen beschuldigt wurden in Verbindung mit Aktionen der Earth Liberation Front und/oder der Animal Liberation Front im Nordwesten der USA zu stehen. Die Anklagepunkte, welche sich auf Geschehnisse bis zurück in die Mitte der neunziger Jahre beziehen, betreffen unter anderem einen Brandanschlag aus dem Jahre 1997, bei dem ein Pferdeschlachthof in Oregon zerstört wurde (die Anlage wurde nicht wieder aufgebaut) und mehrere Brände in Oregon, Wyoming und Kalifornien, bei denen Pferche und Transportschächte am „Bureau of Land Management" vernichtet wurden (dabei wurden auch Pferde befreit). Obwohl kein lebendes Wesen dabei verletzt wurde befand ein Richter, daß einige der Brandanschläge als Terrorismus geahndet werden. Im November 2006 akzeptierten Nathan Block, Daniel McGowan, Jonathan Paul und Joyanna Zacher die alleinige Verantwortung für ihre Beteiligung an umweltmotivierten Eigentumsdelikten zu übernehmen, gleichzeitig lehnten sie es ab andere Beteiligte zu belasten, gegen sie auszusagen oder den Behörden Informationen zur Verfügung zu stellen.
Bedauerlicherweise bekannten sich andere Beteiligte nach ihrer Festnahme schuldig und stellten der Regierung Informationen zur Verfügung. Um Strafmilderung zu erhalten willigten sie ein mit dem Staat in laufenden Verfahren gegen die ELF/ALF zu kooperieren. Diese Individuen werden selbstverständlich nicht unterstützt.

Weitere Infos:

www.supportbriana.org
www.greenscare.org
www.ecoprisoners.org
http://portland.indymedia.org/en/topic/greenscare/

Schreibt Briefe und Karten:

Briana Waters 36432-086
FCI Danbury
Federal Correctional Institution
Route 37
Danbury, CT 06811
USA

Die Universität von Washington nach dem Brand

rung der Unterdrückung und Ausbeutung zu rationalisieren.

Letztlich wissen wir auch, dass sich bei einer Belohnung immerzu ein Stock hinter dem Rücken versteckt hält. Während einigen Gefangenen ein paar Vorteile zugestanden wird, werden andere weiterhin gefoltert. Die Erniedrigungen, Misshandlungen und Quälereien sind vielleicht verschieden im Kontext und gebraucht je nach Nöten aber sie sind keine ‚Ausnahme' des Systems. Sie machen einen integralen Teil davon aus, zumindest in der Form des Schwertes von Damokles, welches oberhalb der Köpfe der meisten Widerspenstigen hängt. Normen festzulegen, die als ‚akzeptabel' angeschaut werden, lässt zur gleichen Zeit zu, die ‚Ausnahmen' zu verallgemeinern (so wie es der Fall mit der Isolation ist, welche sich immer mehr in alle Haftregime ausbreitet). Die so genannte ‚Vermenschlichung' der Gefängnisse, die darauf ausgerichtet ist, sie sozial annehmbar zu machen (auch für Gefangene selbst- von der Einschliessung bis hin zur Partizipation der Gefangenen im guten Verlauf der Führung des Gefängnisses), probiert zu verbergen, dass die Logik des Einsschliessens, sich immer mehr ausbreitet. Die Investition in die ‚Resozialisierung' in die kapitalistische Gesellschaft, dient dazu, das System zu verstärken, welches in Wirklichkeit Menschen in die Illegalität zwingt (auch wenn es nur um zu überleben ist) und ins Gefängnis wirft.

Mit diesen Feststellungen im Hinterkopf, wollen wir nicht auf partielle Verbesserungen der Haftumstände verzichten oder jegliche Formen von Teilkämpfen über spezifische Forderungen verwerfen. Aber es ist entscheidend, diese mit einer mehr allgemeinen Analyse zu verbinden. In diesem Fall, muss die Rolle und die soziale Funktion des Gefängnisses mit einem System in Zusammenhang gebracht werden, welches dies nötig hat; nicht nur um einfacher Arme ausbeuten zu können und die ‚Gefährlichsten' zu eliminieren, sondern auch als permanente Bedrohung gegen alle, die daran Schaden zufügen könnten. Es geht somit darum zu bekräftigen, dass die Freiheitsberaubung an sich Folter ist, die nur zusammen mit der Inhaftierung als solche verschwinden kann. Die Gefängnisse werden nicht einstürzen, bevor die Welt, die Gefängnisse voranbringt, stirbt.

Diese Pespektive lässt uns zu, ein breiteres Kräfteverhältnis zu entwickeln, das absolut nicht unvereinbar ist, mit dem Erlangen von Reformen- sogar im Gegenteil- aber diese nicht zum essentiellen Teil davon macht. Die Perspektiven befinden sich uns zufolge auch in den Formen, die der Kampf annimmt und den Mitteln, die er sich verschafft. Selbstorganisation und die Verweigerung jeglicher Vermittlung, Entwicklung einer autonomen Dynamik, welche eigene Kriterien aufstellt, in der Funktion des Kontextes und der eigenen Ziele, losgelöst von den Kategorien, die durch den Staat auferlegt werden und direkte Aktion und Solidarität in die Praxis bringen: dies ist mit Sicherheit eine Basis, um die Autorität in Frage zu stellen. Es geht nicht im Geringsten darum zu behaupten, dass jeder, der/die an einer Meuterei teilnimmt, für die Vernichtung aller Gefängnisse und Autoritäten kämpft. Nebst den Anfällen dagegen und den Schwierigkeiten die das System dadurch bekommt (im Besonderen um jene wieder herzustellen und zu integrieren), bieten diese Erfahrungen von Revolte dennoch echte Möglichkeiten für einen Bruch. Wenn der Kampf durch vorangestellte Kader der Mitverwalter des Staates zielbewusst eingeschränkt wird, was schon im Vornherein jegliches Potenzial davon annulliert, eröffnet dies ein nicht existierendes Gebiet eines Kampfes.

Die Mobilisation in den deutschen Gefängnissen, kann eine Gelegenheit nebst so vielen anderen sein, um unsere eigenen Gefechtsperspektiven für die Vernichtung des Gefängnisses und seiner Welt nach vorne zu bringen. Auf Basis der Verweigerung jeglicher Form von Vermittlung von Unzufriedenheit und Revolte, wollen wir unsere Solidarität zeigen, mit den Gefan

genen in Aufstand und nicht mit ihren mehr oder weniger offiziellen und institutionellen Vertretungsorganen. Wir wollen auch noch hinzufügen, dass der Hungerstreik nicht die einzige Form von Protest im Gefängnis darstellt und dass auch andere Möglichkeiten für die Auflehnung und den Widerstand bestehen.

Diesbezüglich wollen wir auch sagen, dass die Revolte, sowohl drinnen wie auch draussen, sich nicht einzig in einer kollektiven Art und bei ‚grossen' Gelegenheiten äussert. Sie nährt sich von jeder Weigerung um zu kollaborieren (2), mit jeder Geste gegen die Herrschaft, mit der Entwicklung einer kämpferischen und rebellischen Haltung. Deswegen kann sich der Kampf gegen das Gefängnis nicht auf Momentaufnahmen beschränken, obschon diese natürlich auch die notwendige Solidarität umarmen, wenn es zu einer Bewegung kommt oder wenn es brennt. Wenn wir diejenigen, die hinter den Mauern täglich rebellieren, mit unserer Wut inspirieren und unterstützen wollen, geht es dabei auch darum, die unausweichliche Frage des Einschliessens und permanente Agitation in andere Streitgebiete zu bringen, um das Gefängnis auf theoretischer so wie auch praktischer Ebene anfallen zu können. Diese Konfliktsituation, sowohl drinnen wie auch draussen, wird vielleicht erfolgreich darin sein, Widerstandsterrain zu öffnen und Dynamiken zu entwickeln, die sich weder den elenden Versprechen, noch den Peitschenhieben des Staates unterordnen.

solidarische Anarchisten
Juli 2008

(1) siehe folgenden Text
(2) sowie zum Beispiel unser Gefährte Jose Delgado (Rheinbach), welcher sich weigert (genauso wie Gabriel Pombo da Silva in Aachen) um im Gefängnis zu arbeiten, ebenso wie er sich noch immer gegen die Umstände auflehnt, die er als erniedrigend betrachtet (Gefängniskleidung, Besuch hinter Glas,...). Wenn wir uns selbst in solchen Weigerungen wieder erkennen, dann liegt es an uns, um danach zu handeln und unsere Gefährten aktiv in ihrem Widerstand zu unterstützen.

Zum Hungerprotest von über 561 Gefangenen

Am 7.8. endete die Aktion der Gefangenen nicht nur in der BRD, sondern auch von Gefangenen aus der Schweiz, Holland, Italien, Spanien und Belgien. Wie der Gefangne Pit Scherzl, Sprecher der Interessenvertretung Inhaftierter (IvI) meinte, kann so schon von einem internationalen Streik gesprochen werden. Da auf Grund der Zensur wir noch nicht ausreichende Informationen von den streikenden Gefangenen selbst erhalten haben, begnügnen wir uns mit einem kurzen Zwischenbericht und gehen auf Fragen ein, die nicht nur von den Medien kamen. Diese vorläufige fragmentarische Einschätzung stammt von Menschen aus den Redaktionen des Mauerfalls und dem des Gefangenen Infos sowie dem Autonomen Knastprojekt aus Köln.

Wie viele Häftlinge haben sich letztlich am Hungerstreik beteiligt?
Die letzte Zahl, die wir hatten war: 561 Gefangene. Hier die Liste der Gefängnisse in der BRD, die von Weggesperrten bestreikt wurden: Aachen, Amberg, Ansbach, Augsburg, Berlin - Moabit, Bielefeld, Bremen, Detmold, Dietz, Duisburg, Dortmund, Ebrach, Essen, Frankfurt, Fulda, Geldern, Gelsenkirchen, Gera, Gießen, Hagen, Halle, Hamm, Heinsberg, Hof, Hohenleuben, Magdeburg, Mülheim, München, Münster, Naumburg, Neumünster, Neunkirchen, Nürnberg, Oldenburg, Plauen, Rheinbach, Rosdorf, Saarbrücken, Sehnde, Straubing, Tonna, Traunstein, Trier, Vechta, Völkingen,Volkstedt, Willich, Würzburg, Wuppertal Hinzu kamen die Gefangenen aus anderen Ländern.

Wie konnten sie überhaupt miteinander in Kontakt bleiben?
- Kontaktmöglichkeit zwischen Gefange

Suizid im Frauengefängnis von Thomas Meyer-Falk

Über das Sterben in (deutschen) Gefängnissen ist in den Medien nicht oft die Rede. So ging auch der Tod von Heide L. am 22. Juni 2008 an der Öffentlichkeit vorbei.
Im August 2007 verurteilte das Landgericht München die linke Aktivistin zu drei Jahren und neun Monaten Haft (www.net-tribune.de/article/300807-96.php), weil sie 2006 und 2007 in Fernzügen, sowie S- und U-Bahnen Bombenattrappen deponierte um auf diese Weise gegen die Politik der USA zu protestieren.

Auf diese Weise habe sie beispielsweise auf das Leid der Menschen im Nahen Osten vor den US – Bombern hinweisen wollen (www.sueddeutsche.de/artikel/504/103401/print.html), wie die Süddeutsche Zeitung am 26.02.2007 berichtete).

Durch die strafrechtliche Verurteilung sah sie sich auch mit Schadensersatzforderungen der Polizei und der Deutschen Bahn in Höhe von etwa 300.000 Euro konfrontiert. Einbezogen in das Urteil des Landgerichts wurde auch eine Strafe für das anbringen von „antiamerikanischen und antiisraelischen" (so die net-tribune, a.a.O) Graffitis.

Bemerkenswert an der Berichterstattung war der latent psychiatrisierende Tonfall der Journaille, als wäre eine radikale Kritik an der US – Politik eine psychische Krankheit.

Wie Anarchist Black Cross (Berlin) nun informierte, kam Heide mit dem Eingesperrt – sein, den alltäglichen kleineren und größeren Schikanen nicht mehr zurecht (Gefangenen – Info, Nr. 339 vom 22.07.2008, www.political-prisoners.net).
„Sich selbst treu zu bleiben in einer Welt, die alles daran setzt, dass man wird wie alle anderen, ist der härteste aller Kämpfe, und er ist nie zu Ende" (E.E. Cummings).

Heides Kampf für eine Welt ohne Kriege ist nicht zu Ende !
Nachtrag: wie Natalja aus der JVA Aichbach berichtete, gab es einen Gottesdienst in der Gefängniskapelle für Heide. Die die sie kannten und schätzten unter ihren Mitgefangenen weinten um sie.

Schreibt Thomas:

Thomas Meyer – Falk
c/o JVA – Z. 3113
Schönbornstrasse 32
D- 76646 Bruchsal,

against capitalist war - against capitalist peace

Ein Aussiedler im Knast - der erlebt was
von Thomas Meyer-Falk

Im Strafvollzug darf die Anstaltsleitung unter bestimmten Voraussetzungen den ein- und ausgehenden Schriftwechsel von den Inhaftierten überwachen, sprich lesen.

Briefkontakte zu verbieten ist auch möglich, jedoch nur unter engeren Voraussetzungen. Aber wie sieht es aus, wenn der gewöhnliche Knastbeamte die Sprache in der der zu kontrollierende Brief abgefasst ist, gar nicht spricht? In diesem Fall, so sieht es eine Verwaltungsvorschrift vor, hat die Anstalt auf eigene Kosten eine Übersetzung fertigen zu lassen.
Jedoch darf sie hiervon absehen und den Brief einbehalten, wenn von der fremden Sprache „ohne zwingenden Grund" (§31 Absatz 1 Ziffer 6 Strafvollzugsgesetz) Gebrauch gemacht wurde. Können beide Parteien - der Gefangene und der Absender - Deutsch, so müssen sie sich dieser Sprache auch bedienen, so ist die Gesetzeslage.

Eine große Gruppe innerhalb des Strafvollzugs in Deutschland stellen Aussiedler, Gefangene, die familiär und biografisch mit Staaten der ehemaligen UdSSR verbunden sind. Oftmals leben deren Freunde, Verwandte noch in den GUS-Staaten und können kein Deutsch.
Herr G. kam 2006 ins Gefängnis, seine Mutter sowie seine Partnerin leben in Russland und können kein Deutsch. Als G. 2007 nach Bruchsal verlegt wurde, ordnete die Anstaltsleitung an, dass er nur noch Briefe in deutscher Sprache erhalten und absenden dürfe.

Eine Maßnahme, die fast standardmäßig bei Gefangenen aus GUS-Staaten oder zumindest mit GUS-Bezug getroffen und von diesen als Diskriminierung erlebt wird, denn italienische, türkische oder griechische Gefangene werden solchen Einschränkungen nicht unterworfen.

Gerechtfertigt wird seitens der Anstalten ihr Handeln mit dem Hinweis auf die „Subkultur der (gefangenen) Aussiedler", welche jede Kooperation mit der Justiz ablehnen, eigene Gesetze hätten und in den Drogenhandel verstrickt seien. Wohlgemerkt, die Gefängnisse setzen keine individuellen Umstände voraus, ihnen genügt die Tatsache, dass jemand aus den GUS-Staaten kommt, um ihn (unter anderem) einer solchen Beschränkung zu unterwerfen.
Reißerische Artikel wie beispielsweise im FOCUS (26.05.2008, S. 40-41, „Schweigegelübde Gulag") tun ihr Übriges: Angeblich beherrschten „Russenbanden" den Drogenhandel in den Gefängnissen und würden ein „böses Regiment" führen. Sexualstraftäter würden „im Extremfall einen Mädchennamen erhalten".

Zurück zu Herrn G., der sich erfolgreich gegen die Verfügung der JVA, nur noch in Deutsch Briefe zu schreiben, wehrte. Am 14.03.2008 (Az. 151 StVK 169/07) entschied das Landgericht Karlsruhe, dass diese Anordnung die Rechte von Herrn G. verletze, mithin rechtswidrig sei.

Einige Monate lang beachtete die Gefängnisleitung diese Gerichtsentscheidung, um dann – ohne Begründung – am 18. Juli 2008 in ihr altes, als rechtswidrig eingestuftes Verhalten zurück zu fallen. Der Beamte konfiszierte einen Brief der Freundin des Herrn G., da dieser in russischer Sprache abgefasst sei.
Von Herrn G. mit dem Beschluss vom 14.03.2008 konfrontiert, meinte der diensthabende Bereichsdienstleiter, dass ihn dieser Beschluss nicht interessiere, der Brief bleibe eingezogen und werde ihm nicht ausgehändigt. Er dürfe nur in deutscher Sprache Briefe erhalten und schreiben.

Nun klagt Herr G. erneut bei der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts – und wird gewinnen.

nen ist schwierig wegen der Zensur. Dass es krasse Verschärfung diesbezüglich gegeben hat, wird deutlich an den besonders Exponierten:
Pit Scherzl läßt seine Post an eine Adresse nach draußen schicken, sie wird dann von einem Freund wöchentlich per Einschreiben an Pit in den Knast geschickt, da sonst zuviele Postsendungen verschwinden.
-"Meine Post wird bereits seit Mitte 2005 durch Sicherheit und Ordnung (S&O) kontrolliert. In den vergangenen 3 1/2 Wochen verstößt Frau Holtmann (S&O) immens extrem gegen §30 Rn 2 StVollzG (unverzügliche Weiterleitung der Post!!!). Post, die ich am 30.06.2008 abgab zum Versenden, wurde erst am 03.07.2008 abgestempelt und kam somit 4 Tage später an! Aber das ist weiß Gott kein Einzelfall. So dauert meine Post seit einem Monat stets 2-4 Tage, wenn sie überhaupt ankommt. Auch die ankommende Post erhalte ich mit 2-4 Tagen Verzögerung. Eine Mitgefangene hat ihren Hauspostbrief von ihrem Verlobten ganze 21 Tage später erhalten. Ihr wird von einigen Beamten gesagt, wenn es mehr als 10 Seiten sind wird diese nicht befördert." (Nadine in einem Brief vom 29.7.) - Telefonieren können Gefangene im geschlossenen Vollzug im Prinzip nicht (außer bei dringenden persönlichen Angelegenheiten über die Sozialarbeiter/innen oder Pfarrer/innen).
- So wurde der letzte Mauerfall an diese

Gefangene ebenfalls von der Anstalt an mich zurück gesandt. Nicht ohne gründlich den Namen durchzustreichen um eine Rückverfolgung meinerseits um wen es sich handelt zu erschweren. - „Sogar eingetragene Anwälte werden auf Anordnung von S&O wieder ausgetragen." (Nadine)
- Zugang zum Internet (mailen) haben sie nicht.
- Einschüchterung bis hin zu einem neuen Verfahren:
Am Dienstag, den 16.9. wird es vor dem Amtsgericht Bielefeld zu einem Prozess gegen Nadine Triblan kommen. Pit Scherzl, Sprecher der (IvI), ist dort als Zeuge vorgeladen.
Nadine wird von der JVA Bielefeld unterstellt, sie habe versucht den Anstaltskaufmann Kuefelkamp, um 10 Briefmarken zu beklauen, obwohl damals Nadine sofort durchsucht und die Zelle gefilzt und keine Briefmarken gefunden wurden.
Pit machte mit diesem Kaufmann, als er in Bielfeld weggesperrt war, ebenfalls schlechte Erfahrung: „Mich hat diese Kaufmannstype mehrfach zu bescheissen versucht. Mal um 135 Stück, dann um 60, die fehlten. Und wegen 8 Cent, um die er mich nachweislich bescheissen wollte, mußte ich einen Anwalt einschalten. Erst dann hat er gezahlt und zudem die fette Rechnung des Anwalts."
Die Interessenvertretung Inhaftierter vermutet, da nicht der Kaufmann, sondern der Anstaltsleiter die Anzeige gestellt hat, ist es das Ziel, Nadine zu kriminalisieren.Ihr ist damals gesagt worden, falls es zu einer neuen Verurteilung käme, für sie wegen erneuten „Straftat, Unbelehrbarkeit und Gefahr für die Allgemeinheit" gegebenfalls die nachträgliche Sicherungsverwahrung in Betracht käme.
Wie sich solche Drohungen für Nadine auswirken können, kann sich jede und jeder auf Grund nicht nur wegen ihres angegriffenen Gesundheitszustandes gut vorstellen.

Welche Reaktionen gab es darauf?
Dass der Protest in den Medien kaum gespiegelt wurde, liegt sicher zunächst da

ran, dass die Weggesperrten sich nicht zensurfrei mitteilen können, dass sie gesellschaftlich kaum eine Lobby haben und deshalb auch bürgerliche und sogar relativ kritische Medien nicht für sie interessieren, es sei denn, des gäbe Tote oder Flucht zu vermelden oder was sonst aus dem Polizeiticker kommt. Etwas breitere Öffentlichkeit über die Zustände im Knast herzustellen ist für Gefangene und die wenigen Aktivist/inn/en draußen extrem schwer bis unmöglich.
Dass aufgrund von Definitionen und Bestimmungen Knäste auf Nachfrage manches leugnen kann, so dass auf Recherche „von beiden Seiten" angewiesene Presse deshalb Aussagen oft nicht verifizieren kann.
Es gab in 4 Städten (Berlin, Hamburg, Dresden und Köln) Öffentlichkeitsaktionen wie z.B. Knastkundgebungen. Der BV der RH hat sich mit dem Protest der Gefangenen solidarisiert .Laut Berliner Morgenpost vom 9.8. wurden in Oranienburg Lieferwagen angezündet und in einer Erklärung „auf den mehr als 500 Strafgefangene im Hungerstreik in deutschen Gefängnissen Bezug genommen."
Gefangene aus der Schweiz, Belgien und Spanien und ausländische Solidaritätsgruppen haben sich am Streik beteiligt oder unterstützt. In Kanada griffen laut Indymedia Anarchisten Polizeiautos mit Mollies an.
Die JVA bzw. die zuständigen Stellen ignorierten oder behaupteten, die über 500 Gefangenen in 49 Knästen seien nicht in Aktion getreten.

Kann die Aktion trotz des geringen Medieninteresses als Erfolg für die Gefangenen gelten?
Die Tatsache das die Aktionswoche drinnen und draußen zu einem mehr an Solidarität geführt hat ist ein Erfolg. Die Aktionswoche hat viele Menschen verbunden und nochmal etwas mehr Bewegung in die Thematik Knast und Strafe gebracht. Es ist eine erhöhte Aufmerksamkeit festzustellen.
Der Aufruf der Iv.I. lief über etliche Listen im Internet, auch über solche die gar nicht das Thema Knast als Schwerpunkt haben, er wurde in 6 Sprachen übersetzt, Nadine T., der die Protestwoche gewidmet war bekam sehr viel solidarische Post. Ihr Fall und die darauf folgende Aktionswoche haben drinnen wie draußen hohe Wellen geschlagen. Kürzlich meldete sich unter anderem auch ein Filmteam welches, wenn möglich, eine Reportage darüber machen möchte. Viele Menschen aus unterschiedlichen Städten haben während der Woche kooperiert und zusammen gearbeitet. Es war und ist Bewegung drin wie lange nicht, dies wird übrigens auch von vielen Gefangenen bestätigt und so gesehen.
Angesichts der Tatsache, dass sich in der bürgerlichen Presse überhaupt nur sehr selten eine realistisch-kritische Darstellung um den Strafvollzug wiederfindet, auch die Resonanz nicht so schlecht. Natürlich hätte es auch gerne wesentlich mehr sein können. Doch vielfach wurde in der Vergangenheit schlichtweg gar nicht berichtet.
Wir erinneren da z.B. an die Petition/Beschwerdeaktion der Iv.I. von über 330 Gefangenen in der JVA Bielefeld im September 2007. Diese ging an mehrere Dutzend offizielle Stellen, von der Menschenrecht skommision(CPT) und Amnesty International bis zur Strafvollstreckungskammer und den Justizministerien, von der ‚taz' und ‚Neues Deutschland' bis ‚Süddeutsche' und ‚Frankfurter Rundschau' undundund..., persönlich von allen Gefangenen unterzeichnet, Reaktion gleich null. Also ist dieses Mal schon eine klare Steigerung, eine erhöhte Aufmerksamkeit zu erkennen. Und wie die Iv.I. ja schon verlauten ließ, wird diese Aktionswoche jetzt nicht die letzte gewesen sein. Immerhin 3 Zeitungen berichteten. Das ND veröffentlichte sogar einen Kommentar dazu.
Hätte es den Widerstand der Gefangenen nicht gegeben, wäre das Medieninteresse gleich Null gewesen. So gesehen kann man, den Hungerprotest auf jeden Fall als Erfolg bewerten.

Netzwerk Freiheit für alle politische Gefangenen, Hamburg

und sich die Geschütze befanden.
Am 22. August wurden alle der Staatsanwaltschaft vorgeführt, welche ihnen drei Tage Zeit gab, um ihre Verteidigung zu organisieren, dann sollte über ihre eventuelle Untersuchungshaft entschieden werden. Sie sind nun mit neun Anklagepunkten konfrontiert - drei Verbrechen und sechs mindere Delikte. Nach dem Gerichtstermin wurden sie mit Hilfe zweier großer Elitetruppen der Polizei vor die Presse geführt, welche auf Bilder von Griechenlands meistgesuchtesten Kriminellen heißt war, und mit Stolz vorgezeigt. Der Alptraum eines jeden Systems, welches Gesetze, Kontrolle und Bestrafung den Menschen aufdrängt.

Update: Polikarpos und Vagelis haben als sie erneut der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurden, keine Aussagen gemacht, außer dass sie beim kommenden Prozess ein Statement verlesen werden. Die vierte Person, Asimakis Lazarides, hat seine Kooperation mit den Bullen bestätigt, deswegen und aufgrund der Verschwendung des erbeuteten Geldes in Kasinos, teure Autos und Prostituierte haben sich alle Leute von ihm entsolidarisiert.
Die anderen vier Personen sind die Familie von Giorgos Haralabidis, ein anderer berühmter Bankräuber, welcher gerade eine Strafe von 16 Jahren absitzt - drei hat er davon schon hinter sich - für das , was er macht: Banküberfälle. Er wird nun auch wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Entführung vorgeführt werden, währenddessen sein Knastaufenthalt nicht auf die 16jährige Strafe angerechnet wird.
Seine Familie wird beschuldigt eine niedrigere Rolle bei der Entführung gehabt zu haben und unglücklicherweise könnten sie dem Druck seitens der Bullen nach 24 Stunden Geheimsarrest nicht durchhalten und haben Aussagen gemacht. Der psychologische Druck war zu groß für sie und sie waren sich wahrscheinlich dem Risiko eines solcher Falles nicht sehr bewusst. Es bleibt unklar, ob sie auch für längere Zeit eingesperrt bleiben werden.
Palaiokostas wurde zum Knast in Korfu transportiert, welcher als einer der extremsten und brutalsten, sowie als einer von dem es am schwierigsten ist zu entfliehen, gilt.
Vagelis wurde nach Dokomos gebracht, Polikarpo nach Loaninna (Stavraki), wo zum Großteil Gefangene mit höheren Strafen sitzen.
Alle werden in U-Haft bleiben, welche in Griechenland bis zu 18 Monaten betragen kann, es ist unwahrscheinlich, dass sie mit niedrigen Urteilen wieder rauskommen werden, vor allem nicht Palaiokostas.
Die Polizei hat außerdem ein Haus in Peraia entdeckt, wo drei Millionen Euro und eine große Anzahl an Pistolen gefunden wurden..
Während beiden Anhörungen haben AnarchistInnen draußen vor dem Gericht ihre Solidarität gezeigt, indem sie Sprechchöre in Solidarität mit den drei Verhafteten gerufen haben.

Einige der Parolen:
„Polizisten, Schweine, Mörder!",
„Die Leidenscahft für die Freiheit ist stärker als alle Gefängnisse!"
„Politiker, Industrielle, Kapitalisten – Erhängungen und Entführungen werden kommen!"
„Hass, Hass, Hass, Klassenhass, Tritte und Schläge für jeden Ausbeuter!"

AnarchististInnen zeigen ihre Solidarität vor dem Gerichtsgebäude

in Form von finanzielle Unterstützung für Bildung, medizinische Behandlung und Schutz vor der Polizei gesorgt.
Innerhalb einer solche Realität, die beiden Brüder Vasilis und Nikos, und viele andere auch, welche in einer armen Familie aufwuchsen, konnten nocht länger die Ausbeutung und Unterdrückung von sich selber und an den Menschen in der Gesellschaft um sie herum ertragen. Deshalb haben sie ihre Leben in den letzten 30 Jahren als soziale Rebellen gelebt. Sie haben zahlreiche Banküberfälle, Autodiebstähle und Fluchten aus dem Knast hinter sich, haben allerdings nie schicke Klamotten getragen, teure Autos gefahren oder in Luxushäusern gelebt. Tatsächlich haben sie einmal das Geld zurück auf den Boden der Bank geworfen, weil es zu wenig für die Sache, für die sie es brauchten, war.
Alles wurde immer dorthin gesendet, wo es gebrauchen wurde und mit den Leuten, die ihnen Schutz geboten und niemals ein Wort gegenüber der Polizei über sie ausgesprochen haben, verteilt. Innerhalb dieser ganzen Jahren haben sie immer im Untergrund gelebt. Von Zeit zu Zeit wurden sie von der Polizei gefunden, was dann zu einer Flucht in einem gestohlenem Auto oder unglücklicherweise zu einer Zeit im Knast führte. Allerdings sind sie immer wieder geflüchtet mit Hilfe des anderen.
Durch den 80igern führten sie eine Vielzahl von Banküberfällen durch, bis zu dem Zeitpunkt an dem Nikos 1988 im Knast landete. Aber nach nur ein paar Tagen wurde er von seinem Bruder wieder befreit, indem dieser ein Seil über die Knastmauer geworfen hatte.
Zwei Jahren später im Februar 1990 wurde Nikos erneut verhaftet. Einen Monat später wurde auch Vasilis zusammen mit ein Kumpel verhaftet, als er versuchte seinen Bruder zu befreien. Dies war das einzigste Mal, wo beide gleichzeitig im Knast saßen. Im Dezember 1990 schaffte es Nikos aus dem Korydallos Knast in Athen zu flüchten, während ein großer Knastaufstand stattfand. Die Polizei suchte die nächsten 16 Jahre nach ihn, bis er 2006 nach einem Verkehrsunfall endgültig verhaftet wird. Seitdem war er nicht mehr draußen.
1991 schaffte es Vasilis aus dem Halkida Knast zu flüchten. Er raubte 1992 eine Bank aus und im Jahr 1995 vollzogen beide zusammen einen Banküberfall in Athen. Im Dezember 1995 werden beiden beschuldigt den Präsidenter der „Halvas"-Fabrik, Haitoglou, entführt zu haben. Angeblich haben sie ihn nach vier Tage und der Zahlung von 750.000 Euro Lösegeld laufen lassen. Der Innenminister erließ einen Haftbefehl, welcher im Fernsehen, Radio und auf Plakate veröffentlicht wird, inkl. ihren Bildern und einer Belohnung in der Höhe von genau 750.000 Euro.
1996 wurde Vasilis von der Polizei in Korfu ausfindig gemacht, aber mit Hilfe eines Autos schafft er es von ihnen zu flüchten. Zwei Jahre später findet eine ähnliche Situation im Yanitsa statt und nochmal im Mai 1999. Nikos gelingt ein spektakulärer Ausbruch mittels eines Hubschraubers im Jahr 2003. Mit Hilfe eines Fahrrades raubt Nikos 2006 Nikos eine Bank in Veria aus. Seine Flucht wird garantiert, weil die gesamte Polizei mit dem Schutz des Präsidenten, welcher gerade einen Besuch in den Straßen Verias abhält, beschäftigt ist. Im September 2006 wird er bei einen Autounfall erneut verhaftet, nach vielen Jahren in einem Leben flüchtend und sich versteckend.

Die Polizei fand die Identität und die Aufenthaltsorte nur durch die vierte Person heraus. Dieser hatte große Summen des Geldes in teure Autos auf Kreta ausgegeben, außerdem hatte Georgos Mylonas der Polizei erklärt, dass während der Entführung er sehr oft das Fliegen von Flugzeugen gehört habe. Durch die Verhaftung des Mannes auf Kreta fand die Polizei heraus, dass dieser ein Haus in Souroti, eine ruhige Gegend in der Nähe von Thessaloniki, unweit des Flughafens, gemietet hatte. Die Polizei erzählte davon, das sie das Haus mit 14 Spezialpolizisten und zehn Zivilbullen (es ist sehr wahrscheinlich, dass es aber wesentlich mehr waren) umzingelt hätten. Vasilis und Polikarpos wurden dort verhaftet, wo auch Mylonas festgehalten wurden

„LEGAL, ILLEGAL, Scheissegal"

13 Juli. Aachen. Deutschland

"Los ideales anarquistas son sendas de humanidad: unen para un designio común a los hombres más distintos y distantes. Y nosotros somos eso. Y por eso en nuestras letras hay barros de todas las intemperies. Y cuestas y encajaduras propias de todas las marchas en línea recta. Y polvaredas también: las que levantan los perros que nos salen a ladrar..."
Rodolfo González Pacheco

GefährtInnen die ich zu meinen intimen FreundInnenkreis zähle, meinen dass mein letzter Text, "Über Zwangsarbeit und andere Rechte", ziemlich "zweideutig" in Bezug zum Thema um und über Rechte war. Es wäre gut gewesen, wenn dieser konkreter (eindeutiger) und weniger Ironisch wäre, denn das was ich schrieb, könne zu falschen Interpretationen führen im Sinne einer positiven Bewertung von Rechten und reformistischen Kämpfen...

(...)

In vielen Fällen habe ich den Eindruck dass der Begriff "ReformistIn" und/oder "GewährleisterIn" missbraucht wird, um sich von der Solidarität und Unterstützung mit Denen die kämpfen und deren eigenem Kampf zu distanzieren und abzulehnen (wenn nicht gar sofort beleidigt wird) , vor allem in Relation mit Gefangenen (seien sie politische oder soziale) und den Initiativen/Spannungen welche sie innerhalb der Gefängnisse unter den Bedinungen der Einschließung (nicht auf der Strasse und unter diesen Lebens-Bedinungen) führen, oder die eigene Isolation ignorieren im Zusammenhang mit den Kämpfen eben dort wo sie sich entwickeln (sei es im Knast, im Ghetto, etc.).

Wie sollen wir Gefängnisse verstehen? Als das Ende das jedeR RebellIn, RevolutionärIn und ProletarierIn akzeptieren soll nachdem sie/er all ihre/seine Freiheit verloren hat, aufgrund ihrer/seiner Aktivitäten/Kämpfe (politische, existenzielle und/oder materielle) /Bedürfnisse gegen das kapitalistische System und deren politische, soziale, juristische und wirtschftliche Ordnung? Hört denn die Ungerechtigkeit, die Ausbeutung , der Missbrauch im Gefängnis auf? Soll der/die Gefangene "nur" stoisch all den schiedsrichterischen und despotischen Folterungen und Auflagen der SchließerInnen widerstehen und darauf verzichten sich mit allen Mitteln dagegen zu verteidigen (seien diese "auch" legal)?
Nehmen wir als Beispiel, dass die SchließerInnen dich zusammenschlagen (oder sie schlagen und foltern dich regelmäßig) oder dass sie deine Post/Lektüre zurückhalten und verschwinden lassen; oder dass sie dich Jahre lang in einer totalen Isolation halten, oder dass sie dir deinen Verkehr mit den Menschen die du liebst verweigern, oder dass sie dich dauernd in andere Gefängnisse verlegen um dich letztendlich zu deassozieren, depersonalisieren, desozialisieren, etc.; um nur einige Beispiele zu nennen (welche ich persönlich seit 24 Jahren litt/leide) und dass alles trotz der ganzen "Rechte" auf diese Dingen... Sollen deshalb die Gefangenen auf einen legalen Weg und Rechte verzichten, weil das reformistisch und nicht radikal ist?
Wenn wir diese wenigen Beispiele in Betracht ziehen (und im Gefängnis sind sie alltägliches Brot), können wir deshalb die Gefangenen als ReformistInnen bezeichnen (die es ausserdem besser als sonst jemand wissen, die Opfer und Geisel der bürgerlichen Rechte und Legalität sind) weil sie sich mit einem Kulli "bewaffnen", um diese Sachen aufzuzeigen und sich in Hoffnung wiegen (ich sage dass weil Gefangene nur aus dem Grund dass sie eben diese sind, aufgehört haben "RechtsbürgerInnen" zu sein und weil niemanden, nicht mal vielen "AnarchistInnen" die Rechte und das Leben der Gefangenen und deren Familien interessieren) das "Glück" zu haben eine/n "AmtsträgerIn" zu finden, welche/r sich entscheidet ihnen die bescheuersten Rechte zu geben um Briefwechsel, Besuche ha

ben zu können und Isolation einzustellen, Entlassung weil die Haft schon abgesessen wurde oder weil es ihnen nach einen gewissen "Recht" zusteht, auf Grund von Krankheit rauszukommen etc, etc. Und da sie diese "Rechte" nicht immer (oder fast nie) bekommen, sind Gefangene, wie ich schon sagte, keine RechtsbürgerInnen???

Wie viele "Rechte" auch immer Gefangene oder "BürgerInnen" theoretisch haben, Garantien für deren Einhaltung gibt es nicht...
Nun denn... es sind nicht die Rechte oder Gesetzte für die AnarchistInnen kämpfen, da AnarchistInnen den Unterschied zwischen Freiheit und Rechten genau kennen, aber etwas was so offensichtlich für AnarchistInnen ist, muß nicht so offensichtlich für eine "normale" Person, Gefangene, Arme oder den Bengeln aus dem Ghetto sein etc. Da ich, bevor ich Anarchist wurde, ein Proletarier war, ein Bengel aus dem Viertel, ein "gewöhnlicher Verbrecher" (und tausend Sachen mehr), bis ich zu dem wurde, der ich heute bin, könnt ihr sicher sein, dass ich all mein Wissen und meine Erfahrungen in Dienste derjenigen stellen werde, die gegen das System rebellieren, um ihren eigenen Kampf gegen dieses führen zu können.

AnarchistInnen werden nicht geboren, sie werden gemacht... AnarchistInnen benutzen alle handgreiflichen Waffen um dieses Scheiß System anzugreifen und zu zerstören, seien diese "legal " oder "illegal".
Eine Sache können sich diejenigen die auf die eine oder die andere Weise dem Staat und seinen Institutionen, seinen Gesetzten und Doktrinen dienen, merken, in mir habt ihr euren schlimmsten Feind, weil ich euch mit meinen ganzen Herzen verachte.

(...)

Vielleicht lohnt es sich noch aufzuklären, dass ich zu dem Hungerstreik/Protest, den wir im August machen, sozusagen eingeladen wurde, denn ich gehöre nicht zu der Gefangenengruppe Iv.I (Interessenvertretung Inhaftierter)... So gesehen, verstehe ich mich nicht als Jemand der "über" oder "vor" den gefangenen GefährtInnen steht, um sie zu belehren und noch weniger um sie zu "führen". Insgesamt begleite ich sie in ihrer "Arbeit" und auf ihrem Weg , teile mit ihnen meine eigenen Erfahrungen, um sie (falls sie fähig sind) in ihren Vorhaben einige Schritte nach vorne zu bringen, um nicht dieselben "Fehler" zu machen, welche ich und andere GefährtInnen sowohl in der Zeit mit der COPEL als auch mit der APRE oder während der letzten kollektiven Erfahrungen zwischen 1999 und 2003 machten...

Solidarisch mit diversen sozialen Kämpfen zu sein (sowohl auf nationalen als auch internationalen Ebenen) ist immer eine Frage der Bewertung jedes Individuums welches sich vornimmt von eigenen Erfahrungen, Affinitäten und Wünschen auszugehen.
Wenn Mensch mit diesen Kämpfen solidarisch ist, geht es nicht um seine eigenen Interessen und Anschauungen, egal welcher Art (noch weniger wenn er "AnarchistIn" ist)... Es ist eine Frage der Liebe, der Anbindung und nicht, die Autonomie seiner eigenen Kämpfe darüber zu stellen, deren Formen der Organisation bzw. der eigenen KämpferInnen darüber zu erheben... so zumindest verstehe ich es.

So oft wurde schon gesagt , dass solidarisch sein nicht bedeutet, hundert prozentig mit allem einverstanden zu sein... Diejenigen die die Solidarität als eine "politische Berechnung" sehen und nicht als ein Akt der Liebe und der subversiven MittäterInnenschaft, verstehen Solidarität nicht so wie ich sie verstehe.

(...)

Von den bis jetzt 478 Gefangenen, die vom ersten bis zum siebten August im Hungerstreik sein werden (so weit ich weiß), sind nur José und ich Anarchisten.
Wer sind wir um ihnen zu sagen wie sie sich zu organisieren und kämpfen zu haben? Glaubt ihr nicht GefährtInnen (wir

Verhaftungen in Griechenland nach Entführung

Am 20. August wurden vier Personen in Griechenland verhaftet mit dem Vorwurf der Entführung, bei welcher auch hohes Lösegeld gezahlt wurde. Die Verhafteten sind Polikarpos Georgiadis, Vasilis Palaiokostas, Vagelis Hrisohoides und eine vierte Person, von welcher sich die anderen distanziert haben aufgrund seines Verhaltens.
Am 21. wurden vier weitere Personen verhaftet, weil sie eine untergeordnete Rolle bei der Entführung gehabt haben sollen.
Die Person, welche entführt wurde, ist Georgos Mylonas, der Chef der Union der Schwerindustriebesitzer (Arbeitgebergewerkschaft). Er sorgte vor nicht all zu langer Zeit für Aufregung, indem er längere und härtere Arbeitszeiten in den Fabriken befürwortet hatte. Er wurde nach einer Zahlung von 10 Millionen Euro wieder freigelassen, welche von seiner Ehefrau arrangiert wurden.
Die Medien und die Polizei behaupten das Geld hätte dem Ziel gedient Nikos Palaiokostas, Vasilis's Bruder, aus dem Knast zu befreien. Bilder in der bürgerlichen Presse zeigen eine große Anzahl von Munition, Kalashnikovs, einer Panzerfaust, Sprengstoff, kugelsicheren Westen und Anzüge der Feuerwehr, welche bei der Verhaftung gefunden worden sind. Über die Menge des gefundenen Geldes gibt es jeden Tag eine neue Geschichte. Der Polizei sagt, dass ein Großteil der Scheine markiert war und in über 150 verschiedenen Lokalitäten gefunden.

Auf dem Weg zur Staatsanwaltschaft

Der Geschichte und die Traditionen von Vagelis, Vasilis und Polikarpos in diesem Fall, genauso wie die von viele anderen Schlägen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen, sind wichtig um den Kontext dieser Entführung – und der soziale Rebellion innerhalb der alltäglichen Realität - zu verstehen.
Polikarpos und Vagelis sind seit Jahren beliebte Genossen in der anarchistischen Szene und waren sehr aktiv. Polikarpos wurde erstmals am 16. April 2004 ins Gefängnis gesteckt, weil er versucht hatte mittels eines Zeitzünders ein Fahrzeug einer Sicherheitsfirma gehörte in Brand zu stecken. Daraufhin versuchte die Polizei ihn wegen versuchter Brandstiftung und Besitz von Sprengstoff anzuklagen, aber sie konnten nichts beweisen. Er saß ein Jahr in Untersuchungshaft, wurde für schuldig erklärt, kam aber frei, weil das Urteil ein Jahr Knast war und er dieses schon abgesessen hatte.
Während seines Knastaufenthalts lernte er Vasilis kennen. Die bürgerlichen Medien beschuldigt ihn zu dieser Zeit außerdem ein Bankräuber zu sein, dies passt es ihnen heutzutage gut, um zu deklarieren, dass Vasilis „Polikarpos ausgewählte, um sich an der Verschwörung zur Befreiung seines Bruders Nikos zu beteiligen". Diese zwei Brüder sind seit Jahrzehnte berühmte „Legenden" in Griechenland.

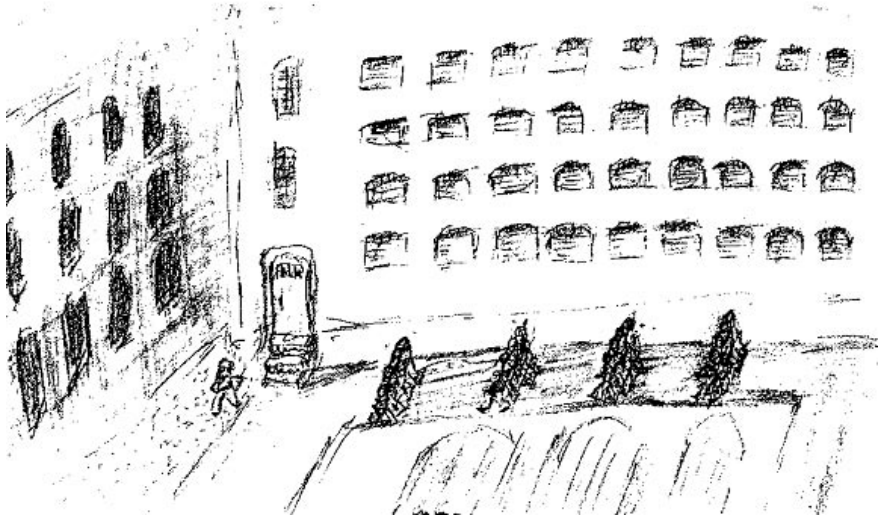
Seit dem Zerfall des Ottomanischen Imperiums im Jahr 1821 hat Griechenland hat eine populäre und große Tradition von sozialen und proletarischen Räubereien als Antwort auf Ausbeutung und Armut. Diese Leute holen das Geld zurück aus den Händen der Reichen, Obrigkeiten, Ausbeuter, und gewöhnlich verstecken sie sich in den Dörfern. Auch durch die Hilfe der Menschen von dort, welche jegliche Kooperation mit der Polizei ablehnen und Schutz vor den Obrigkeiten bieten. Die Rebellen hatten immer gute Verbindungen zu den Menschen und haben immer für die Ge-

Aber wenn wir weiter nichts tun, wird uns diese zerstören.
Wir sind wie leblos! Wir können nur kämpfen, deshalb, verdammt nochmal, lasst uns kämpfen! Worauf warten wir noch?
Wir haben nur diese Tage und dies sind die letzten, die uns übrig bleiben.
Lasst sie uns, um ein Ende der Strafe zu erreichen, nutzen.
Wir sollten nicht auf die Politiker zählen, denn für sie sind wir nur austauschbar, um Wahlergebnisse von der Öffentlichkeit zu bekommen.
Vor ein paar Tagen kam die Aussage, dass sie den folterischen 41bis (Anm. d. Ü.: Hochsicherheitstrakt Italiens) beschränken wollen.
Aber was wollen sie noch beschränken? Nun, nach vielen Jahren in einem solchen Regime, sind die Gefangenen, welche diesem ausgesetzt waren, keine Menschen mehr, sondern lebende Tote, welche nicht mal die Kraft dazu besitzen, sich gegen ihre Folterknechte zur Wehr zusetzen.
Lasst uns nicht auf die Überwachungsrichter zählen. Diese haben Angst von Politkern attackiert zu werden und den Konsens innerhalb der öffentlichen Meinung zu verlieren.
Lasst uns nicht auf die ErzieherInnen, die Direktoren oder SozialarbeiterInnen zählen. In den meisten Fällen sehen sie uns nur als Ursprung ihrer Löhne.
Lasst uns nur auf uns zählen. Lass uns auf die Lebenslänglichen zählen.

Was tun?

Alles mögliche. Es reicht etwas zu machen anstatt gar nichts!
Lasst uns auswählen, Hoffnung zu haben.
Am 1. Dezember diesen Jahres, mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit, wird in jedem Knast ein großer Hungerstreik beginnen, um eine Stellungnahme des europäisches Parlaments zur Abschaffung des lebenslänglich zu fordern.
Die Lebenslänglichen, die sich entscheiden werden, für ein Ende ihrer Strafe zu kämpfen und diejenigen, die eine Beschwerde für die Abschaffung des lebenslänglich bei dem europäischen Gerichtshof eingereicht haben, sollen ihre Beteiligung bei der Assoziation Pantagruel, Tavantti 20, 50134, Firenze, ankündigen. Ihre Website ist www.informacarcere.it, sie wird von draußen vertreten und euch ein Beteiligungsformular schicken.

Die Lebenslänglichen im Kampf aus Spoleto, August 2008



sollten in Betracht ziehen, dass dieser Hungerstreik-Protest in der BRD historisch ist, im Sinne dass es zum ersten Mal sein wird, dass sich soziale Gefangene selber organisieren), dass wir, anstatt ihren reformistischen/legalistischen/gewährleistenen Charakter erbarmungslos zu kritisieren, uns alle bereichern, indem wir alle was dazu legen, indem wir mit ihnen unsere Reflexionen, Erfahrungen auf diesem Gebiet (wie die Gefängniskämpfe in Spanien, Belgien, Italien...) teilen und versuchen so ihr eigenes politisches und revolutionäres Bewusstsein zu erhöhen?
Was unterscheidet uns von den "Anderen" wenn wir nicht fähig sind, solidarisch (jedeR Einzelne sowie er/sie es am angebrachtesten sieht) mit Denen zu sein die gegen die Hydra rebellieren welche uns alle unterdrückt ,wenn wir ihnen nicht den Reichtum und die Werkzeuge unserer Ideale und deren Geschichte zeigen um sie damit machen zu lassen was sie wollen?

Wahr ist es, dass wir kritisch sein müssen (als SelbstkritkerInnen) mit allen Sachen und Fragen welche wir konträr finden, unserer Art und Weise das Leben, den Kampf , die organisatorischen Formen und die Beziehungen unter uns zu verstehen. Kritisch sein heißt, mit unseren eigenen Argumenten begründen zu können ,dass auch ein kleines Kind versteht und nicht irgendeinen Scheiss Diskurs im akademischem Ton zu halten. Kritisch sein heißt nicht, respektlos oder beleidigend denen gegenüber zu sein, die wir als Unseresgleichen in der Rebellion verstehen...

Als Anarchist inspiriert mich nicht der Diskurs (mehr oder weniger radikal, mehr oder weniger "reformistisch", etc.) am meisten, welchen Einige schreiben/publizieren
(welcher nichts weiter ist als ein Spiegelbild einiger Ideen und Ideologien, der Kultur und oder Erfahrungen, Gesinnung, etc, ihrer AutorInnen) sondern der Kontext der Kämpfe, was diese verfolgen; ihre "ProtagonistInnen" und das subversive Potenzial der Kämpfe und Spannungen...

Ihr wisst dass Sachen in tausend verschiedenen Formen gesagt werden können, aber das was vermittelt werden soll, die Nachricht, ist dieselbe.

(...)

Ich nehme an es ist relativ bequem, von den konzeptionellen "Höhen" zu theoretisieren und zu kritisieren, fern von den Kämpfen, die "Unreinheiten" von Jenen zu sehen die ohne Handbücher und ProfessorInnen der "Revolution" rebellieren. Schwerer ist es das, worüber wir predigen und träumen, in die Praxis umzusetzen...

Nicht umsonst werden nicht die Ideen und Theorien am meisten bestraft und eingesperrt (zumindest nicht immer) sondern die Inkraftsetzung, Erprobung dieser...

(...)

Nach all dem muss ich noch klarmachen, dass es nicht die Mittel des Rechts und der Gesetzte sind, wie wir Gerechtigkeit, Freiheit, Würde, Gleichheit,... erreichen werden. Unsere Waffen und Werkzeuge sind die Solidarität, die gegenseitige Hilfe und gegenseitiges Lehren, die Direkte Aktion, die MitätterInnenschaft, die Liebe zu den Unseren und die Freiheit in all ihren Formen; die permanente Konstanz unserer Projekte, die Debatten, Mobilisierungen, etc... Also bitte, bleiben wir nicht "nur" bei einer oberflächlichen Kritik ,wie an dem Schreiben von Pit ,seinem Komunique vom 15.06.08; denn so wie wir die Sachen verstehen, gibt es viele Dinge welche wir an diesem Komunique kritsieren können...

Persönlich habe ich ihm einen Brief geschrieben (ich bezweifel, dass er ihn erhalten hat, da meine Post seit eineinhalb Monaten gesperrt ist) in dem ich die "hierarchische" Form der Vereinigung kritisiere, meine Meinung über RepräsentantInnen und das "Delegieren" der Aufgaben mitteile (letztendlich,dass hierarchische Organisationen Feinde der Freiheit, der Radikalität, der Spontanität und der Kreativität jedes

Kampfes/Projekts sind) und ihm sage wie eine nicht hierarchische, autonome, informelle, etc. Vereinigung "aufgebaut" werden kann.

Ich bin nicht gegen jede organisatorische Form, aber gegen jede Organisation mit hierarchischem Charakter welche über ihren Mitgliedern steht und für Diese die Richtung, die Form der Kämpfe, etc. entscheidet. Es sind die Individuen welche die Organisationen bilden und nicht die Organisation welche "diszipliniert", ersetzt und/oder ihre Mitglieder vertritt, weil so werden Kämpfe kontrolliert und geführt, denn so werden sie ungefährlich und für die Macht einverleibbar.

Durch unsere Erfahrungen, Lektüren und Praxis mittels der Affinität und dem gegenseitigem Wissen bauen wir ein Klima der MitätterInnenschaft und Netzwerke informeller Organisationen auf... Von unseren verschiedenen Herkünften und Erfahrungen schaffen wir unsere revolutionäre Kreativität ... Wir sind uns sicher, dass die Form uns zu organisieren (auch wenn wir keine Namen, Abkürzungen haben und von der Herrschaft nicht erkennbar sind) die natürlichste der Welt ist, weil sie keiner Abstraktion oder Hirnwichserei gehorcht, sondern durch unsere eigenen Formen und der Welt in der wir leben zu verstehen ist...

Unsere beste Theorie nehmen wir aus unseren Erfahrungen, welche durch unsere Wünsche nach Freiheit angespornt wird... wir werden von dieser keinen Dekalog oder Mode machen; niemand weiß es besser was für einen Platz er/sie in seinem/ihrem Leben/Existenz hat und was unsere Freiheit/Interessen/Wünsche attentiert...
Der soziale Krieg gibt jedem seinen Platz... ich weiß auf welcher Seite der Barrikade ich mich befinde und gegen Wen ich mit meinen Waffen ziele...

(...)

Jeder Kampf ist ein dynamischer Prozess welcher nicht statischen Gesetzen gehorcht, sondern Variablen... eine Spannung gegen das Existierende und die Herrschaft... wir wissen auch diejenigen zu erkennen, welche sich in diesem "anscheinenden Chaos" als Unseresgleichen bewegen oder ähnliche Wünsche teilen...

Wenn mir die Sprache für Etwas dient, ist es nicht um Ängste oder Elend auszulösen, sondern um unsere Überzeugung und Wünsche frei zu leben und zu verfestigen...
Auf diesem langen Marsch werden wir stärker und weiser und hinter uns lassen wir all die bestehende Schundware die versucht uns von Werten zu überzeugen, während sie im Sumpf leben und glauben alles mit der Prosa lösen zu können.
Dort wo der Feind angegriffen wird, breitet sich unser mittäterliches Lächeln, erhebt sich die aufständische Würde (egal ob individuell oder kollektiv), blüht und verbreitet sich die libertäre Hoffnung, denn es ist der Ort von wo wir unsere "Nitrate" fürs Weitergehen holen...

JedeR soll machen was er/sie für angemessen sieht...

Die Solidarität ist eine revolutionäre Waffe.

¡¡Nieder mit allen Mauern!! ¡¡ Es lebe die Anarchie!!

Gabriel

Anmerkung der Übersetzerinnen: dieser Text ist aus dem spanischen

Offener Brief der Lebenslänglichen im Knast Spoleto, Italien, an die anderen Lebenslänglichen

Letztes Jahr hatten 310 Lebenslängliche einen Brief an den Präsident der Republik geschrieben, um ihn zu bitten ihre lebenslängliche Strafe in Todesstrafe umzuwandeln. **Könnt ihr euch daran erinnern?**
Eine Antwort des Präsidenten kam noch nicht, allerdings während dessen haben sich sieben Lebenslängliche umgebracht, haben sich selber die Todesstrafe verhängt.
Der letzte, der lebenslängliche Giuseppe, wurde im Knast San Gimignano aufgehängt gefunden.
Wir sind 303 übrig.
Wer ist als nächstes dran?
Wieso noch länger warten?
Lass uns handeln!
Es ist nutzlos sich weiter zu fragen, welche andere Lebenslängliche sich morgen aufhängen wird.
Es könnte genau du sein.

Was tun?

Wenn wir im Schweigen weggehen, einer nach dem anderen, machen wir keinen Lärm.
Wieso dann nicht alle zusammen?
Wieso suchen wir uns nicht einen Termin aus an dem wir uns alle gemeinsam aufhängen?
Ich denke oft daran mich aufzuhängen, welcher Lebenslängliche hat nie daran gedacht?
Es sollte nicht schwierig sein, es reicht ein Bettlaken an den Gittern zu befestigen und es zu Ende bringen...
Wenn sie uns keine Hoffnung geben, wenn sie uns sagen, dass wir unwiederbringlich sind oder Monster, entweder kämpfen wir für unsere Freiheit (allerdings ernsthaft mit all unseren Kräften) oder lasst es uns lieber zu einem Ende kommen.
Gerade läuft im Parlament die Diskussion über eine mögliche Veränderung des Gozzinis-Gesetzes (Anm. d. Ü.: ein Gesetz, welches 1986 die Knastordnung reformierte und ähnlich wie in Deutschland Verbesserungsmaßnahme bei Kooperation und gutem Verhalten den Inhaftierten anbietet und definitiv einen großem Anteil an Vereinzelung und Entsolidarisierung unter den Gefangenen hat).
Wahrscheinlich, wird es bald keine Hoffnung mehr im Bezug auf dieses Gesetz geben, ein Gesetz, welches trotzdem eine zugänglich Realität für uns alle darstellte.
Das wird gut sein, dann werden wir uns nicht weiter Illusionen machen und sicherlich wissen, dass wir im Knast sterben werden.

Was tun?

Die einzigste Hoffnung für uns sind genau wir selber.
Die ehemaligen Lebenslänglichen hatten die reale Hoffnung auf einem Urlaub, offenen Vollzug, Bewährung, wir haben nicht mal diese, weil viele Lebenslänglich aufgrund von Mafiadelikten verurteilt wurden und deshalb keinen Zugang dazu haben.
Die Hoffnung gibt es für uns nicht, es ist unsere Aufgabe sie zu suchen, entweder im Kampf oder im Tod.

überwachung, Brief- und Email-Kontrolle, Observationen, Hausdurchsuchungen), werden v.a. linke Strukturen immer wieder ausgeforscht, in ihrer Arbeit blockiert und versucht einzuschüchtern. Dies betrifft u.a. auch AktivistInnen aus der Antifa-Bewegung und den Kampagnen gegen Gentechnik.
In Stuttgart-Stammheim läuft derzeit ein Prozess gegen fünf Linke aus der Türkei, denen die Mitgliedschaft in der DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/ Front) vorgeworfen wird. Hier wird zum ersten Mal der 2001 neu geschaffene §129b („Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung") gegen eine linke Organisation eingesetzt.

Die 129er-Paragraphen sind das Kernstück des politischen Strafrechts gegen Linke in der BRD. Sie dienen der Durchleuchtung und Einschüchterung außerparlamentarischer Bewegungen. Sie fokussieren aber vor allem jene, die die zugelassenen Areale politisch erwünschter Betätigung bewusst überschreiten.
Die radikale Ablehnung von Kriegspolitik, die Überzeugung, dass eine solidarische Weltordnung der Überwindung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems bedarf, sind Gründe, ins Visier der Ermittler zu geraten. Sich verdeckt zu organisieren (Vorsicht am Telefon, Verschlüsseln von Emails und Computerfestplatten, Achtsamkeit vor Observationen) - für viele politische AktivistInnen in Zeiten eines zunehmend repressiven Überwachungsstaates eine Frage der Würde, des Selbstschutzes und der puren Notwendigkeit für offensive Politik – gilt zugleich als Anfangsverdacht der Ermittlungen und Indiz der Anklage.

Wir rufen auf, den Prozess gegen Axel, Florian und Oliver aufmerksam zu verfolgen und aktiv solidarisch zu begleiten. Solidarität ist unsere Waffe, nutzen wir sie!

In anderen europäischen Ländern wurden AktivistInnen, die ebenfalls Kriegsmaterial zerstört hatten, von Gerichten freigesprochen, mit der Begründung, ihre Sabotageaktionen hätten dem Ziel gedient, weit schlimmere Taten als eine „Sachbeschädigung" zu verhindern.
Auch wir fordern einen Freispruch für Axel, Florian und Oliver.

Antimilitaristischer Widerstand ist notwendig und legitim. Nutzen wir das Verfahren für eine Verbreiterung der Auseinandersetzung um Antimilitarismus und selbstbestimmte Abrüstungsinitiativen.

Einstellung aller §§ 129a/b-Verfahren!
Abschaffung der §§ 129a/b!
Freispruch für Axel, Florian und Oliver!

Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren

Wir brauchen dringend Geld für die Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess! Spenden bitte überweisen an:
Rechtsanwalt Thomas Herzog, Postbank Essen BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 577 701 432, Verwendungszweck: Sonderkonto

Prozesstermine:
Prozesseröffnung 25.09.2008.
Weitere Prozesstermine: 1.10., 8.10., 9.10., 15.10., 16.10., 29.10., 30.10., 5.11, 6.11., 12.11, 13.11., 10.12., 11.12., 17.12., 18.12.2008, 7.1.2009.
Jeweils 9 Uhr,
Kriminalgericht Moabit, Turmstrasse 91, 10559 Berlin,
Saal 700 (wo etwa 50 Personen Platz finden).

Bericht der Solikundgebung in Hamburg

Bis zu 80 Personen (gezählt) haben in Hamburg am 05.08 eine Solidaritätskundgebung mit den Gefangenen im Hungerstreik durchgeführt.

Der Ort – gegenüber des U-Haft-Gebäudes am Holstenglacis – war so optimal wie das Wetter. Der Ort, der ein wenig „oberhalb" des bisher meist genutzten Ortes lag erwies sich auch darum als gut da er einen guten Blick auf die Knastfenster ermöglichte, so dass eine Kommunikation über die Mauer immerhin nicht durch fehlenden Blickkontakt unterbunden wurde.

Die Anlage war jedenfalls sehr laut und so auch hinter der Mauer zu hören. Zahlreiche Gefangene hörten von den Fenstern aus zu und kommunizierten mit Rufen und Winken mit einigen Teilnehmer_innen auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Anders als bei vergangenen Kundgebungen, gab es heute nur positive Rückmeldungen aus dem Knast.

Neben reichlich Musik gab es Redebeiträge in deutscher, türkischer, russischer und albanischer Sprache, die neben der Stellungnahme der Interessenvertretung Inhaftierter und der Solierklärung von Gabriel Pombo da Silva (beide sind auf der Seite von ABC Berlin zu finden) auch auf die Lage verschiedener politischer Gefangener einging. Ausserdem wurde auf den aktuellen 129b-Prozess in Stammheim hingewiesen und immer wieder kurz der Hungerstreik erwähnt.
Auch Sprechchöre, die teilweise von beiden Seiten der Mauer gleichzeitig gerufen wurden, waren zu hören – In den Pausen zwischen Musik und Beiträgen.

Nach dem Ende der Kundgebung kam es noch zu nervigen aber harmlosen Diskussionen mit verschiedenen Schergen, die unbedingt verhindern wollte, dass Leute über die Mauer hinüber riefen und sich zum Beispiel verabschiedeten. Das sei verboten. Alles in allem war die Kundgebung ein Erfolg und konnte ohne wesentliche Störung, der im übrigen personell sehr schwach vertretenen Schergen durchgeführt werden.

„Knast & Justiz" auf FSK

Immer für eine Stunde gibt es Freitags ab 19 Uhr die AntiKnast / AntiRepressions-Radiosendung „Knast und Justiz" auf FSK(Freie-Sender-Kombinat).

Für alles die nicht in HH wohnen kann mensch auch FSK im Internet hören.

Hier die Termine:
Fr, 05.09.08 19:00-20:00 Knast & Justiz
Fr, 12.09.08 19:00-20:00 Knast & Justiz
Fr, 19.09.08 19:00-20:00 Knast & Justiz
Fr, 26.09.08 19:00-20:00 Knast & Justiz
Do, 02.10.08 19:00-20:00 Knast & Justiz

www.fsk-hh.org

Amadeu Casellas Ramón beendet Hungerstreik

Deklaration zur Beendigung des Hungerstreiks

Gestern, am 5.09.08 um 14:30 habe ich mich entschieden, den Hungerstreik zu beenden.
Diesen habe ich seit dem 22.06.08 geführt. Beendet habe ich ihn nachdem ich mit der Sindic de Greuges von Katalonien (offizielle Stelle für die Verteidigung der Zivilrechte) verhandelt habe, konkret mit der Person Ignasi Garcia I Clavel, dem Direktor für öffentliche Sicherheit und soziale Ordnung.
Auch aufgrund meines Gesundheitszustandes habe ich aufgehört.

Ich möchte mich bei euch allen, wegen eurer Unterstützung bedanken, weil ich weiß, dass es ohne diese unmöglich gewesen wäre einen Deal zu erreichen.
Ich möchte auch mich bei meiner Mutter bedanken und speziell bei meiner Anwaltin, weil selbst wenn sie krank gewesen ist, immer für mich da war, zusammen mit meiner Freundin.
Ich möchte mich auch bei der CNT und im speziellen bei der CNT-Manresa, bei welcher ich Mitglied bin, bedanken.
Ich bin auch der Unterstützungsplatform aus Osona sehr dankbar. An meine FreundInnen, Maulets aus Vic und meinen Cousin (...) und an alle Organisationen für Menschenrechte und gegen Folter, an meine GenossInnen, an die anarchistischen Gruppen aus Spanien und weltweit, an all die Leute, welche mir eine Postkarte oder einen Brief geschrieben haben, weil es mir die Kraft gegeben hat, weiter zumachen.
Ich werde diese Liste nicht endlos führen, allerdings möchte ich mich bei euch allen bedanken, wegen eurer Unterstützung und Solidarität, weil sie den Deal mit der Sindic de Greuges ermöglicht hat.
Ich muss auch sagen, dass ich viel Hoffnung in die Sindic habe, weil wir uns schon lange kennen.

Ich hoffe, innerhalb kurzer Zeit werden wir alle meine Entlassung zelebrieren können.
Wie ihr euch wahrscheinlich schon denken könnt, muss ich erstmal eine Weile im Krankenhaus bleiben.

Dann werde ich versuchen euch zu informieren durch meine Verbündeten, FreundInnen oder selbstständig.

Salud y Anarquia

Amadeu

Zur Geschichte von Amadeu - nach 50 Tagen im Streik

Im vergangenen April begann er einen Hungerstreik, den er nach Versprechungen des Gefängnisdirektors, sich für eine Überprüfung seiner Haftzeit einzusetzen, nach einer Woche abbrach. Die Versprechungen des Direktors wurden nicht erfüllt...
Seit dem 22.Juni befindet sich Amadeu erneut im Hungerstreik, diesesmal will er bis zur letzten Konsequenz gehen: *„Freiheit oder Tod, es gibt keinen anderen Ausweg!*", schrieb er am 18.Juli in einem Communiqué aus der Krankenstation des „Quatre Camins"-Knastes in Granollers (bei Barcelona).
Sein Protest richtet sich gegen die Behandlungs-Teams, im besonderen gegen jenes des Moduls III im „Quatre Camins", welches Informationsblätter fälschte bzw. Nicht oder zu spät weitergab und den Gefangenen die Rechte verweigert, ebenfalls gegen die minimalen Möglichkeiten, die Erlaubnis für Freigänge, Verlegung in den

Aufruf anlässlich des Prozesses gegen Axel, Florian und Oliver

Linke Politik verteidigen!
Solidarität mit allen AntimilitaristInnen!

Am 25. September soll der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver vor dem Berliner Kammergericht beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, Ende Juli 2007 versucht zu haben, auf dem nachts menschenleeren Gelände der MAN AG in Brandenburg (Havel) drei Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden.

Als KriegsgegnerInnen und AntimilitaristInnen sehen wir im Unschädlichmachen von Kriegsmaterial – und um nichts anderes handelt es sich bei Bundeswehr-Lkws, spätestens seit Deutschland sich an Angriffskriegen beteiligt – eine konkrete Abrüstungsinitiative. Einer solchen Aktion gilt unsere Solidarität! Es gibt viel zu viele Bundeswehrfahrzeuge!

Seit dem Ende des „kalten Krieges" folgt dem Gleichgewicht des Schreckens ein Schrecken ohne Ende: permanenter Krieg an allen Fronten. Mal als „humanitäre Intervention" im Namen der Menschenrechte, mal als „Krieg gegen den Terror" verkauft, wird die nun nicht mehr durch die Systemkonkurrenz ausgebremste kapitalistische Weltordnung polizeilich und militärisch ausgebaut. Und die BRD mischt kräftig mit, unter anderem in Afghanistan. Wir wehren uns gegen eine solche Politik, die unverhohlen und zunehmend selbstherrlicher auf die militärische Karte setzt, um ökonomische Dominanz und politische Großmachtambitionen durchzusetzen.

Gegen die stetige Militarisierung der Gesellschaft setzen wir auf praktischen Antimilitarismus von unten. Proteste gegen die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehrmandates in Afghanistan sind ein notwendiger Bestandteil, auch wenn es uns um den vollständigen Abzug aller Truppen geht. Und um noch viel mehr: tagtäglich erleben wir auch hier im globalen Norden die Folgen einer militarisierten Politik. Dem Krieg nach außen entspricht der Krieg nach innen: Rüstungsausgaben statt Sozialpolitik, Ausbau der Festung Europa gegen Flüchtlinge, militärische Sperranlagen und Tornado-Einsatz statt Absage eines unpopulären G8-Gipfels in Heiligendamm, Abbau von BürgerInnenrechten. zunehmende elektronische Überwachungsmaßnahmen und Ausbau von Gefängnissen. Diese Situation fordert einen Antimilitarismus auf vielen Ebenen: als kritische Stimme vor Parlamentsdebatten, als alltäglichen Widerstand gegen den sozialen Angriff, als praktische Intervention gegen militärische Infrastruktur und Rüstungsprofiteure...

Die BRD führt Kriege und dabei will sie sich nicht stören lassen. Entsprechend sollen KriegsgegnerInnen „mit der ganzen Härte des Gesetzes" bestraft werden.
Axel, Florian und Oliver werden nicht allein wegen einer versuchten Brandstiftung vor Gericht stehen, ihnen wird außerdem die Mitgliedschaft in der mg (Militante Gruppe) vorgeworfen.
Ins Visier der BKA-Überwachung gerieten die drei aufgrund des Kontakts zu einer Gruppe politisch aktiver Wissenschaftler, die gleichfalls der Mitgliedschaft in der mg verdächtigt werden. Die mg beteiligte sich seit 2001 an Debatten um Theorie und Praxis militanter Politik und hat sich zu über 20 Aktionen bekannt, u..a. auf Konzerngebäude, Polizei-und Bundeswehrfahrzeuge. Mit ihren Texten und Aktionen griff sie zahlreiche Themen der Linken auf: NS-Zwangsarbeiterentschädigung, Hartz IV, Lohnraub und Entlassungen, Abbau von Gewerkschaftsrechten, Abschiebungen und das tödliche Schicksal von Flüchtlingen, politische Gefangene, staatliche Repression, imperialistische Kriege.

Seit Jahren fahndet das BKA erfolglos nach Mitgliedern der mg auf der Grundlage des §129a und 129 (Bildung einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung), der schärfsten Waffe des Staates gegen politische GegnerInnen. Mithilfe des §129a , der den Behörden ein umfassendes Ermittlungsarsenal zur Verfügung stellt (Telefon

Mainz – eben herhalten. Am ersten Vernehmungstag beschimpfte er die Angeklagten als „ehrlose Vaterlandsverräter" und bezeichnete sich als ihren „Feind". Seinen Beruf gab er mit „Krieger" an. Seine Geheimdienstmitarbeit leugnet er aber bisher, trotz erdrückender Belege. Nun hat der Stammheimer Prozessbunker schon manchen Kronzeugen gesehen, aber solche Dreistigkeit selten. Auf ihn eine Verurteilung aufzubauen, wäre schon ein Stück aus dem juristischen Tollhaus.

RH: *Der Prozeß wird sich noch über viele Wochen hinziehen. Ist schon ein Prozeßende abzusehen?*

JS: *Nein.*

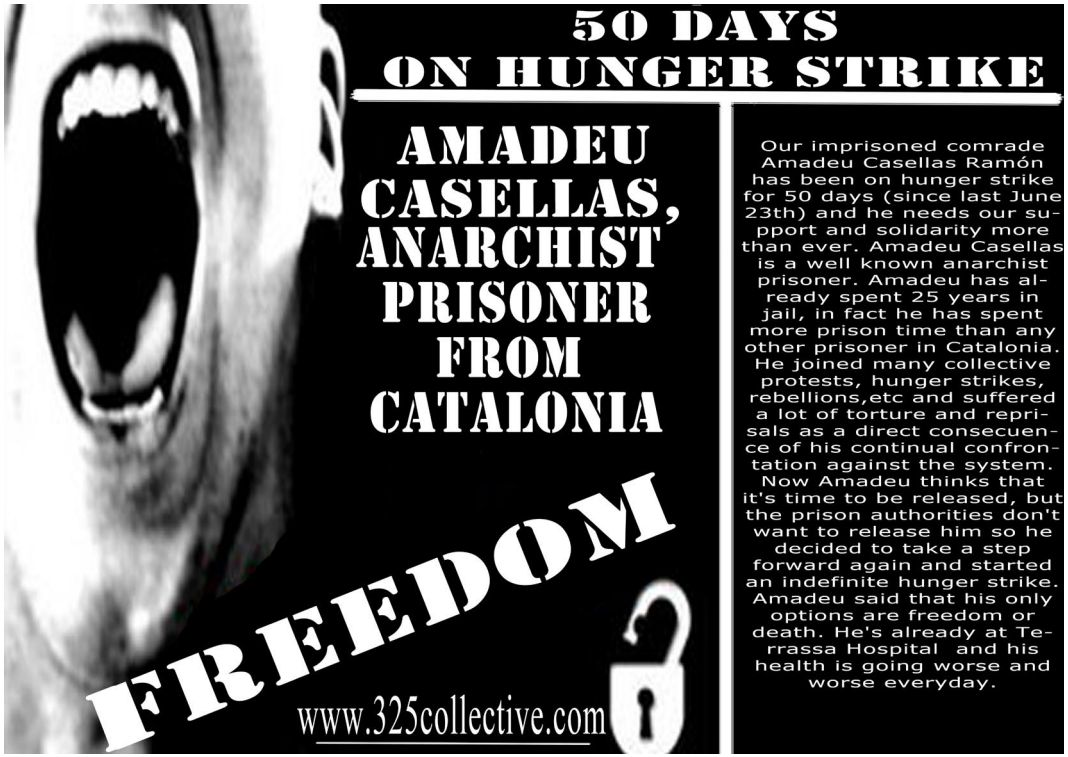
RH: *Wir haben jetzt viel über den laufenden Prozeß und die Situation der Gefangenen geredet. Was kann jetzt jede Leserin und jeder Leser konkret tun, um die Gefangenen in ihrem Verfahren zu unterstützen?*

JS: *Ins Internet gucken, die Reihe von Informationsveranstaltungen fortsetzen oder, wenn aus der Region, einen Prozesstag in Stammheim erleben. Sicherlich ein politisches Bildungserlebnis.*

RH: *Jürgen, wir danken Dir für das Interview. Wir wünschen auf diesem Wege den angeklagten fünf Genossen weiterhin viel Kraft! Solidarität ist eine Waffe!*

Stets aktuelle Infos zum Verfahren sind im Internet auf *www.no129.info* zu finden.

offenen Vollzug etc. zu erhalten.
„Ausserdem will ich all diejenigen animieren, die drinnen und draussen kämpfen, damit sie diesen Kampf gegen das verrottete und faschistische katalonische Knastsystem fortsetzen. Wir können es nicht erlauben, dass diese Zustände verschwiegen werden und die einzige Möglichkeit ist der Kampf, jede/r auf seine/ihre Art."
Amadeu entschied sich wegen der anhaltenden Ablehnung der Knastbehörden, seine Haftentlassung zu beschleunigen, das Essen zu verweigern, als einzig möglicher Weg, seine Stimme für die, die ihn eingeknastet sehen wollen, hörbar zu machen.
Nach dem Betrug durch den Knastdirektor im letzten Hungerstreik, will Amadeu dieses Mal konsequent bleiben: Entweder sie verlegen ihn in den offenen Vollzug bzw. verkürzen seine Haftzeit oder er zieht den Hungerstreik bis zum Ende durch.
Am Freitag dem 1. August fand eine Solidaritätskundgebung vor der katalonischen Generaldirektion für Gefängnisdienste (DGSP) in Barcelona statt, welche verantwortlich für die Verlegung in den offenen Vollzug ist, um zu zeigen, dass Amadeu täglich mehr Unterstützung von der Strasse bekommt und die Mobilisationen fortgesetzt werden. Es wurde versucht reinzugehen, um mit diesen Trotteln zu reden, aber sie verschlossen die Tür und weigerten sich sogar, eine Beschwerde dagegen entgegenzunehmen.
Ein paar Stunden später konnten zwei Compañer@s zusammen mit der Rechtsanwältin reingehen, um mit Sr. Paco de Vicente zu sprechen, Verantwortlicher für die Klassifizierung der Gefangenen. Dieser hatte am selben Morgen Amadeu besucht, welcher sich seit Donnerstag (31.7.) im Knasthospital in Terassa befindet. In dem Gespräch erläuterte de Vicente die „Übereinkünfte", die er Amadeu am Morgen vorgeschlagen hatte, natürlich nur wenn dieser seinen Hungerstreik aufgibt: Verlegung in den Knast „Brians II" (in Lleida, 160 km von Bcn.) und die Überprüfung seines Falls. Nach seinen Worten könne Amadeu in „Brians II" mit einem neuen



Behandlungsteam und mit besseren Möglichkeiten, in den offenen Vollzug verlegt zu werden, rechnen.
Für uns ist die Lektüre dieses Schachzugs seitens der DGSP eindeutig: diese Herrschaften wollen gemütlich in die Ferien fahren und deshalb versuchen sie Amadeu mit billigen Versprechungen zum Abbruch seines Hungerstreiks zu überreden. Aber heute wie gestern vertrauen wir nicht den Worten dieser „cantamañanas" und deshalb will auch Amadeu seinen Hungerstreik fortsetzen bis eine seiner zwei Forderungen erfüllt wird. Und wir stehen an seiner Seite !!
Bis zum heutigen Tag hat Amadeu 25 kg verloren, er ernährt sich von Wasser mit aufgelösten Traubenzucker, hat einen Blutzuckerspiegel von 50mg/l und er bekommt Valium-Tabletten.
Heute konnten wir die beschämenden Bedingungen im Knasthospital in Terassa mit unseren eigenen Augen sehen: Erstens durften die Compañer@s, die eine Besuchsgenehmigung des „Quatre Camins" hatten, nicht zum Besuch hochgehen, nur seine Mutter (für 30 min.) und die Rechtsanwältin. Zweitens, damit Amadeu sein Recht auf Telefongespräche in Anspruch nehmen kann, muss dies ausschliesslich mit Telefonkarten von Telefonica (für Telefonzellen) passieren, welche mensch in Terassa an einem Samstagnachmittag aber nicht zu kaufen bekommt, da diese nur in Tabakläden angeboten werden, die zu dieser Zeit geschlossen sind. Das heisst, Telefonica hat das Monopol an Telefongesprächen von Gefangenen und ausserdem sind diese Karten nicht einmal in der Nähe des Knastes erhältlich! Und wenn dies nicht schon genug wäre, dürfen nur Personen, die eine Besuchsgenehmigung haben, diese Karten an die Gefangenen weitergeben!
Die Ärzte bedeuten nichts anderes als ein offenes Grab. Sie haben Amadeu, seit er vor 3 Tagen dort eintraf, noch nicht einmal gewogen! Jede Schicht bringt den Teller mit Essen, welches sie neben ihm stehen lassen (vielleicht kommt er ja in Versuchung!); das Essen ist für Menschen in normalen Konditionen, d.h. unverdaulich für jemanden dessen Magen schon seit Wochen nicht geöffnet ist.
Es ist unfassbar, dass sich solche Leute „Ärzte" nennen lassen! Von den Knastwärtern reden wir besser gar nicht, das sind die gleichen Bastarde wie überall!
Amadeu hat erzählt, dass in diesen Tagen 4 Gefangene mit Lebensmittelvergiftung, verursacht durch das Knastessen, eingeliefert wurden, einem von ihnen musste die Blase herausgeschnitten werden. Weitere Personen befinden sich auf der Krankenstation des „Quatre Camins"-Knastes. Sie werden wie Scheisse behandelt, sie bekommen Scheisse zu essen und immer noch gibt es Leute, die sagen: Wie gut es denen da drinnen geht mit 3 Mahlzeiten täglich. Ja!!!
Letztenendes wollen wir noch hinzufügen, dass obwohl sich sein Gesundheitszustand krass verschlechtert hat, Amadeu seinen guten Humor nicht verloren hat und seine Moral sehr hoch ist, um weiterzumachen. Er verlangt dass wir uns keine Sorgen machen sollen und dass wir alles tun, um Druck auf die DGSP und das Strafgericht in Manresa auszuüben.
Wir rufen Euch zur Solidarität mit Amadeu auf, um mittels Fax, Anrufen, Besuchen, Kundgebungen, Aktionen etc., Druck auf diese beiden Zentren der Macht zu erzeugen!
Und im Allgemeinen machen wir einen Aufruf, alle Representationen des spanischen Folterstaates im Ausland unter Druck zu setzen!

GEGEN IHR SCHWEIGEN
– SCHREIE IN DEN STRASSEN!

GEGEN IHR SCHMUTZIGES SPIEL
– DIREKTE AKTION!

SOFORTIGE FREILASSUNG
VON AMADEU CASELLAS!

und wurde von der Polizei direkt aus der noch laufenden Reha-Maßnahmen in Haft genommen. Wie ist die gesundheitliche Situation von Mustafa und den anderen Gefangen? Wie ist überhaupt ihre Stimmung während dieses anstrengenden Prozeßmarathons?

JS: *Der auch von mir vertretene Mustafa Atalay ist herzkrank, muss täglich bis zu 10 Tabletten einnehmen und leidet wegen seiner Foltererfahrungen aus langer türkischer Haft an einer Posttraumatischen Belastungsstörung – beides gutachterlich festgestellt und mit Auswirkungen auf Konzentrationsfähigkeit und vielfältige psychische Belastungen. Die weiter verfolgten Bemühungen der Verteidigung, ihn wegen Haft- und Verhandlungsunfähigkeit nach über 20 Monaten U-Haft unter Isolationsbedingungen frei zu bekommen, waren bisher ohne Erfolg. Auch ein Mitangeklagter hat psychische Probleme. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten nehmen alle aber an der Verteidigung teil, zum Beispiel durch Erklärungen oder Fragenstellen.*

RH: *Wie Du schon sagtest, stützt sich ein Großteil der Anklage auf Informationen aus der Türkei. Spielt es für das Gericht eine Rolle, daß in der Türkei systematische Mißhandlungen auf Polizeirevieren und Informationsgewinnung durch Folter, die ja auch vom türkischen Menschenrechtsverein IHD sowie amnesty international angeprangert werden, gängige Praxis sind?*

JS: *Die Nichtverwertung dieser Urteile oder Verhörprotokolle ist eine zentrale Frage. Durch die bisherige Beweisaufnahme ist bekannt, dass es seit 2003 eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft (BAW) mit deren Partnerbehörden gibt. Die BAW will natürlich die Verwertung. In einer längeren Stellungnahme wurde von ihr der Türkei seit 2001 eine deutlich Verbessung im Bereich Menschenrechte und Folter attestiert. Es gebe nur noch Einzelfälle. Die aktuellen Menschenrechtsberichte, die anhaltende Verurteilung der Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und selbst vereinzelte BRD-Medienberichte sprechen eine andere Sprache. Beweisanträge werden gestellt werden.*

RH: *Die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über das Verfahren tendiert gegen Null. Aber auch in weiten Teilen der bundesdeutschen Linken wird der Prozeß nicht wirklich wahrgenommen. Bei den §129a-Verfahren gegen GlobalisierungsgegnerInnen und im sog. „mg"-Verfahren war das ganz anders. Dort gab es innerhalb der Linken eine ziemlich breite UnterstützerInnenbewegung, zahllose Soli-Aktionen und immer wieder auch Berichte in den großen bürgerlichen Blättern. Worin siehst Du die Gründe für das weitgehende Nichtverhalten der bundesdeutschen Linken zum laufenden Stuttgarter Prozeß?*

JS: *Auch die liberalen Medien sollten nicht aus ihrer Verantwortung genommen werden. Der Blätterwald rauschte als es um die Folterandrohung in dem Frankfurter Entführungsfall ging oder immer wieder bei IM aus der DDR. Reale Folter und ein Agent der türkischen Staatssicherheit spielen in unserem Prozess seit langer Zeit eine Rolle.*
Das Wort vom „Pilotprozess" sollte aber auch in der linken und kritischen Öffentlichkeit ernst genommen werden. Eine Verurteilung hat Auswirkungen auf andere Organisationen aus welchem Land auch immer und auf deutsche internationalistische Solidaritätsarbeit.

RH: *Seit dem 28. Juli läuft die Vernehmung eines durch das OLG Koblenz wegen nachrichtendienstlicher Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland verurteilten Spitzel des MIT als Kronzeuge. Was verspricht sich die Bundesanwaltschaft davon einen solch gedungenen und wenig glaubwürdigen Zeugen anzuhören?*

JS: *Sie haben wenig anderes zu dem angeblichen Waffentransport, einem zentralen Anklagepunkt. Da muss ein Doppelagent – er arbeitete auch für den VS in*

„Staatsschutz spricht von Pilotprozeß"

Die Rote Hilfe Greifswald (*http://rotehilfegreifswald.blogsport.de*) führte Anfang August ein Interview mit Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt in Hamburg und Vorstandsmitglied von MAFDAD – Verein für Demokratie und internationales Recht (*www.tribunal-online.de*). Er vertritt einen der angeklagten Genossen im aktuellen Stuttgarter §129b-Prozeß.

Rote Hilfe Greifswald (RH): *In Stuttgart-Stammheim findet seit März ein Prozeß gegen fünf türkische Linke statt. Was wird ihnen zur Last gelegt und worauf stützt sich die Anklage?*

Heinz-Jürgen Schneider (JS): *Es geht um den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung – der DHKP-C. Das Konstrukt lautet: Die Angeklagten, die seit vielen Jahren nicht mehr in der Türkei waren, sollen hohe Funktionäre einer europäischen „Rückfront" sein und die „kämpfende Front" dort mit Geld, Waffen und sonstiger Unterstützung versorgt haben. Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf einen für den türkischen Geheimdienst MIT tätigen „Kronzeugen", angeblich entschlüsselten Mailverkehr und andere Telekommunikationsüberwachung sowie auf Dokumente, die im Wege der Rechtshilfe aus der Türkei geliefert worden sind. Das Aktenvolumen beträgt über 200 Ordner.*

RH: *VertreterInnen der Prozeßbeobachtungsgruppe haben im Gefangenen Info Nr. 337 dieses Verfahren als Präzedenzfall*

des §129b StGB bezeichnet. Inwieweit werden mit diesem Prozeß neue Maßstäbe gesetzt?

JS: *Den §129b gibt es seit August 2002. Er erweitert den §129a des Strafgesetzbuchs - und damit die Kampfzone des politischen Strafrechts - jetzt auch außerhalb Deutschlands und der EU. Seitdem hat es über 150 Ermittlungsverfahren auf dieser Grundlage gegeben, allerdings nur wenige Anklagen und noch weniger Urteile. Es handelt sich also – wie bei der besser bekannten Praxis des §129a – in den meisten Fällen um ein Ausforschungsinstrument. Es kommt zu Abhörmaßnahmen oder Durchsungen, in rund 90 Prozent der Fälle steht am Ende aber eine Einstellung. Das Stuttgarter Verfahren ist somit eine negative Ausnahme. Fast alle Ermittlungen – auch die drei mir bekannten Urteile – richteten sich gegen Personen oder Gruppen mit islamistischem Hintergrund. Eine neue Qualität gibt es schon. Hier geht es erstmals um eine sich revolutionär verstehende Organisation. Bei in der Anklage vorgeworfenen Punkten wie Vereinsgründungen, Demonstrationen, Geldsammlungen für politische Gefangene, Herausgabe einer Zeitschrift oder politischen und kulturellen Veranstaltungen denkt man in erster Linie auch nicht an „Terrorismus", sondern Ausübung von Grundrechten aus der deutschen Verfassung. Deshalb wird auch in Staatsschutzkreisen von einem „Pilotprozess" gesprochen.*

RH: *Der Prozeß selbst findet im berühmtberüchtigten Stammheimer Prozeßbunker statt, der eigens für den Schauprozeß gegen die sog. erste Generation der RAF erreichtet wurde. Wie würdest Du das Prozeßklima dort beschreiben?*

JS: *Stammheim reloaded.*

RH: *Kommen wir auf die Angeklagten zu sprechen, die schon seit 2006/2007 in Untersuchungshaft sitzen. Einer der Angeklagten, Mustafa Atalay, hatte kurz vor seiner Festnahme eine Bypass-Operation*

NO PRISON! NO STATE!

Internationales Anti-Knast Wochenende

Staatliche Repression gegen AktivistInnen aus linksradikalen, anarchistischen sowie anderen revolutionären bzw. sozialen Bewegungen nimmt stetig zu. Dem Thema Knast wird trotzdem zu wenig Aufmerksamkeit gegeben. Obwohl wir in Zeiten von weltweiten Anti-Terror-Gesetzen, innerer Sicherheits- Stimmung, Datenspeicherung und Ermittlungsmethoden wie Paragraf 129 a/b immer öfter mit der letzten Stufe der Repression, Knast konfrontiert werden.

Vom 26.-28. September wird in der Alten Meierei in Kiel ein Anti-Knast Wochenende unter dem Motto „No Prison!-No State!" stattfinden, bei dem neben aktiven Anti-Knast-Zusammenhängen auch alle anderen interessierten bzw. aktiven Zusammenhänge und Einzelpersonen aus der autonomen anarchistischen und linksradikalen Bewegung aufgefordert sind sich über das Thema zu informieren und sich damit auseinander zusetzen. Neben Informationen von Antiknast Gruppen aus ganz Europa wird es Aktionen und eine große Soli-Party geben.

Schlafplätze werden in näherer Umgebung zur Alten Meierei vorhanden sein. Für Verpflegung wird auch gesorgt sein.
Bitte meldet euch vorher bei uns, wenn ihr kommen wollt, damit wir die Schlafplätze und Verpflegung organisieren können. Es wird keine „Teilnahmegebühr" oder sonstiges für das Wochenende geben, aber wir bitten euch für die Verpflegung u.ä. zu spenden - soweit es eure Möglichkeiten zu lassen - Überschüsse fließen in die Unterstützung von Inhaftierten.

Alle weitere Infos zum Ablaufplan, Anreise usw. unter:

www.noprisonnostate.blogsport.de

AktivistInnen in Österreich wieder frei

Die 10 Tierrechts- und Tierschutzaktivist_innen, die am 21. Mai in Österreich festgenommen wurden, sind wieder frei!

Am 2. Sept. 2008 wurden die verbliebenen 9 der ursprünglich 10 Gefangenen überraschend freigelassen. Bereits eine halbe Stunde nach Ankündigung der Freilassung (vermutlich allerdings nur in dieser Geschwindigkeit um schneller zu sein als die Kamerateams, die auf dem Weg zum Knast waren) wurden die Aktivist_innen „enthaftet".

Auslöser der Freilassungen in Wien, Wiener Neustadt und Eisenstadt sei die Beschwerde der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt gegen die am 14. August 2008 erfolgte Freilassung des ersten der 10 Aktivist_innen gewesen, so die Oberstaatsanwaltschaft Wien. In Reaktion auf die Forderung der Staatsanwaltschaft, besagten Aktivisten erneut in U-Haft zu bringen, „sind wir zum Schluss gekommen, dass dies angesichts der zu erwartenden Strafe unverhältnismäßig wäre". Ebenso „unverhältnismäßig" wie die fortgesetzte Inhaftierung der anderen neun Männer und Frauen. Das führte am Dienstag, den 2. Sept, trotz weiter angeblich bestehender „Tatbegehungsgefahr" zu deren Entlassung. Das Strafverfahren gegen sie wird fortgesetzt.

Der besagte Aktivist, Chris, wurde nach einer Haftbeschwerde am 14.August entlassen. Aus einigen unbestätigten Quellen wird derzeit allerdings berichtet, er hätte sich Verpflichtet seine Tierrechtsarbeit zu beenden um rauszukommen *[Anm. d.Autorin: Leider liegen zur Freilassung derzeit kaum Berichte vor. Aber eine Kooperation mit den Behörden kann leider, auch wenn die Staatsanwaltschaft Einspruch gegen die Enthaftung eingelegt hat, auch nicht ausgeschlossen werden.].*

Hintergründe:
Die ursprünglich 10 Gefangenen der Tierschutz- bzw. Tierrechtsbewegung wurden am 21.Mai 2008 im Rahmen von 23 brachialen Hausdurchsuchungen in ganz Österreich, bei denen unter anderem die Anti- Terroreinheit WEGA eingesetzt wurde, festgenommen. Den Durchsuchungen, bei denen fast alle Türen (an einer Tür scheiterte selbst die achso tolle, schwerbewaffnete Sondereinheit) eingetreten wurden, gingen monatelange, teils sogar jahrelange, Überwachungen voraus. Dabei wurden Autos mit Peilsendern ausgestattet, e-mails in großem Umfang mitgelesen und zahlreiche Telefone überwacht (auch Gespräche mit Anwält_innen wurden illegalerweise protokolliert).
Vorgeworfen wird den zehn Menschen vor allem die Bildung einer sogenannten kriminellen Organisation nach §278a StGB (vergleichbar mit dem dt. §129a) und fast alle direkten Aktionen gegen Tierausbeuter_innen der letzten Jahre in Österreich. Die Untersuchungshaft wurde begründet mit Verdunkelungsgefahr, da die Betroffenen zb. mit verschlüsselten Mails kommuniziert haben, sowie Tatbegehungsgefahr, weil die Betroffenen teilweise seit langem in der Tierrechts-/Tierschutzszene aktiv sind.

Wie zu erwarten war, hat die Staatsanwaltschaft auch nach monatelangen Ermittlungen, Durchsuchungen und 110 Tagen Haftzeit keinerlei Beweise gegen die Aktivist_innen und verstrickt sich seit Wochen immer weiter in Lügenkonstrukte und an

Redebeitrag von Gabriel Pompo da Silva für die Demonstration am 5. Juli in Stuttgart

Zwischen „herrschendem Recht" und dem „Recht des Volkes" besteht ein Abgrund – und auch/ebenso zwischen „repräsentativer Demokratie" und „direkter Demokratie". Da ich gerade über politische Begriffe spreche, werde ich nicht vergessen, den vorhandenen Unterschied zwischen „Legalität" und „Legitimität" zu erwähnen.

Die die mit Gesetzen und Paragrafen gut umgehen können sind Juristen und Politiker, die mit diesen Waffen sowohl die Ordnung als auch das bürgerlichen System in ihren parlamentarischen Theatern verteidigen. All dies ist dem Finanzkapital und imperialistischen Oligarchie unterworfen.

ArbeiterInnen, gesellschaftlich Ausgegrenzte und Proletarier in aller Welt kennen nur das natürliche Recht auf ein Leben in Würde für alle. Um das zu erreichen verfügen wir über unsere eigenen Waffen, Mittel und organisatorischen Formen um für eine freie und sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die Prozesse und Kämpfe wie/und auch ihre AktivistInnen und SympathisantInnen zu kriminalisieren ist nicht neues in dieser alten Welt…vielleicht besteht die Neuheit heutzutage darin, über mehr technologische Mittel zu verfügen (ich beziehe mich nicht nur auf die Massenmedien, die uns täglich bis zu den Fernsehbildschirmen bombadieren) um uns zu disziplinieren, belehren und sowohl die Produktivkräfte

zu kontrollieren als auch die ideologische Orientierung der Individuen und Massen.

Ich frage mich, ob viele von denen die heutzutage die revolutionäre Gewalt verdammen, auch die legalen und legitimen „pazifistischen" Prozesse verdammt haben, die den Sozialismus in Spanien 1936, im Kongo des Patrice Lumbumba, im Burkina Faso des Capitan Thomas Sankara oder im Chile des Präsidenten Salvador Allende aufbauten, nur um nicht über die Ursprünge zu sprechen, die zu diesen Volksaufständen führten.

Der Zynismus und die Scheinheiligkeit der bürgerlichen Gesellschaft und ihr moralischer und humanistischer Diskurs sind inakzeptabel für uns, die wir die Geschichte kennen und nach einer wirklich menschlichen Welt (voll Moral) streben.

Uns bewegen zur Abschaffung der Paragrafen 129, 129 a und b und aller anderen Gesetze rein repressiven Charakters ist das Mindeste was wir tun können. Unterstützen und solidarisch sein mit den Rebellen und Revolutionären in aller Welt ist eine ethische Pflicht.

Wir sollten nicht vergessen, dass der Internationalismus mit dem politischen Kampf in der Heimat beginnt oder wie im Kommunistischen Manifest geschrieben steht: *„Die Arbeiter haben keine Vaterland, schwer ist es ihnen wegzunehmen, was sie nicht besitzen."* (Marx, Engels)

Solidarische Grüße an die angeblichen Mitglieder der DHKP-C, denen gerade in Stuttgart der Prozess gemacht wird.

NO PASARAN, VENCEREMOS

Schreibt Briefe:

Gabriel Pombo da Silva
Krefelder Str. 251

52070 Aachen

die 17N gehören nunmehr der Vergangenheit an. Letztmalig trat die Organisation am 8.6.2000 mit der Exekution des britischen Militärattaches in Athen, Stephen Saunders, in Erscheinung. Es bleibt zu hoffen, dass nicht auch in Griechenland Jahrzehnte vergehen und Gefangene sterben müssen, bevor eine politische Lösung gefunden oder zumindest die menschlich und rechtstaatlich erforderliche Behandlung inhaftierter vermeintlicher oder echter Systemgegner gewährleistet wird.

Urteile für M. Tsourapas und Chr. Kontorevithakis, Anarchisten aus Griechenland

Der viertägige Prozess, welcher aufgrund einer Anklage wegen einer versuchten Brandstiftung an einem Polizeiwagen zustande kam, gegen die Anarchisten Marios Tsourapas und Chrisostomos Kontorevithakis und die Anarchistin Stefania S. kam am 16. Juli zu einem Ende. Stefania befand sich auf freiem Fuß, wohingegen Marios und Chrisostomos über ein Jahr in Untersuchungshaft verbringen mussten. Die Anklage gegen Stefania wurde aufgehoben, die anderen beiden wurden zu jeweils fünf Jahren Knast auf Bewährung verurteilt und aus dem Knast entlassen. Am ersten Tag des Prozesses kamen über 400 Menschen aus ganz Griechenland nach Athen, um den Prozess zu beobachten und ihrer Solidarität Ausdruck zu verleihen.

Die Vielzahl der solidarischen Aktionen, die für die beiden stattgefunden haben (eine unvollständige Übersicht gibt es in der letzten Entfesselt) haben auch dazu beigetragen, dass Druck aufgebaut wurde, welcher auch zur Entlassung beigetragen hat.

Frankreich: Nathalie Menigon endlich frei!

Am 2. August kam Nathalie Menigon endlich aus der jahrzehntelangen Haft frei. Als Aktivistin der bewaffneten Gruppe „Action Directe" („Direkte Aktion") wurde sie zu zweimal lebenslänglich verurteilt, unter anderem aufgrund des Mordes an dem ehemaligen Leiter des Fahrzeugherstellers Renault Georges Besse und an dem Ingenieur der französischen Kriegsindustrie René Audran.
Zwanzig Jahre saß Nathalie in französischen Knästen, in der Zeit kämpfte sie immer wieder mit Hungerstreiks und anderen Aktionsformen gegen ihre Haftbedingungen und immer auch in Solidarität mit den anderen Gefangenen.

Gefangenenrevolte in Paraguay

Nach einer vierstündigen Revolte im Knast von Esperanza am 20. Juni 08 haben die Gefangenen gewonnen was sie forderten, nämlich der Recht mit ihren GefährtInnen auch abends und nachts Zeit verbringen zu dürfen. In Paraguay steht den Gefangenen das Recht zu solche Besuche zu empfangen, das heißt ein Recht darauf ihre Sexualleben auch im Gefängnis mit ihren GefährtInnen fortsetzen zu können. Dieses Recht gibt es in vielen mittel- und südamerikanische Ländern. Allerdings galt dies nur tagsüber, da zu dieser Zeit die Gefangenen aber arbeiten, gab es de facto dieses Recht nur auf dem Papier und nicht in Wirklichkeit. Der Justizminister Derlis Osorio höchst persönlich besuchte die Gefangenen und einigte sich mit ihnen auf den Deal, um das Ende der Revolte zu erreichen.

gebliche Beweise um die Anklage aufrecht zu erhalten.

Solidarität:
Neben der längst überfälligen Freilassung aller Gefangenen gibt es noch etwas erfreuliches zu berichten: So haben diese Repressionen eine weltweite Solidaritätswelle ausgelöst, infolge derer auf allen Kontinenten bereits über Hundert Solidemonstrationen, Kundgebungen, Direkte Aktionen, Konzerte, Voküs und Infoveranstaltungen stattfanden und viele Spenden gesammelt werden konnten, um die Gefangenen zu unterstützen.
Und auch in der europäischen Tierrechtsszene (die zu kleinen Teilen recht bürgerlich daher kommt) hat dies alles zu einem etwas distanzierteren Umgang mit den Behörden geführt, als dies eh schon der Fall war.

Fazit:
Neben dem Feiern über die Freilassungen sollte nicht vergessen werden, dass die Anklage nach §278a noch immer aufrecht erhalten wird und dass gegen die Aktivist_innen weiter ermittelt wird!
Zwar basiert die Anklage auf fadenscheinigen Lügenkonstrukten der Staatsanwaltschaft aber nach den Erfahrungen der letzten Monate und der engen Kooperation von Staatsanwaltschaft und Gerichten ist alles möglich.

Weg mit dem §278a!
Gegen Käfige und Knäste!

Justiz lässt Todkranken im Gefängnis sterben

Wortlaut des Gesetzes über die Menschenwürde gestellt

Am 2. August wurde der Gefangene Klaus-E. G. bei einer Verschlusskontrolle im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt (ZKH) im Haftraum tot aufgefunden. Er starb laut einer Pressemitteilung der Justizbehörde an einer schweren, nicht mehr aufhaltbaren Krebserkrankung.

Die Krebserkrankung war bekannt, als Klaus-E. G. im Januar diesen Jahres seine Haft in Billwerder antrat – verurteilt wegen einiger Betrugsdelikte zu einem Jahr und zehn Monaten. Am 20. Juli wurde er auf Veranlassung der JVA Billwerder in Absprache mit dem Bereitschaftsarzt des ZKH ins Gefängniskrankenhaus verlegt. War sich der Gefangene des nahenden Todes bewusst? Alles spricht dafür, denn am 26. Juli wurden auf seinen Wunsch Angehörige benachrichtigt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wussten die Verantwortlichen, dass der Inhaftierte nicht mehr lange zu leben hatte: Aufgrund einer ärztlichen Stellungnahme vom 23. Juli sprach sich die JVA Billwerder in einem Fax an die Staatsanwaltschaft Hamburg und an die aufgrund einer weiteren Freiheitsstrafe mit zuständige Staatsanwaltschaft Lübeck für die Prüfung einer Haftunterbrechung aus. Doch die letzten Tage von Klaus-E. G.zerrannen, ohne dass seine Haft unterbrochen wurde.

Im Mai 2006 hatte das OLG Hamburg geurteilt, dass die Achtung der Menschenwürde die Unterbrechung der Strafvollstreckung bei einem todkranken Gefangenen auch dann gebieten kann, wenn von der Vollstreckung selbst eine unmittelbare Lebensgefahr nicht zu befürchten ist und die Krankheit in einem Gefängniskrankenhaus behandelt werden kann (1 Ws 59/06). Doch in der unfassbar bürokratischen Maschinerie der Justiz wurde die Menschenwürde von Klaus-E. G. zermalmt.

Vier Tage lag geschah augenscheinlich nichts. „Am 28.Juli teilte die Vollzugsabteilungsleiterin des ZKH der zuständigen Rechtspflegerin der Staatsanwaltschaft mit, dass zwischenzeitlich eine erhebliche Verschlechterung des Krankheitszustands des Verurteilten eingetreten sei, und bat ebenfalls um Haftunterbrechung." Warum die Entscheidung einer Rechtspflegerin überlassen wurde und nicht durch einen Staatsanwalt selbst getroffen wurde, bleibt zu klären. Die Rechtspflegerin jedenfalls lehnte am 29. Juli eine Haftunterbrechung ab – „unter Berufung auf den Wortlaut des § 455 StPO". Die Strafprozessordnung sieht in § 455 die Möglichkeit einer Haftunterbrechung vor, wenn der Gefangene in Geisteskrankheit verfällt, wenn wegen einer Krankheit von der Vollstreckung eine nahe Lebensgefahr zu befürchten ist oder wenn eine schwere Krankheit in der JVA bzw.einem Gefängniskrankenhaus nicht behandelt werden kann. Tatsächlich wurde Klaus-E. G. vom Wortlaut des Gesetzes nicht erfasst: Er war nicht geisteskrank,er konnte nach Angaben der Justizbehörde im Gefängnis behandelt werden, und für die nahe Lebensgefahr war das Endstadium seiner Krebserkrankung, nicht die Vollstreckung der Haft verantwortlich. Maßstab für die Justizmaschinerie war der Wortlaut des Gesetzes, nicht die Würde des Menschen.

Am 31. Juli wurde der Staatsanwaltschaft Hamburg ein ausführlicher Arztbericht übermittelt. Wiederum verrann ein Tag, bis diese sich zur Einleitung eines Gnadenverfahrens entschloss. Dazu musste sie noch die Zustimmung der ebenfalls zuständigen Staatsanwaltschaft Lübeck einholen – doch dazu kam es nicht mehr: Am 1. August teilte die Vollzugsleitung des ZKH mit, dass sich der Gesundheitszustand des Sterbenden weiterhin so verschlechtert hat, dass einzig verantwortbar sein, ihn in ein Hospiz zu verlegen, sobald ein Bett frei werde.

Einen Tag später wurde Klaus-E. G. bei der Verschlusskontrolle im Haftraum tot aufgefunden.

Christiane Schneider

Quelle: Drucksache 19/874, Schriftliche Kleine Anfrage: Todeines Gefangenen, und Antwort des Senats vom 12.8.08. Die Zitate stammen ausder Antwort des Senats.

Folgeschäden von Heike Schrader

Weder die RAF noch die 17N existieren mehr. An den als ihren Mitgliedern Inhaftierten werden allerdings immer noch Exempel statuiert.
Wer mit der Waffe in der Hand gegen Kapitalismus und Ausbeutung kämpft, kann nur mit der Versicherung, in Zukunft jeden Widerspruch gegen das System zu unterlassen, auf die "Gnade" der Herrschenden rechnen. So zumindest kann die Weigerung des deutschen Staates verstanden werden, den seit mehr als 25 Jahren eingesperrten ehemaligen Aktivisten der RAF auf nur eine Minute vor Ablauf der Mindestverbüßungsdauer von 26 Jahren Gefängnis zu entlassen. Die RAF gibt es seit 1998 nicht mehr, zur Freilassung auch der letzten beiden Gefangenen aus der RAF, Christian Klar und Birgit Hogefeld, konnte sich die BRD bis heute nicht durchringen..
In Griechenland muss man nicht wirklich mit der Waffe in der Hand gekämpft haben, um die volle Härte des Staates zu spüren zu bekommen. Von den seit Sommer 2001 unter dem Vorwurf der Beteiligung an Anschlägen der griechischen Stadtguerillaorganisation 17N inhaftierten 10 Menschen (fünf weitere wurden nach absitzen ihrer Mindeststrafe bereits entlassen) haben sich nur Dimitris Koufodinas und Savvas Xiros zur Mitgliedschaft in der 17N bekannt. Die anderen wehren sich mittlerweile in dritter Instanz gegen ihre entsprechende Verurteilung.
Obwohl es keine gesetzliche Grundlage dafür gibt, sind die Gefangenen aus dem 17N Verfahren seit sieben Jahren in unterirdischen Kellerverliesen, unter Sonderhaftbedingungen und ohne jeden Kontakt zu anderen Gefangenen eingesperrt. Anderen Gefangenen zustehende Rechte, wie ein paar Tage Hafturlaub nach einer gewissen Mindestzeit, wurden den „Politischen" bisher unter Verweis auf die „besondere Schwere der verübten Straftaten" verwehrt.
Sogar die Gefahren irreversibler gesundheitlicher Schäden werden ignoriert. Dem durch die vorzeitige Explosion einer Bombe und die nachfolgende „Behandlung" in einem Athener Krankenhaus schwer geschädigten Savvas Xiros wird trotz zahlreicher Anträge jede Unterbrechung der Strafe zur Behandlung verwehrt. (Fußnote: Seine Erfahrungen als Schwerverletzter auf der Intensivstation, wo er unmittelbar nach seiner Ergreifung durch in- und ausländische Verhörspezialisten auseinandergenommen wurde, hat Savvas Xiros in einem Buch verarbeitet, dass seit Dezember 2007 auch auf deutsch erhältlich ist: Savvas Xiros: Guantanamo auf griechisch. Zeitgenössische Folter im Rechtsstaat. Übersetzt von Heike Schrader. Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2007, 129 Seiten, 13,90 Euro) Im Gefängnis hat er bereits zwei Netzhautablösungen erlitten und droht durch die Haftbedingungen auch das wenige ihm noch verbleibende Augenlicht vollständig zu verlieren. Um dieser Gefahr zu begegnen hat Savvas Xiros Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erhoben.
Sein älterer Bruder Christodoulos, bis vor seiner Verhaftung ein kerngesunder Mann, hat in den Kellerverliesen eine Allergie entwickelt, die ihn bereits mehrmals mit den Symptomen eines lebensgefährlichen allergischen Schocks ins Krankenhaus gebracht hat. Trotz hoher Dosierung von Antihistaminika, Cortison und seit kurzem auch normalerweise in der Krebsbehandlung eingesetzten Medikamenten, klingt die sich durch entzündete Geschwüre am ganzen Körper äußernde Allergie nicht ab. Obwohl Ärzte bestätigen, dass die Krankheit durch die sonnenlichtlose, unterirdische Haftumgebung ausgelöst wird, wurde ein Antrag des Gefangenen auf Verlegung in einen anderen Zellentrakt abgelehnt. Christodoulos Xiros hat gegen die Ablehnung Widerspruch eingelegt und gleichzeitig beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Strafaussetzung zur Behandlung im Krankenhaus eingereicht.
Vor Gericht hatte der sich zur Organisation bekennende Dimitris Koufodinas erklärt,